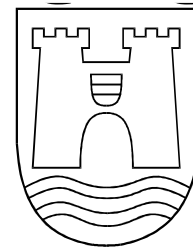


A m t s b l a t t

der Landeshauptstadt Linz



Folge 2/2011

PROTOKOLL

über die 23. Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz am Donnerstag, 8. März 2012, 14 Uhr, im Gemeinderatssaal des Alten Rathauses

Anwesende:

Vorsitzender:

SPÖ Bürgermeister Franz Dobusch

Die VizebürgermeisterInnen:

SPÖ Christiana Dolezal
SPÖ Klaus Luger
ÖVP Dr. Erich Watzl

Die StadträtInnen:

SPÖ Johann Mayr
GRÜNE Mag.^a Eva Schobesberger
ÖVP KommRⁱⁿ Susanne Wegscheider
FPÖ Detlef Wimmer

Die GemeinderätInnen:

SPÖ Markus Benedik
ÖVP Ing. Peter Casny
SPÖ Johannes Eichinger-Wimmer
SPÖ Helga Eilmsteiner
SPÖ Manfred Fadl
SPÖ Regina Fechter-Richtinger
ÖVP Thomas Fediuk
SPÖ Christian Forsterleitner
ÖVP Mag. Klaus Furlinger
SPÖ Stefan Giegler
SPÖ Johannes Greul
KPÖ Mag.^a Gerlinde Grün
ÖVP Josef Hackl
SPÖ Claudia Hahn
GRÜNE Marie Edwige Hartig
ÖVP Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
ÖVP Karl Anton Haydtner
FPÖ Markus Hein
ÖVP Reg.-Rat Ing. Franz Hofer
SPÖ Karin Hörzing
ÖVP Dipl.-Ing. Stefan Hutter

SPÖ Erich Kaiser
ÖVP Waltraud Kaltenhuber
FPÖ Ute Klitsch
SPÖ Miriam Köck
SPÖ Wolfgang Kühn
ÖVP Mag.^a Veronika Leibetseder
SPÖ Franz Leidenmühler
GRÜNE Gerda Lenger
SPÖ Thomas Lettner
ÖVP Maria Mayr
GRÜNE Severin Mayr
ÖVP Ernst Murauer
FPÖ Anita Neubauer
FPÖ Sebastian Ortner
ÖVP Cornelia Polli
FPÖ Manfred Pühringer
GRÜNE Mag. Markus Pühringer
FPÖ Michael Raml
Reinhard Reiman
SPÖ Karl Reisinger
SPÖ Erika Rockenschaub
GRÜNE Ursula Roschger
SPÖ Karl Schedlberger
GRÜNE Edith Schmied
ÖVP Mag. Martin Sonntag
ÖVP Markus Spannring
SPÖ Klaus Strigl
GRÜNE Michael Svoboda
FPÖ Horst Rudolf Übelacker
FPÖ Susanne Walcher
SPÖ Helmut Weibel
SPÖ Gerhard Weixelbaumer
SPÖ Erika Wundsam

Der Präsidialdirektor:
Dr. Ernst Inquart

Tagesordnung

A MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

B WAHL DER SCHRIFTFÜHRER/INNEN UND –STELLVERTRETER/INNEN

C ANFRAGEN AN STADTSENATSMITGLIEDER

D ANTRÄGE DES STADTSENATES

1. Bezahlung der Schwimmhallenmieten für das Leistungsschwimmen der Linzer Schwimmvereine 2011/2012; 58.000 Euro

2. Sportentwicklungsplan der Stadt Linz – SEP Linz 2.0

3. 11. Borealis Linz Donau-Marathon 2012; Gewährung einer Subvention an die ASKÖ TRI Linz in Höhe von 34.000 Euro, an die LIVA in Höhe von 9000 Euro sowie eine Naturalförderung an die LIVA in Höhe bis zu 90.000 Euro und an die ASKÖ TRI Linz in Höhe von 89,40 Euro

4. Gewährung einer Subvention an den LASK Linz und Blau Weiß Linz für 2012 sowie Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 22. April 2010 je 190.000 Euro

5. Gewährung einer Subvention an die Initiatoren des Filmfestivals Linz – Crossing Europe, XXXXXX XX (Festival 2012); 55.000 Euro sowie max. 8200 Euro in Form einer Naturalförderung

6. Übertragung der Kürzung von veranschlagten Ausgabenbeträgen (Ausgabensperre) vom Gemeinderat auf den Stadt-senat

7. Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung eines Frauenförder- und Gleichstellungsprogramms für die Unternehmensgruppe Stadt Linz

E ANTRÄGE DES VERFASSUNGS-, RAUMPLANUNGS- UND BAURECHTS-AUSSCHUSSES

1. Neuerfassung (Stammplan) des Bebauungsplanes S 20-01-01-00, KG Kleinmünchen (Europastraße – Kokoschkastraße)

2. Bebauungsplanänderung M 05-20-01-01, KG Linz (Gärtnerstraße)

3. Bebauungsplanänderung M 15-08-01-01, KG Lustenau (Prinz-Eugen-Straße 12)

4. Änderungsplan Nr. 147 zum Flächenwidmungsplan Linz – Teil Mitte und Süd Nr. 2 sowie Änderungsplan Nr. 38 zum Örtlichen Entwicklungskonzept Nr. 1 – Teilkonzept Mitte, KG St. Peter (Wiener Straße – Rosenbauerstraße)

5. Neuerfassung (Stammplan) des Bebauungsplanes N 34-12-01-00 (Magdalenastraße – Wolfauerstraße) sowie Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne NO 100/2 und NO 115/IV, KG Katzbach

6. Bebauungsplanänderung S 25-04-01-02, KG Wambach (Wambacher Straße 187 – 206)

7. Bebauungsplanänderung W 116/10, KG Waldegg und Linz (Vergeinerstraße) mit gänzlicher Aufhebung der Bebauungspläne W 106, W 110/5 und 381 C sowie Aufhebung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes 522

F ANTRÄGE DES VERKEHRS-AUSSCHUSSES

1. Zweite Schienenachse Linz; Bekenntnis des Linzer Gemeinderates zur Trassenführung und Mitfinanzierung der Einreichplanung sowie Führen von Gesprächen mit dem Landeshauptmann und dem Verkehrsreferenten des Landes Oberösterreich zwecks Kostenbeteiligung des Landes Oberösterreich

2. Konzept für die Festlegung von Begegnungszonen in Linz – Zentrum und Stadtteile; Grundsatzprogramm für die Schaffung von Begegnungszonen

3. Verordnung nach § 11 Abs. 1 und 3 Oö. Straßengesetz 1991; Erklärung von Grund-

flächen (Bebauungsplan S 20-01-01-00, Europastraße – Kokoschkaweg, KG Kleinmünchen) zur Gemeindestraße – Widmung für den Gemeingebrauch sowie Auflassung von Verkehrsflächen – Entziehung des Gemeingebrauchs

4. Ausbau des Henriette-Haill-Weges sowie einer von der Oidener Straße in Richtung Osten abzweigenden unbenannten Stichstraße; Grundsatzgenehmigung; max. 200.000 Euro; Genehmigung einer Darlehensaufnahme in Höhe von 200.000 Euro

G ANTRÄGE DES FINANZ- UND HOCHBAUAUSSCHUSSES

1. Gewährung einer Subvention an die Stadtwerkstatt, Kirchengasse 4 (Verlustabdeckung 2010); 25.000 Euro, insgesamt 132.000 Euro

2. Enderledigung des Antrages der FPÖ-Gemeinderatsfraktion vom 7. Juli 2011 ‚Externe Gutachten für den An- und Verkauf von Immobilien‘ – Resolution an die Oberösterreichische Landesregierung

H ANTRAG DES VERWALTUNGS-AUSSCHUSSES FÜR DIE MUSEEN DER STADT LINZ

Übergabe von sechs Gemälden von Anton Romako aus der Sammlung des Lentos Kunstmuseum Linz an die Erbin nach Dr. Oskar Reichel

I UNIVERSITÄTSSTANDORT LINZ AUFWERTEN

J INGENIEUR- & ARCHITEKTENWETTBEWERB ‚BRÜCKENSEMBLE EISENBAHNBRÜCKE‘

K FRAKTIONEN UNMITTELBAR ÜBER RESOLUTIONS-ANTWORTEN INFORMIEREN

L DIALOGPLATTFORM ISLAM

M INFORMATIONSKAMPAGNE ZU GELBEN HALTE- UND PARKVERBOTSLINIEN

N KULTURSPONSORING – KOOPERATION LINZ KULTUR UND LINZER WIRTSCHAFT

O STRASSENBELAG ZUR REDUKTION VON SMOG

P SEKTORALES BETTELVERBOT FÜR DIE LINZER INNENSTADT

Q IDEENWETTBEWERB FÜR MEHR VERKEHRSSICHERHEIT

R VELO-CITY 2009 ‚CHARTA VON BRÜSSEL‘

S WETTBÜROS UND SPIELLOKALE – STRUKTURVERBESSERUNG UND ATTRAKTIVIERUNG BETROFFENER STADTEILE

T STOPP FÜR ACTA – DAS GEPLANTE INTERNATIONALE HANDELSABKOMMEN - RESOLUTION

U ADAPTIERUNG DER OÖ. WOHNHAUSSANIERUNGSVERORDNUNG - RESOLUTION

V LUSTBARKEITSABGABE FREISTELLEN - RESOLUTION

W BEHINDERTENGERECHTER ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR IM OÖVV - RESOLUTION

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Bürgermeister Dobusch eröffnet die 23. Sitzung des Gemeinderates, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Für die heutige Sitzung sind Gemeinderätin Martincevic, SPÖ, Gemeinderat Jungwirth, ÖVP, und Gemeinderat Pfeffer, FPÖ, wegen Krankheit entschuldigt.

Gemeinderätin Hörzing, SPÖ, kommt etwas später in die Sitzung.

Bürgermeister Dobusch schlägt vor, den Tagesordnungspunkt H, Antrag des Verwaltungsausschusses für die Museen der Stadt Linz, Übergabe von sechs Gemälden von Anton Romako aus der Sammlung des Lentos Kunstmuseum Linz an die Erbin nach Dr. Oskar Reichl, auf Vorschlag von Vizebürgermeister Dr. Watzl und Stadtrat Wimmer von der Tagesordnung abzusetzen, weil eine Maßnahme, die im Verwaltungsausschuss zugesagt wurde, bis heute nicht erledigt worden ist. Daher soll der Tagesordnungspunkt, sobald das erledigt ist, wieder auf die Gemeinderatstagesordnung gesetzt werden.

Der Antrag H wird **einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt**.

Bürgermeister Dobusch teilt mit, dass drei Dringlichkeitsanträge eingebracht wurden.

1. Dringlichkeitsantrag der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** betreffend **Industriestandort Linz sichern**

2. Dringlichkeitsantrag der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** betreffend **keine Kürzung der Bausparprämie**

3. Dringlichkeitsantrag der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** betreffend **Wettbüro-Wildwuchs eindämmen**

Bürgermeister Dobusch schlägt vor, dem Dringlichkeitsantrag betreffend **Industriestandort Linz sichern** die Dringlichkeit nicht zuzuerkennen, weil ein ähnlicher Antrag vor geraumer Zeit bereits gestellt worden ist und es nicht erklärbar ist, warum diesem Antrag die Dringlichkeit gewährt werden soll. Damit ist er automatisch auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates, weil er rechtzeitig für die nächste Sitzung eingebracht worden ist.

Weiters schlägt Bürgermeister Dobusch vor, die beiden anderen Dringlichkeitsanträge am Ende der Tagesordnung zu behandeln.

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Stadtrat Wimmer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, ich ersuche namens der freiheitlichen Fraktion darum, den Dringlichkeitsantrag Wettbüro-Wildwuchs eindämmen gemeinsam mit dem Fraktionsantrag S, Wettbüros und Spiellokale – Strukturverbesserung und Attraktivierung betroffener Stadtteile, zu behandeln. Aufgrund der Verfahrensökonomie und weil es thematisch zusammengehört, wäre es aus unserer Sicht sinnvoll, diese beiden Anträge gemeinsam zu diskutieren und unmittelbar zusammen abzustimmen.“

Gemeinderätin Lenger:

„Ich würde trotzdem vorschlagen, den Antrag zum Schluss der Tagesordnung zu behandeln, weil er eigentlich gar nicht dringlich ist. Die FPÖ soll sich freuen, dass die Dringlichkeit zuerkannt wurde. Die FPÖ thematisiert diese Wettbüros seit Dezember - medial nachzulesen - und ich meine, wenn sie den Antrag bis zur Frist nicht zusammengebracht hat, dann, glaube ich, kann die FPÖ auch warten, bis der Antrag so drankommt, wie es im Statut vorgesehen ist.“

Bürgermeister Dobusch:

„Ich kann dazu Folgendes sagen: Wir haben bis jetzt solche Zusammenführungen von Anträgen dann gemacht, wenn wir das Einvernehmen erzielt haben, ansonsten ist der Dringlichkeitsantrag am Schluss der Tagesordnung zu behandeln. Daher schlage ich vor, den Antrag am Schluss der Tagesordnung zu behandeln, weil es dafür die statutarische Grundlage gibt.“

Der Vorsitzende lässt nun über die drei Dringlichkeitsanträge abstimmen.

Dem Dringlichkeitsantrag betreffend **Industriestandort Linz sichern** wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (24), ÖVP (16) und Die Grünen (7) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, und Gemeinderat Reiman mit Stimmenmehrheit die Dringlichkeit nicht zuerkannt** und somit auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Die beiden anderen Dringlichkeitsanträge werden am Schluss der Tagesordnung behandelt.

A MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

Bürgermeister Dobusch verweist auf die den Mitgliedern des Gemeinderates vorliegenden Mitteilungen über jene Stadtsenatsbeschlüsse, mit denen Kreditüberschreitungen und Kreditübertragungen bewilligt wurden, und ersucht um Kenntnisnahme.

(1. Kreditüberschreitungen:

Der Stadtsenat hat in der Zeit vom 12. Jänner 2012 bis 23. Februar 2012 für das Rechnungsjahr 2011 folgende Kreditüberschreitungen genehmigt.

VASSt		anw.ber. DSt.	Beschluss Datum	Betrag €
1.2620.	Gebäudeversicherungen	SSL	26.01.12	8.211,73
1.3200.	Gebäudeversicherungen	MSch	26.01.12	1.737,54
1.8300.	Gebäudeversicherungen	SGL	26.01.12	19.541,37
1.8590.	Gebäudeversicherungen	WSL-2	26.01.12	<u>5.846,54</u>
				35.337,18
				=====

In der Zeit vom 1. Jänner 2011 bis 23. Februar 2012 wurden vom Stadtsenat für das Rechnungsjahr 2011 Kreditüberschreitungen in der Höhe von 135.337,18 Euro genehmigt. Davon wurden dem Gemeinderat in bereits vorangegangenen Sitzungen 100.000 Euro zur Kenntnis gebracht. Die Bedeckung der Kreditüberschreitungen erfolgte durch Mehreinnahmen.

2. Kreditübertragungen:

Der Stadtsenat hat in der Zeit vom 12. Jänner 2011 bis 23. Februar 2012 für das Rechnungsjahr 2011 keine Kreditübertragungen genehmigt.

In der Zeit vom 1. Jänner 2011 bis 23. Februar 2012 wurden vom Stadtsenat für

das Rechnungsjahr 2011 Kreditübertragungen in der Höhe von 171.362 Euro genehmigt, welche dem Gemeinderat in bereits vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis gebracht wurden.

3. Gemäß § 54 Abs. 2 Statut der Landeshauptstadt Linz 1992 in Verbindung mit Verordnung des Gemeinderates vom 29. November 1979 obliegt die Beschlussfassung bei Kreditübertragungen, wenn der Betrag im Einzelfall 29.069 Euro nicht übersteigt, und bei Kreditüberschreitungen, wenn der Betrag im Einzelfall 50.000 Euro nicht übersteigt, dem Stadtsenat, so lange die bereits vom Stadtsenat beschlossenen Kreditüberschreitungen nicht die Höhe von insgesamt eins von Hundert der gesamten veranschlagten Ausgaben übersteigen. Der maßgebliche Höchstbetrag 2011 für Kreditüberschreitungen beträgt somit 6,661.572 Euro.

4. Nachtragsvoranschlag:

Für das Rechnungsjahr 2011 haben die vom Gemeinderat und Stadtsenat bis zum 23. Februar 2012 genehmigten Kreditübertragungen 6,169.732,60 Euro, die Kreditüberschreitungen 3,703.496,69 Euro betragen. Gemäß § 54 Abs. 2 letzter Satz Statut der Landeshauptstadt Linz 1992 ist ein Nachtragsvoranschlag erforderlich, wenn die Kreditüberschreitungen 7,5 Prozent der Einnahmen des ordentlichen Voranschlages, das sind 42,092.565 Euro, übersteigen. Für Kreditübertragungen gilt das Gleiche.

Diese Grenzen wurden nicht überschritten. Ein Nachtragsvoranschlag für 2011 ist daher nicht erforderlich.)

Weiters teilt Bürgermeister Dobusch mit, dass der Tagesordnungspunkt E 5 nicht wie in der Tagesordnung angeführt von Gemeinderat Pfeffer, der erkrankt ist, sondern von Gemeinderat Raml vorgetragen wird.

B WAHL DER SCHRIFTFÜHRER/INNEN

Gemäß § 6 (1) der Geschäftsordnung für den Gemeinderat sind auf die Dauer von je

drei Monaten zwei SchriftführerInnen zu wählen, und zwar eine(r) aus der stärksten im Gemeinderat vertretenen Wahlpartei über deren Vorschlag, der/die zweite und die beiden StellvertreterInnen aus einer anderen im Gemeinderat vertretenen Wahlpartei über deren Vorschlag.

Von Seiten der SPÖ-Fraktion wird Herr Gemeinderat Johannes G r e u l vorgeschlagen.

Stellvertreter: Herr Gemeinderat Michael R a m l , FPÖ.

Von Seiten der ÖVP-Fraktion wird Herr Gemeinderat Dipl.-Ing. Stefan H u t t e r vorgeschlagen.

Stellvertreterin: Frau Gemeinderätin Ursula R o s c h g e r , Die Grünen.

Die Vorschläge werden vom Gemeinderat **einstimmig angenommen.**

C ANFRAGEN AN STADTSENATSMITGLIEDER

Bürgermeister Dobusch bringt zur Kenntnis, dass acht Anfragen in die heutige Sitzung eingebracht wurden; davon zwei an seine Person, eine an Vizebürgermeister Dr. Watzl, drei an Vizebürgermeister Luger, eine an Stadtrat Mayr und eine an Stadtrat Wimmer.

1. Die Anfrage von **Gemeinderat Dr. Hattmannsdorfer** an Bürgermeister Dobusch betreffend **Wettbüros in Linz** wird entweder schriftlich oder in der nächsten Sitzung beantwortet.

2. Die Anfrage von **Gemeinderat Mag. Pühringer** an Bürgermeister Dobusch betreffend **Umgang mit BettlerInnen in Linz** wird schriftlich oder in der nächsten Sitzung beantwortet.

3. Die Anfrage von **Gemeinderätin Schmied** an Vizebürgermeister Dr. Watzl betreffend **Wohnungsleerstände in Linz** wird schriftlich oder in der nächsten Sitzung beantwortet.

Gemeinderätin Hörzing kommt um 14.13 Uhr in die Sitzung.

4. Anfrage von **Gemeinderätin Mag.^a Leibeseder** an Vizebürgermeister Luger von der Jänner-Gemeinderatssitzung:

„Sehr geehrter Herr Sozialreferent Vizebürgermeister Luger, Sie haben am 9. Jänner 2012 in einer Pressekonferenz unter dem Titel ‚Großer Fokus des Sozialprogramms richtet sich auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie‘ unter anderem Bezug genommen auf den geplanten Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen in der Stadt Linz. Demnach sollen in der Landeshauptstadt in den nächsten Jahren 130 neue Plätze in Krabbelstuben und 1531 neue Plätze in Horten entstehen. Schon am 11. August 2011 haben Sie in einer Pressekonferenz ‚Ausbau der Kinderbetreuung garantiert Vollversorgung‘ ausgeführt, dass konkret bis zum Jahr 2015 30 Millionen Euro in die Errichtung von neuen Betreuungsplätzen investiert werden. Angeführt sind in dieser Presseunterlage 560 neu zu schaffende Kindergartenplätze und 270 neu zu schaffende Krabbelstubenplätze.

Wie auf dem Sektor der Kinderbetreuung Bedarfserhebung und Entwicklungskonzept in den Gemeinden abzuwickeln sind, ist in § 17 des Oö. Kinderbetreuungsgesetzes geregelt. Darin heißt es unter anderem:

„Die Gemeinden haben regelmäßig, jedenfalls aber alle fünf Jahre, Gemeinden über 3000 EinwohnerInnen alle drei Jahre ausgehend vom Bestand an Kinderbetreuungsplätzen, die für Kinder mit Wohnsitz in der Gemeinde zur Verfügung stehen, den zukünftigen Bedarf an Betreuungsplätzen zu erheben und zwischen den Erhebungen die Bevölkerungsentwicklung in die laufende Planung einzubeziehen.“

Dabei sind jedenfalls zu berücksichtigen: Art und die jeweilige Anzahl der Plätze, deren Öffnungszeiten sowie allfällige sonstige Betreuungsangebote, die örtlichen Gegebenheiten (Bevölkerungsstruktur, Wanderungsbilanz, Geburtenbilanz, Siedlungsraumentwicklung, Beschäftigungszahlen usw.).

Außerdem wird in § 17 ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ‚die Rechtsträger, die in

der Gemeinde eine Kinderbetreuungseinrichtung betreiben, in geeigneter Form einzubinden sind'. Auf Basis der Erhebung hat der Gemeinderat dann festzulegen, ob der zukünftige Bedarf durch das vorhandene Angebot gedeckt werden kann. ‚Reicht das vorhandene Angebot nicht aus, hat der Gemeinderat festzulegen, durch welche Maßnahmen eine Bedarfsdeckung erreicht werden kann (Entwicklungskonzept), wobei die wirtschaftlichste Form der Bedarfsdeckung anzustreben ist.' Außerdem fordert § 17 Oö. Kinderbetreuungs-Gesetz: ‚Vor der Beschlussfassung des Entwicklungskonzepts ist den Rechtsträgern von Kinderbetreuungseinrichtungen in der Gemeinde, den Nachbargemeinden und dem Land Oberösterreich Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.'

Dazu nun die folgenden Fragen:

1. In welchen zeitlichen Etappen werden die angekündigten 270 neuen Krabbelstubenplätze errichtet und wie verteilt sich diese Gesamtzahl auf die einzelnen Träger?

2. In welchen zeitlichen Etappen werden die angekündigten 560 neuen Kindergartenplätze errichtet und wie verteilt sich diese Gesamtzahl auf die einzelnen Träger?

3. In welchen zeitlichen Etappen werden die angekündigten 1531 neuen Hortplätze errichtet und wie verteilt sich diese Gesamtzahl auf die einzelnen Träger?

4. Von wann datiert in der Stadt Linz die letzte Bedarfserhebung gemäß § 17 Oö. Kinderbetreuungs-gesetz?

5. Inwieweit waren in Linz die verschiedenen in der Stadt aktiven Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen in diesen Prozess eingebunden?

6. Von wann datiert das letzte Entwicklungskonzept für die Kinderbetreuungsangebote in der Stadt Linz gemäß § 17 Oö. Kinderbetreuungs-gesetz?

7. Inwieweit und auf Basis welcher Datengrundlage wird darin der Auflage Rechnung

getragen, dass die wirtschaftlichste Form der Bedarfsdeckung anzustreben ist?

8. Wurde zu diesem Linzer Entwicklungskonzept, wie im Oö. Kinderbetreuungs-gesetz vorgesehen, den in Linz tätigen Rechtsträgern von Kinderbetreuungseinrichtungen, den Nachbargemeinden und dem Land Oö. die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben?

9. Wann ist gemäß § 17 Oö. Kinderbetreuungs-gesetz die nächste Bedarfserhebung für die Kinderbetreuungsplätze durchzuführen?

10. Ist aus heutiger Sicht davon auszugehen, dass dann ein weiteres Entwicklungskonzept zu erstellen und dann Rechtsträgern, Nachbargemeinden sowie Land Oberösterreich zur Stellungnahme zu übermitteln sein wird?“

Dazu **Vizebürgermeister Luger:**

Zu 1: Es ist so, dass wir bereits im Jahr 2011 100 dieser Plätze errichtet haben. Die restlichen Krabbelstubenplätze werden voraussichtlich bis zum Jahr 2015 realisiert und betrieben werden sie durch die städtischen Kinder- und Jugendservices.

Zu 2: Wir haben bereits exakt 69 dieser Kindergartenplätze, also drei Gruppen, im Jahr 2011 geschaffen. Die restlichen werden voraussichtlich, so wie das der Gemeinderat beschlossen hat, bis 2015 realisiert. Von den 69 werden 30 der derzeit geschaffenen Plätze in der Pfarre St. Peter von der dortigen Pfarrcaritas betrieben und die restlichen werden durch die städtischen Kinder- und Jugendservices betrieben.

Zu 3: Von den 1531 Hortplätzen sind mit heutigem Tag 621 in Planung bzw. bereits in Bau. Für die Errichtung der restlichen Hortplätze wird derzeit an einem konkreten Planungs- und Umsetzungskonzept gearbeitet, sodass diese bis zum Jahr 2015 in Betrieb sein sollen. Bei den in Bau befindlichen Einrichtungen ist zu sagen, dass sie von den städtischen Kinder- und Jugendservices betrieben werden.

Zu 4: Es ist so, dass bereits im November 2010 die städtische Dienststelle Stadtforschung Linz in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziales, Jugend und Familie sowie den städtischen Kinder- und Jugendservices eine Bedarfsprognose für die Krabbelstuben bis zum Jahr 2015 erstellt hat. Dasselbe gilt für die Arbeitsgruppe für die Kindergärten, die eine solche Bedarfsprognose im Dezember 2010 ebenfalls mit dem Planungszeitraum bis 2015 und für die Horte im März 2011 für den Planungshorizont bis 2016 vorgelegt hat.

Ich darf den Gemeinderat daran erinnern, dass diese Bedarfsprognosen ganz wesentliche Studien gewesen sind für die Entwicklung des Sozialprogramms, das wir im Dezember 2011 beschlossen haben.

Zu 5: Es waren sämtliche Kinderbetreuungseinrichtungen, unabhängig davon, ob sie privat oder städtisch geführt werden, eingebunden und haben für die Bedarfsprognose auch die benötigten Zahlen, Daten und Fakten zur Verfügung gestellt, denn ansonsten wäre eine Bedarfsprognose unter Einbindung aller Rechtsträger bis 2015 respektive 2016 gar nicht möglich gewesen.

Zu 6: Grundsätzlich regelt dieser Paragraph die Tatsache, dass wir zur regelmäßigen Erstellung von Entwicklungskonzepten in einem dreijährigen Intervall verpflichtet sind. Erstmals, nachdem diese Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes im Jahr 2009 gewesen ist, sind wir somit im heurigen Kalenderjahr verpflichtet, ein solches Entwicklungskonzept vorzulegen, was auch geschehen wird.

Zu 7: Das ist durch die Praxis garantiert, denn die privaten Träger haben dem Amt für Soziales, Jugend und Familie sowohl die jährlichen Voranschläge ihres Budgets, als auch die daraus resultierenden Rechnungsabschlüsse vorzulegen. Auf Basis dieser geprüften Unterlagen werden bekanntlich die genehmigten Voranschläge in Abstimmung mit dem Land Oberösterreich beurteilt und in Folge dem Linzer Gemeinderat zur

Beschlussfassung vorgelegt. Zur offensichtlichen Erinnerung: Zuletzt ist dies am 15. September 2011 in diesem Haus so geschehen.

Wesentlich ist bei der Beurteilung der wirtschaftlichsten Form, dass die unterschiedlichen Leistungsangebote der diversen Träger, ihre unterschiedlichen Parameter - wie z.B. Infrastrukturkosten, Öffnungszeiten, Organisationsformen, Overhead und Spezialangebote - mit berücksichtigt werden und in dieser Voranschlagsprüfung inhaltlich beurteilt werden.

Ganz wichtig ist mir zu betonen, dass sämtliche private Rechtsträger, unabhängig von ihren religiösen oder anderen Ausrichtungen, in diesem Gesamtprozess im kontinuierlichen Kontakt mit den dafür zuständigen städtischen Dienststellen sind.

Zu 8: Natürlich war es im Zuge der Bedarfsplanung notwendig, die, wie Sie auch wissen als Mitglied des Sozialausschusses, für die Erstellung des Sozialprogramms getätigt worden ist, dass wir hier bereits informelle Gespräche mit den in Frage kommenden Nachbargemeinden geführt haben.

In der Novelle zum Kinderbetreuungsgesetz 2009, das in der ersten novellierten Form vorliegt, ist nunmehr sogar geregelt, dass die Gemeinden, die mehr als 3000 Einwohner haben, so ein Entwicklungskonzept alle drei Jahre erstellen müssen. Wir werden das im Jahr 2012, also heuer, gemäß der rechtlichen Norm erstellen und ich kann Sie darüber informieren, dass die entsprechenden Koordinierungsschritte mit den Nachbargemeinden bereits beauftragt worden sind.

Zu 9: Ich habe Ihnen das indirekt bei drei anderen Fragen beantwortet, das ist das heurige Kalenderjahr 2012.

Zu 10: So lange das im Gesetz so vorgesehen ist, können Sie davon ausgehen, dass wir das Gesetz ändern.“

5. Anfrage von **Gemeinderat Raml** an Vizebürgermeister Luger von der Jänner-Gemeinderatssitzung:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, im Artikel ‚IMPORT/EXPORT: Linz. Gemeinsam. Leben‘ in der Zeitschrift ‚Linz Aktiv 200‘ wird angegeben, dass rund 25 Prozent der Linzer Bevölkerung Migrationshintergrund aufweisen, sowie zirka 15 Prozent nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Der Autor meint in seinem Beitrag: ‚Viele dieser MigrantInnen sind schon seit langem in der Linzer Arbeitswelt und in den Betrieben bestens integriert.‘ Detaillierte Zahlen dazu sind jedoch nicht angeführt. In diesem Zusammenhang ersuche ich Sie um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Menschen ohne
a) österreichische Staatsbürgerschaft
b) mit Migrationshintergrund leben in Linz?
Aus welchen Staaten stammen diese und wie hoch ist der jeweilige Anteil?
Wie viele davon haben Asylstatus und woher stammen sie?

2. Wie hoch ist der Anteil der in Linz lebenden Jugendlichen (bis 18 Jahre) mit
a) nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft
b) mit Migrationshintergrund?
Aus welchen Staaten stammen diese und wie hoch ist der jeweilige Anteil?
Wie viele davon sind in Ausbildung?
Wie viele haben keine Ausbildung?

3. Wie viele der in Linz lebenden Personen
a) ohne österreichische Staatsbürgerschaft
b) mit Migrationshintergrund
befinden sich im Arbeitsprozess?

4. Wie viele der in Linz lebenden Personen
a) ohne österreichische Staatsbürgerschaft
b) mit Migrationshintergrund
beziehen Arbeitslosengeld, bedarfsorientierte Mindestsicherung oder sonstige Sozialleistungen?
Auf welche Höhe belaufen sich die Kosten der städtischen Sozialleistungen für die in Linz lebenden Personen
a) ohne österreichische Staatsbürgerschaft
b) mit Migrationshintergrund?
Wie viele davon sind Jugendliche?

Welche Sozialleistungen werden von den in Linz lebenden Personen

a) ohne österreichische Staatsbürgerschaft
b) mit Migrationshintergrund
in Anspruch genommen?

Wie viele von den in Linz lebenden Personen

a) ohne österreichische Staatsbürgerschaft
b) mit Migrationshintergrund
leben in einer Wohnung der städtischen Wohnungsgenossenschaft GWG?

5. In welcher Höhe hat die Stadt Linz in den Jahren

a) 2010 bzw.

b) 2011

städtische Fördermittel an Migrantenvereine ausbezahlt inklusive der nicht im Subventionsbericht einzeln aufgelisteten Subventionen unter 1000 Euro?

Welche Naturalsubventionen wurden in diesen Jahren an Migrantenvereine geleistet und um welche handelt es sich im Einzelnen?“

Dazu **Vizebürgermeister Luger:**

„Ich muss hier vorweg eine empirisch statistische Erklärung abgeben, bevor ich selbstverständlich, so weit es mir möglich ist, Ihre Fragen zu beantworten versuche. Es ist nämlich so, dass der Begriff Migrantenanteil, Migrationshintergrund etc. teilweise in den offiziellen Statistiken nicht erhoben wird bzw. von der Statistik Austria in bestimmten einzelnen Teilstatistiken, so genannten Fachregistern, wie wir Sozialwissenschaftler das nennen, zum Teil mit hochgerechneten Daten, mit Stichproben oder ganz konkret gesagt mit Mikrozensuszahlen gerechnet wird und sich hier keine exakten Linz-Daten erstellen lassen.

Das Zweite ist, soweit ich Ihnen überhaupt über diese Zahlen Auskunft geben kann, ersuche ich eine empirische Unschärfe, die aber nicht unwesentlich ist, zu akzeptieren, nämlich dass die inhaltliche Bewertung von Migrationshintergrund von den einzelnen statistischen Erstellungsebenen unterschiedlich gesehen wird. Es ist beispielsweise so, dass die Statistik Austria als Migrationshintergrund jemanden definiert,

dessen beide Elternteile außerhalb Österreichs geboren sind.

Es gibt eine zweite Definition, die vor allem in der wissenschaftlichen Literatur Eingang gefunden hat und dort Parameter ist. Also die meisten europaweit vergleichenden Migrationsstudien verwenden die so genannte OECD-Definition. Das heißt, dass jemand selbst oder ein Elternteil im Ausland geboren worden ist. Das ist wiederum eine völlig andere Zielgruppe.

Und dann gibt es noch die Definition für Menschen mit ausländischer Herkunft, die wieder teilweise von der Statistik Austria und von manchen landesstatistischen Ämtern in Österreich verwendet wird, die definiert, dass entweder jemand die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzt oder im Ausland geboren worden ist. Also hier wird dann nicht mehr auf Elternkontakte abgestellt.

Bei den wenigen Items, wo ich Ihnen sehr gerne den Migrationshintergrund beantworten kann, ersuche ich zu berücksichtigen, dass nicht immer klar ist, welche dieser drei Definitionen und ob diese nicht auch noch widersprüchlich verwendet worden sind, hier zur Anwendung gekommen sind.

Zu 1: Mit Stichtag 1. Jänner 2012 - und das ist in den städtischen Daten unsere Stichtagsbasis - haben in Linz insgesamt 191.767 Personen mit Hauptwohnsitz in Linz gelebt. Davon besaßen 30.757 oder 16 Prozent eine andere als die österreichische Staatsbürgerschaft.

Nachdem diese Daten auch im Internet auf den Seiten der Stadtforschung Linz nachrecherchierbar und ablesbar sind, mache ich den Vorschlag, dass ich Ihnen jetzt nicht sämtliche 100 Nationalitäten, die aufgelistet sind und die in dieser Stadt leben, nenne, sondern dass ich in Analogie zu einer Vier-Prozent-Wahlhürde bis zu dem Punkt, wo vier Prozent eines Nationalitätenanteils erreicht sind, die öffentliche Anfragebeantwortung eingrenze. Körper-

sprachlich haben Sie mir mit Kopfnicken signalisiert, dass Sie bereit sind, diese kleine Einschränkung zu akzeptieren.

Die Personen mit Hauptwohnsitz in Linz und nicht österreichischer Staatszugehörigkeit mit Stichtag 1. Jänner 2012: Bosnien-Herzegowina: 4323 Menschen, 14,1 Prozent; Türkei: 3153 Menschen, 10,3 Prozent; Bundesrepublik Deutschland: 2548 Menschen, 8,3 Prozent; Rumänien: 2109 Personen, 6,9 Prozent; Kroatien: 1877 Menschen, 6,1 Prozent; aus dem ehemaligen Jugoslawien - und das ist sehr schwer zu differenzieren, hier ist es eine Sammelkategorie - waren es 1857 Menschen oder sechs Prozent; Serbien: 1466 Menschen oder 4,8 Prozent; Russische Föderation: 1241 Menschen oder vier Prozent.

Die Frage nach dem Migrationshintergrund ist von den städtischen Daten aus dem Melderegister nicht ablesbar, sodass ich diese Anteilsfrage b) sowohl bei dieser Frage als auch stringent folgend, fortfolgend nicht beantworten kann.

Bei der Frage des Asylstatus muss man grundsätzlich sagen, dass der Begriff Asylstatus ein schwieriger ist. Er mag in einer Alltagssprache verständlich sein, ist aber in der sozialwissenschaftlichen und rechtlichen Kategorisierung schwierig, weil nicht ex lege definiert.

Es gibt grundsätzlich natürlich die Definition der AsylwerberInnen, wo bekannt ist, dass diese Anliegen rechtlich beim Bundesasylamt liegen, infolge möglicherweise beim Asylgerichtshof. Wird ein solches Asylverfahren positiv abgeschlossen, wird in den Sozialstatistiken der Status, also die Staatsbürgerschaft nicht weiter erhoben, denn diese Menschen haben dann Asylstatus in Österreich und sind österreichischen StaatsbürgerInnen rechtlich gleichgestellt.

Kommt es zu einer negativen Entscheidung, so ist es sehr schwierig, denn grundsätzlich

haben diese Menschen nach einer exekutierbaren negativen Entscheidung das Bundesgebiet zu verlassen, bis zu dem, dass es hier auch Abschiebemöglichkeiten gibt, jedoch auf der anderen Seite die Verhängung des Humanitären Bleiberechts. Fakt ist, dass in den in Österreich geführten Registern diese Differenzierung ebenfalls nicht getätigt wird, sodass auch hier keine exakten empirischen Ausgaben zu treffen sind.

Ich bedanke mich bei den MitarbeiterInnen der Stadtforschung Linz, denn nachdem wir diese Zahlen nicht haben, ist das nicht so einfach. Die Zahl, die ich Ihnen geben kann, ist von jenen Personen, die als Asylwerber oder negativ beschiedene Asylwerber, aber noch ohne rechtlichen Abschiebetitel in der Landesbetreuung sind. Da ist es so, dass sich derzeit 643 Menschen mit einem dieser mehreren möglichen asylrechtlichen Stati in Linz aufhalten. Es sind über diese Personen aufgrund der Nichtzuständigkeit der Stadt Linz im Asylverfahren aus Sicht der Stadtforschung Linz und unseres Datenmaterials keine Aussagen zu treffen.

Eine Anmerkung darf ich noch zu dieser Frage machen. Auch wenn es keine klaren Zahlenreihen gibt, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund in Linz leben, gibt es aus der Mikrozensusforschung der Statistik Austria den dort verwendeten Definitionsbegriff ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘. Nach der letzten Mikrozensusberechnung, die übrigens auch für die Erstellung des Sozialprogramms der Stadt Linz beinhaltet war, gab es nach dieser Statistik Austria-Definition 28 Prozent der in Linz lebenden Menschen mit einem Migrationshintergrund. Aber genauere Aussagen - wie die Aufteilung nach Nationalitäten - sind logischerweise nicht zu machen, weil es sich hier nicht um Zählungen wie bei den Staatsbürgerschaften handelt, sondern Mikrozensus heißt letztlich, dass es ein extrapolierendes statistisches Verfahren dahinter gibt und damit keine Kopfanzahlen angegeben werden können.

Zu 2: Hier bedanke ich mich für die Einschränkung bis 18 Jahre, die Sie getätigt haben.

Ich kann hier wieder die Zahlen für die Staatsbürgerschaft mit Stichtag 1. Jänner 2012 exakt definieren. Personen im Alter von unter 18 Jahren waren in Linz 920 Menschen aus Bosnien-Herzegowina, entspricht 13,8 Prozent; 773 Menschen mit türkischer Staatsbürgerschaft, 11,6 Prozent; Russische Föderation: 532 Jugendliche, acht Prozent; Kroatien: 450 Jugendliche, 6,7 Prozent; Rumänien: 434 Jugendliche, 6,5 Prozent; Kosovo: 420 Jugendliche, 6,3 Prozent; Serbien: 360 Personen, 5,4 Prozent; Bundesrepublik Deutschland: 333 Personen, fünf Prozent; und wieder diese statistische Sonderkategorie ehemaliges Jugoslawien: 304 Jugendliche, 4,6 Prozent.

Zur Frage der abgestimmten Erwerbsstatistik und wie viele davon in Ausbildung sind oder keine Ausbildung haben: Diese Frage ist nicht beantwortbar, da verfügt die Stadt über keine Materialien. Selbst die Statistik Austria wird bestenfalls über die abgestimmte Erwerbsstatistik Mikrozensusberechnungen haben.

Zu 3: Diese Frage ist aufgrund der nicht vorhandenen Zahlen bei der Stadt Linz für uns nicht beantwortbar, auch nicht über eine Aufteilung auf einzelne Personen. Hierfür liegt die Zuständigkeit teilweise bei den Erwerbsregistern und Statistiken der Statistik Austria bzw. bei Behörden wie dem Arbeitsmarktservice.

Zu 4: Ich werde all jene Zahlen, die recherchierbar sind und die uns zur Verfügung stehen und wo die Stadt Linz Kompetenzen hat, beantworten.

Grundsätzlich ist es so, dass für die in Österreich geltenden Sozialleistungen auf Basis bundes- und/oder landesgesetzlicher Vorschriften die Staatsbürgerschaft und der Migrationshintergrund kein Kriterium für die Zuerkennung bilden und deswegen die jeweiligen Gebietskörperschaften diese Daten auch nicht erheben. Das ist vor allem bislang für Arbeitsmarktstatistiken, die abgefragt werden, gesetzlich nicht möglich gewesen. Hier gab der Nationalrat erst im Herbst letzten Jahres grünes Licht für weitere Erhebungen.

Wo wir diese Zahlen haben, und die werde ich auch berichten, das ist für den Bereich der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, also das, was bis zum 1. Oktober letzten Jahres in Oberösterreich als die oberösterreichische Sozialhilfe bezeichnet worden ist, und zum Zweiten auch für die städtische Sozialinitiative ‚Jobimpuls‘. Auch dafür haben wir im eigenen Wirkungsbereich diese Zahlen, die ich jetzt nennen kann:

Wir haben insgesamt 2072 anspruchsberechtigte Personen aus der Mindestsicherung mit Stand Dezember 2011 – das ist der letzte Abrechnungsstand, der zur Verfügung steht; davon verfügten 1338 Menschen über die österreichische Staatsbürgerschaft und daraus schlussfolgernd 734 Menschen über eine andere als die österreichische Staatsbürgerschaft.

Für ‚Jobimpuls‘ kann ich ebenfalls Zahlen nennen: Insgesamt waren im Jahr 2011 367 Menschen in der Sozialinitiative ‚Jobimpuls‘ bei der Stadt oder bei Sozialvereinen eingesetzt; davon hatten 265 Menschen die österreichische Staatsbürgerschaft und 102 Menschen eine andere als die österreichische Staatsbürgerschaft.

Die Kosten für die städtischen Sozialleistungen, aufgeschlüsselt nach Staatsbürgerschaftskriterien, kann ich nicht beantworten, jedoch für den Bereich der Bedarfsorientierten Mindestsicherung liegen die Kosten vor. Im Dezember 2011, also in jenem Monat, als wir insgesamt 734 Menschen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft zu betreuen hatten, sind Kosten in der Höhe von 108.000 Euro recherchierbar gewesen.

Ich kann auch noch die Frage beantworten, wie viele Jugendliche im Bereich der Bedarfsorientierten Mindestsicherung beschäftigt gewesen sind: Das waren von den 734 Minderjährigen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft 306 Minderjährige aus anderen Staaten als Österreich.

Bei der GWG kann ich folgende Zahl berichten: Mit Mitte 2011, also 1. Juli

2011, besaßen von allen GWG-Wohnungen in dieser Stadt 92,04 Prozent der GWG-Kundinnen und -Kunden die österreichische Staatsbürgerschaft und 7,96 Prozent eine andere als die österreichische Staatsbürgerschaft.

Zu 5: Im Jahr 2010 beschlossen die diversen Gremien der Stadt - Gemeinderat, Stadtsenat bzw. Ressortkompetenzen – insgesamt Subventionen an MigrantInnenvereine in der exakten Höhe von 93.845 Euro. Im Jahr 2011 beschlossen die selben Gremien bzw. Kompetenzträger während des gesamten Jahres einen Betrag von 48.425 Euro.

Die letzte Detailfrage nach der Aufgliederung der Naturalsubventionen kann ich nicht beantworten, weil die Vergabe von Naturalsubventionen nicht dem Integrationsressort zugeordnet ist und ich hier über keine Informationen verfüge.“

6. Anfrage von **Gemeinderätin Mag.^a Grün** an Vizebürgermeister Luger von der Jänner-Gemeinderatssitzung:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, wie ich von Betroffenen erfahren konnte, wird das Formular für Antragsstellung ‚Bedarfsorientierte Mindestsicherung‘ nur gegen persönliche Vorsprache am Linzer Sozialamt mit Terminvergabe ausgehändigt. Das führt zu einem für Anspruchsberechtigte unzumutbaren Zeitverlust. In der Wartezeit bis zum vorgegebenen Termin am Sozialamt, mitunter mehrere Tage, entsteht für Anspruchsberechtigte kein Anspruch auf die Bedarfsorientierte Mindestsicherung, da dieser Anspruch erst ab dem Zeitpunkt der erfolgten Antragsstellung geltend wird.

Dieser Zeitverlust könnte vermieden werden, wenn das BürgerInnenservice-Center Anträge auf Bedarfsorientierte Mindestsicherung aushändigt und auch bereits ausgefüllte Anträge entgegennimmt und mit einem Eingangsvermerk versieht.

Ich stelle daher laut Statut Linz § 12 nachstehende Anfrage:

1. Wie ist die derzeitige Praxis im Umgang mit BürgerInnen, die einen Antrag auf bedarfsorientierte Mindestsicherung stellen möchten?

2. Warum wird das Antragsformular bedarfsorientierte Mindestsicherung nicht vom BürgerInnenservice-Center ausgegeben und entgegengenommen?

3. Wie rechtfertigen Sie die Koppelung der Antragsstellung mit der entstehenden Wartezeit, mitunter mehrere Tage, auf einen persönlichen Termin beim Sozialamt, die für die Anspruchsberechtigten mit einem Verlust finanzieller Unterstützung einhergeht?

4. Welche Maßnahmen setzen Sie, um einen niedrigschwelligen Zugang zur bedarfsorientierten Mindestsicherung zu ermöglichen?“

Dazu **Vizebürgermeister Luger:**

„Zu 1: Hier muss man einmal grundsätzlich anmerken, dass Anträge bei unterschiedlichsten Institutionen eingebracht werden können - sowohl bei Bezirksverwaltungsbehörden, bei den diversen Sozialberatungsstellen im Land Oberösterreich, natürlich auch bei den Gemeindeämtern, bei den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitmarktservice oder direkt beim Amt der oberösterreichischen Landesregierung. Dieser Zugang oder dieses Procedere ist exakt im § 28 des Oö. BMSG, also des bedarfsorientierten Mindestsicherungsgesetzes geregelt.

In der Praxis ist es so, dass die meisten dieser Anträge direkt beim Arbeitmarktservice gestellt werden bzw. beim Amt für Soziales, Jugend und Familie. Je nachdem, in welcher Form diese Anträge und die jeweiligen Belege und Nachweise beigebracht werden, ist eine Auszahlung direkt am selben Tag möglich, wenn die Unterlagen komplett sind und der Auszahlungsbetrag sehr leicht eruierbar ist.

Wenn diese Unterlagen, und das ist vor allem bei den schriftlich eingebrachten Anträgen der Fall, nicht sofort bearbeitbar

sind bzw. weitere Dokumente vorzulegen sind - hier geht es auch um die korrekte Verwendung von Steuergeld -, so kann sich durch einen erhöhten Verwaltungsaufwand und durch die Tatsache, wann jemand die restlichen Unterlagen beistellen kann, eine Verzögerung der Bearbeitung ergeben.

Man muss jedoch dazusagen, dass für den Beginn der Anspruchsfrist nicht die Abgabe der vollständigen Unterlagen als Stichtag gilt, sondern der Tag der Einreichung, so dass hier bei einer längeren Bearbeitung, die jedoch in beinahe allen Fällen durch die Vorgangsweise der Antragsteller zu berücksichtigen ist, keine finanziellen Nachteile für die AntragstellerInnen erfolgen.

Die persönliche Vorsprache beim Amt für Soziales, Jugend und Familie macht in den meisten Fällen Sinn, weil in den wenigsten Fällen die Unterlagen vollständig sind. Hier braucht man keine vorherige Voranmeldung. Jeden Tag, Montag bis Freitag zwischen 7 und 12.30 Uhr ist diese Servicestelle der Stadt für die AntragstellerInnen geöffnet. Bei Menschen, die Schwierigkeiten haben, diesen Termin einzuhalten, weil sie beispielsweise in Schulungen oder berufstätig sind, ist natürlich eine telefonische Terminvereinbarung Standard.

Zu 2: Das hat den eindeutigen Grund, weil es sich als vernünftig erwiesen hat, an einer zentralen Stelle aufgrund der Komplexität der Aufgaben und damit für eine schnellere Abwicklung das im Amt für Soziales, Jugend und Familie zu zentralisieren. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass viele dieser Antragsunterlagen nicht vollständig sind und vor allem ist es auch eine bessere Kundenorientierung, direkt vor Ort bei einer Erstprüfung der Unterlagen bekannt zu geben, was noch nachzureichen ist, was nicht akzeptiert werden kann, als wenn im BürgerInnenservice nur eine Poststelle fungiert.

Die Materie ist rechtlich dermaßen komplex und kompliziert, dass wir wirklich die FachmitarbeiterInnen benötigen und das aus meiner Sicht sehr gut organisiert ist, dass

diese Aufgabe im Amt für Soziales, Jugend und Familie direkt erledigt werden kann.

Wir versuchen natürlich grundsätzlich, dieses One-Stop-Shop-System beim Magistrat umzusetzen, aber es gibt auch andere Ressorts in dieser Stadt, wo wir diese BürgerInnenkontakte aufgrund der Komplexität oder der sehr spezifischen Gesetzesmaterie in den Dienststellen haben und nicht im Bürgerservice selbst.

Zu 3: Ich kann hier nur noch einmal wiederholen, es zählt der Tag der Einbringung, der Tag des Antragsdatums. Es ist so, dass man einer Behörde bei aller sozialen Orientierung durchaus zugestehen kann, dass eine Bearbeitung eines komplexen Antrages länger als 24 Stunden bedarf. Wir sind kundenorientiert, haben aber die organisatorischen Voraussetzungen so getroffen, dass diese Zumutbarkeit des Wartens, nachdem kein finanzieller Schaden entsteht, argumentierbar ist.

Zu 4: Wir bemühen uns gemeinsam mit den wesentlichen Kooperationspartnern im Sozialbereich, auch durch Informationen und Vernetzung unsere Einrichtungen darauf hinzuweisen. Ganz besonders intensiv verläuft aus Einschätzung des Amtes für Soziales, Jugend und Familie die Kooperation mit dem Arbeitsmarktservice. Ebenso in Linz ganz wesentlich sind die Sozialberatungsstellen Kompass, die dezentral auch in den Stadtgebieten aktiv sind.

Was ganz entscheidend ist, das möchte ich auch abschließend betonen, die Bedarfsorientierte Mindestsicherung soll primär Hilfe zur Selbsthilfe sein. Das heißt, wir wollen aktivierende Maßnahmen setzen, wir versuchen, die Menschen möglichst rasch wieder in Erwerbstätigkeit zu bringen, sodass sie von den staatlichen Transferleistungen nur möglichst kurze Zeit leben müssen.

Wir versuchen vor allem durch die Initiative ‚Jobimpuls‘, wo, wie ich vorher schon bei einer anderen Anfragebeantwortung zeigen

konnte, im Vorjahr 367 Menschen betreut worden sind, die Niedrigschwelligkeit zu garantieren und den Menschen Perspektiven zu geben und nicht nur finanzielle Transaktionen, die in gewissen Zeiten notwendig sind.“

7. Die Anfrage von **Gemeinderätin Mag.^a Grönn** an Vizebürgermeister Luger betreffend **Energiearmut** wird schriftlich oder in der nächsten Sitzung beantwortet.

8. Die Anfrage von **Gemeinderätin Mag.^a Grönn** an Vizebürgermeister Luger betreffend **Pflasterungen** wird schriftlich oder in der nächsten Sitzung beantwortet.

9. Die Anfrage von **Gemeinderat Fediuk** an Vizebürgermeister Luger betreffend **Flexibles Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren ab September 2012** wird schriftlich oder in der nächsten Sitzung beantwortet.

10. Die Anfrage von **Gemeinderat Mag. Sonntag** an Stadtrat Mayr betreffend **Lustbarkeitsabgabe** wird schriftlich oder in der nächsten Sitzung beantwortet.

11. Anfrage von **Gemeinderat Mayr** an Stadtrat Wimmer:

„Sehr geehrter Herr Stadtrat, wie die Tageszeitung ‚Österreich‘ in ihrer Ausgabe vom 11. Februar 2012 unter dem Titel ‚FPÖ: Steuergeld für Burschenball‘ berichtet, wurde der umstrittene Burschenbundball durch Mittel aus dem Sicherheitsressort finanziell unterstützt. Diese Unterstützung zeigt sich auch durch ein Inserat des Sicherheitsressorts auf der Website burschenbundball.at.

Ich ersuche in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch war die finanzielle Unterstützung durch das Sicherheitsressort für den am 11. Februar 2012 veranstalteten Burschenbundball?

2. Wurden aufgrund der finanziellen Zuwendung des Sicherheitsressorts abgesehen

von einem Inserat auf der Website burschenbundball.at weitere Gegenleistungen durch den Veranstalter erbracht? Wenn ja, welche?

3. Hat es neben einer finanziellen Unterstützung durch das Sicherheitsressort auch Sachleistungen gegeben, die für den Burschenbundball durch Ihr Ressort zur Verfügung gestellt wurden? Wenn ja, um welche Sachleistungen handelt es sich dabei?

4. Wurde der Burschenbundball im Jahr 2012 erstmals durch Ihr Ressort finanziell unterstützt? Wenn nein, wie hoch waren die bisher ausbezahlten Summen (aufgeschlüsselt nach Jahren)?“

Dazu **Stadtrat Wimmer:**

„Vorausschicken darf ich hier, dass sämtliche acht Stadtsenatsmitglieder in der Linzer Stadtregierung jeweils über freie Mittel verfügen, die selbstverständlich im eigenen Bereich auch für diverse Vereine, für diverse Publikationen eingesetzt werden und dass es natürlich sehr unüblich ist, von Seiten anderer Stadtsenatsparteien einzelne Anfragen zu stellen. Selbstverständlich bin ich aber gerne bereit, diese Anfrage zu beantworten, so wie das von Ihrer Seite gewünscht ist.

Ich darf aber festhalten, dass natürlich die Stadtsenatsmitglieder im Rahmen ihrer demokratischen Legitimation darüber entscheiden können, so lange man an diesem Modell festhält, was mit ihren Mitteln passiert.

Zu 1: 525 Euro brutto.

Zu 2: Nein. Ich darf aber ordnungshalber ergänzen, dass dieses Inserat, das Sie da ansprechen, nicht nur auf der Internetseite, sondern auch in der Ballbroschüre – offenbar haben Sie da nicht sehr genau recherchiert - enthalten war.

Zu 3: Ich darf das ebenfalls mit Nein beantworten. Die Teilfrage entfällt daher wiederum.

Zu 4: Nein. Ich darf davon ausgehen, auch wenn das Ihrer Anfrage nicht zu entnehmen war, dass Sie damit ausschließlich auf die laufende Geschäftsperiode des Linzer Stadtsenates Bezug nehmen, da ich über die vorausgegangene keine Auskünfte erteilen kann. Ich darf die Jahre im Einzelnen wie folgt aufschlüsseln: Im Jahr 2009: null Euro, im Jahr 2010: null Euro, im Jahr 2011: 367,50 Euro brutto, im Jahr 2012: 525 Euro brutto, wie bereits unter Frage 1 beantwortet.

Ergänzend darf ich noch in Bezug auf das Kostenbewusstsein dieser Veranstaltung darauf hinweisen und daran erinnern, dass diese Anfrage umgerechnet auch Kosten verursacht hat. Ich möchte hier nicht so weit gehen, Ihr Gemeinderatssalär inklusive Nebenkosten aufzurechnen, denn dann wäre man in Anbetracht dessen, dass Sie heute sonst keine Amts- oder Fraktionsanträge haben, bei Kosten von über 1500 Euro mit dem Monatsbezug alleine für diese Anfrage. So weit möchte ich, wie gesagt, nicht gehen, denn auch ein übertriebenes Kostenbewusstsein muss einmal irgendwo ein Ende haben.

Ich hoffe, Ihre Anfrage wurde hinreichend beantwortet.“

Bürgermeister Dobusch:

„Danke, Herr Kollege Wimmer, nur ein Hinweis. Ich glaube, die Anfragebeantwortung an den Kollegen Raml hat ein Vielfaches gekostet im Verhältnis zur Anfrage des Kollegen Mayr, das möchte ich schon betonen. (Heiterkeit) Da würde ich sehr genau aufpassen, weil das müssen wir jetzt ganz genau ausrechnen. Abgesehen davon, dass wir die Rechte der Gemeinderäte nicht lächerlich machen sollen, wenn sie eine Anfrage stellen.“

D ANTRÄGE DES STADTSENATES

Vizbürgermeisterin Dolezal berichtet über die Anträge D 1 bis D 4 und stellt nach Darlegung der Sachverhalte laut Vorlagen an den Gemeinderat folgende Anträge:

D 1 Bezahlung der Schwimmhallenmieten für das Leistungsschwimmen der Linzer Schwimmvereine 2011/2012; 58.000 Euro

Der Gemeinderat beschließt:

„1. Das Leistungstraining der Linzer Schwimmvereine wird durch Übernahme der Schwimmhallenmieten für 2011/2012 im Gesamtbetrag von 58.000 Euro subventioniert.

2. Die Verrechnung der Kosten in Höhe von 58.000 Euro erfolgt auf der VAS 1.2690.757000, Lfd. Transferzahlungen an private Institutionen, und hat durch direkte Überweisung an die Linz AG zu erfolgen.“

D 2 Sportentwicklungsplan der Stadt Linz – SEP Linz 2.0

Der Gemeinderat beschließt:

„Die Verantwortung der öffentlichen Hand für die Gestaltung und Förderung von Bewegung und Sport in deren vielfältigen Erscheinungsformen und der ökonomisch unverzichtbare Ausbau der präventiven Gesundheitsvorsorge machen Bewegung und Sport zu wichtigen Einflussgrößen für öffentliches Handeln.

Unter Bedachtnahme auf eine nachhaltige Stadtentwicklung definiert der angeschlossene Sportentwicklungsplan SEP Linz 2.0 die mittelfristigen Leitlinien, Prioritäten und Handlungsansätze für die Linzer Sportpolitik und wird als solcher genehmigt.’

Vizebürgermeisterin Dolezal führt weiters dazu aus:

„Wie Sie alle wissen, hat die Stadt Linz im Jahr 2003 im Gemeinderat einen Sportentwicklungsplan beschlossen, der damals – und ich glaube auch heute noch – österreichweit einzigartig gewesen ist.

Das Ziel des Planes war und ist es natürlich auch heute noch, die Rahmenbedingungen für eine bestmögliche Förderung des Sports in all seinen Bereichen und Facetten

festzulegen. Es war ein Leitbild für den Linzer Sport. Inhalt dieses SEP Linz 2003 war dann eine Befragung bzw. eine Studie zum Sportverhalten der Linzerinnen und Linzer und es wurde natürlich eine Prognose zum Sportstättenbedarf, zu Handlungsleitlinien, zu Maßnahmen und Perspektiven für den Sport in Linz aufgezeigt.

Die Basis für den SEP Linz 2.0 ist dieser Sportentwicklungsplan Linz 2003, aber natürlich nicht nur dieser, sondern wir haben auch dieses Mal wieder eine Sportstudie über ein ganzes Jahr von August 2010 bis zum Juli 2011 erstellen lassen - anders als zum SEP Linz 2003, da war es nur das Sommerquartal. Aber um saisonale Schwankungen herausfiltern zu können, haben wir die Befragung ein ganzes Jahr in vier Wellen durchgeführt. Es wurden telefonische Interviews von 1600 LinzerInnen ab 15 Jahren durchgeführt.

Zusätzlich wurde eine umfassende Analyse und Expertise von Herrn Prof. Mag. Peter Zellmann vom Institut für Freizeit - und Tourismusforschung erstellt, eine Frequenzanalyse unserer Sportanlagennutzung durch die Linzer Sportvereine, eine Datenerhebung über Nutzerverhalten auf öffentlichen Linzer Sportanlagen, eine Erhebung der Sportbedürfnisse in Vereinen unterschiedlicher Nationalitäten mit migrantischem Hintergrund, eine Erhebung der Sportstätten in Linz, ein Sportstättenkataster und Vergleiche mit anderen Kommunen.

Es war ein laufender Erfahrungs- und Fach- austausch in insgesamt sieben Sitzungen der so genannten Steuerungsgruppe für den SEP Linz 2.0. Hier waren Experten von Schule und Sport Linz vertreten, Vertreter der Sportdachverbände ASKÖ, Union und ASVÖ, von kommunalen SportanbieterInnen, LIVA, Linz AG, Jugend- und Migrations- expertInnen und bei den letzten zwei Sitzungen Mitglieder des Linzer Gemeinderates. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die hier mitgeholfen haben und uns die Entscheidungsfindung und die Darstellung des SEP Linz 2.0 mit ermöglicht haben.

Einige Highlights von unserem SEP Linz 2.0: Es ist das schöne Thema, dass eine hohe Zufriedenheit mit unserer Sportinfrastruktur in Linz besteht. Es waren 83 Prozent aller Befragten mit dem Sportangebot in Linz sehr zufrieden bzw. zufrieden. Auch Herr Prof. Zellmann hat gesagt, das heißt, die Stadt Linz hat ihre Aufgaben im Bereich der Sporthardware und Infrastruktur eigentlich schon erledigt. Muss die Stadt noch etwas tun? Selbstverständlich muss, soll und wird die Stadt noch etwas tun, aber wir werden uns auf den Softwarebereich verlegen.

Wir haben bei der Zufriedenheit die höchste Zufriedenheitsrate in Urfahr und im Süden gehabt und die relativ niedrigste Zufriedenheitsrate war in der Innenstadt und im Osten. Hier werden wir natürlich auch Maßnahmen setzen.

Die Sportinteressen der Linzerinnen und Linzer sind sehr groß und sehr vielfältig. Wir haben eine Besonderheit, nämlich 54 Prozent der LinzerInnen sind regelmäßig sportlich aktiv, das sind im Österreichschnitt um zehn Prozent mehr als der Gesamtdurchschnitt. Das heißt, die Linzerinnen und Linzer sind sehr sportaffin.

Aber es gibt immerhin 25 Prozent – denn 20 Prozent betreiben Sport nur ab und zu –, die gar keinen Sport betreiben. Das heißt, gerade dieser Gruppe muss man sich vermehrt annehmen.

Man sieht, dass sich die Ursachen für die Sportausübung schon verändert haben, denn es zeigt sich deutlich der Trend zum Freizeit- und Gesundheitssport. Über 90 Prozent geben an, Sport aus Gesundheits- und Bewegungsgründen und aus Spaß, Fun zu betreiben. Nur jede(r) Zehnte regelmäßig sporttreibende LinzerIn gibt an, aktiv an sportlichen Wettkämpfen teilzunehmen. Den tatsächlich echten Leistungs- und Spitzensport betreiben nur ein bis drei Prozent. Das zeigt uns schon den Weg, wo der Sport hinführen soll.

Es ist heute der Weltfrauentag, ich muss aber sagen, Sport ist nach wie vor jung und

männlich. Für Personen zwischen 25 und 90 Jahren ist er besonders wichtig und in dem Sektor besonders für die Altersgruppe. Und insgesamt 26 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass dem Sport in Linz in den nächsten Jahren besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Und hier sind wir im Ranking - neben den Highlights natürlich Wissen und Bildung an erster Stelle, Soziales an zweiter Stelle, Umwelt an dritter Stelle, dann kommt gleich hintereinander Kultur mit 28 Prozent, Wirtschaft mit 27 Prozent - beim Sport mit 26 Prozent. Das heißt, Sport liegt mit Wissenschaft und Kultur eigentlich gleich auf.

Die Frauen sind weniger aktiv. 35 Prozent der Männer, 25 Prozent der Frauen und 38 Prozent der 15- bis 29-Jährigen betreiben mindestens einmal pro Woche Sport. 28 Prozent der Frauen betreiben gar keinen Sport, wobei es nur 20 Prozent der Männer sind; und bei den Nicht-SportlerInnen über 50 Jahre beträgt der Frauenanteil gar 40 Prozent, jener für Männer nur 26 Prozent.

Das heißt, wir haben hier Maßnahmen im Softwarebereich zu setzen und auf Basis dieser nur kurz zusammengefassten Daten werden wir unsere Schwerpunkte setzen. Hier wird ein wichtiges Thema die Sport- und Bewegungsförderung für Frauen sein. Es ist geplant, frauenspezifische Sportarten wie Nordic Walking, Schwimmen, Gymnastik, Fitness – das kam bei der Befragung zu Tage – noch stärker zu fördern. Außerdem müssen wir spezielle Mädchensportprogramme und die Zusammenarbeit zwischen Schule, Nachmittagsbetreuungseinrichtungen und Sportvereinen fördern und eine Flexibilisierung der Sportangebote in inhaltlicher, zeitlicher und räumlicher Hinsicht anstreben. Wir müssen Maßnahmen setzen. Es kann nicht so sein, dass alleine der Zeitfaktor, der bei den Frauen eine größere Rolle spielt, sportlimitierend ist.

Man kann Sport auch als Integrationsmodell sehen und zwar sehr gut. Sport spielt im Bereich der Integration für Personen mit Migrationshintergrund eine immer größere

Rolle und daher haben wir spezielle Sportangebote und Förderungen für Jugendliche mit Migrationshintergrund in unserem Programm.

Ich verstehe, dass jetzt diese Divergenz einen gewissen Diskussionsbedarf aufweist, aber das kann man dann nachher machen und alles im Internet ansehen und lesen und dann darauf reagieren. Sport soll als gesamtgesellschaftlicher Integrationsfaktor durch soziales Lernen und gelebte Sprachförderung besonders genutzt werden.

Wir werden Sport für alle anbieten, und zwar gerade für die Personen zwischen 30 und 49 Jahren, die aufgrund ihres Zeitmangels zu wenig Sport betreiben, wobei sie selber sagen - zu zwei Drittel -, sie haben oder hätten genügend Möglichkeiten in der Infrastruktur, aber leider haben sie keine Zeit. Hier müssen wir ebenfalls ansetzen und zusätzliche Bewegungsinitiativen mit flexiblen Angeboten setzen.

Wir wollen ein kommunales Netzwerk Sport machen. Was heißt das? Dass die Koordination der Aktivitäten erfolgen soll, zum Beispiel Einbeziehung von Schule und Sport, Einbeziehung Linz AG, Einbeziehung Linz/Bäder, LIVA, Kinder- und Jugendservices, Amt für Soziales, Jugend und Familie, Migrationsbeirat usw..

Selbstverständlich werden wir auch in die Infrastruktur weiter investieren. Es ist nicht so, dass wir sagen, die Hardware ist erledigt, wir werden nicht mehr unser Sportstätten-Sanierungsprogramm weiterführen. Natürlich werden wir immer wieder Verbesserungen machen und außerdem werden wir uns auch im Bereich der Veranstaltungen weiter national und international positionieren und damit Linz als Sportstadt positionieren.

Ich freue mich, dass wir heute diesen Sportentwicklungsplan auf der Gemeinderats-Tagesordnung haben und darf mich noch einmal bei allen bedanken und ersuche um Annahme des Antrags.“ (Beifall SPÖ)

D 3 11. Borealis Linz Donau-Marathon 2012; Gewährung einer Subvention an die ASKÖ TRI Linz in Höhe von 34.000 Euro an die LIVA in Höhe von 9000 Euro sowie eine Naturalförderung an die LIVA in Höhe bis zu 90.000 Euro und an die ASKÖ TRI Linz in Höhe von 89,40 Euro

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Für die Durchführung des 11. Borealis Linz Donau-Marathons 2012 werden Förderungen in Höhe von insgesamt 133.089,40 Euro bereitgestellt.

2. Die Gewährung der Förderungen an die ASKÖ TRI Linz in Höhe von 34.000 Euro und an die LIVA in Höhe von 9000 Euro sowie die Gewährung einer Naturalförderung des Tiefbau Linz an die LIVA in Höhe bis zu 90.000 Euro und die Gewährung einer Naturalförderung des Bezirksverwaltungsamtes in Höhe von 89,40 Euro an die ASKÖ TRI Linz für die Vorbereitung, Organisation und Durchführung des 11. Borealis Linz Donau-Marathons am 22. April 2012 wird genehmigt.

3. Die Stadt Linz gewährt die Förderung mit der Bedingung der Einhaltung der allgemeinen bzw. speziellen Förderungsrichtlinien.

4. Die Verrechnung der Kosten in Höhe von 34.000 Euro für das Rechnungsjahr 2012 erfolgt auf der VASSt 1.2690.757006, Lfd. Transferzahlungen an private Institutionen; Veranstaltungen, die Verrechnung der Kosten in Höhe von 9000 Euro erfolgt auf der VASSt 1.7890.755000, Lfd. Transferzahlungen an Unternehmungen, regionale Wirtschaftsinitiativen.“

D 4 Gewährung einer Subvention an den LASK Linz und Blau Weiß Linz für 2012 sowie Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 22. April 2012; je 190.000 Euro

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Der Gemeinderatsbeschluss vom 22. April 2010 betreffend die Zuteilung von Spitzen- oder Leistungssportförderungen für diverse Sportvereine für die Jahre 2010 bis 2012 wird in Anbetracht des geänderten Leistungsniveaus und der Änderung der Klassenzugehörigkeit der Vereine LASK Linz und Blau Weiß Linz für diese Vereine für 2012 aufgehoben.

2. Die Stadt Linz gewährt unter nachstehenden Auflagen den Vereinen LASK Linz und Blau Weiß Linz für 2012 eine Leistungssportförderung in Höhe von jeweils 190.000 Euro.

3. Die Stadt Linz gewährt die Förderung mit der Bedingung der Einhaltung der allgemeinen bzw. speziellen Förderungsrichtlinien.

4. Die Verrechnung der monetären Förderung erfolgt auf der VASSt 1.2690.757002, Lfd. Transferzahlungen – priv. Institutionen; Spitzensportförderung.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Lenger zu D2:

„Linz kann sich als Sportstadt wirklich sehen lassen. Ich möchte Frau Vizebürgermeisterin Dolezal gratulieren, die Arbeit als Sportreferentin ist ganz toll und der Sportentwicklungsplan ist wirklich eine gute Weiterentwicklung und wird Linz noch weiterbringen, sich als Sportstadt zu etablieren.

Nachdem du schon alles sehr umfassend vorgestellt hast, möchte ich nur noch auf ein paar wesentliche Punkte eingehen, die mir wichtig sind und die in diesem Sportentwicklungsplan berücksichtigt sind:

Dass das Angebot stärker auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet wird, das hast du schon sehr eindrücklich erwähnt und das ist wirklich wichtig, das zu tun; dass auch alle Altersgruppen berücksichtigt werden, finden wir sehr wichtig und sehr gut; dass auch sportferne Gruppen erreicht werden

sollen, auch das soll vorangetrieben werden und ist für die nächsten Jahre eine Aufgabe; dass Menschen mit Behinderungen eingebunden sind und Möglichkeiten haben, Sport zu betreiben; und nicht zuletzt, was wirklich wichtig ist, dass man die Jugend erreicht durch die Einbindung und Kooperation von Schulen, und so viel ich weiß, funktioniert die Zusammenarbeit mit der Bildungsreferentin sehr gut.

Ich freue mich über diesen Sportentwicklungsplan und natürlich werden wir zustimmen.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Ing. Casny zu D2:

„Sehr geehrte Damen und Herren, es freut mich, dass in gemeinschaftlicher Weise hier der Sportentwicklungsplan SEP Linz 2.0 entwickelt worden ist. Anmerken möchte ich auch, dass es mich freut, dass unsere Anregungen betreffend Sport für Menschen mit Behinderung und die städtische Anti-Doping-Erklärung aufgenommen worden ist. Positiv erwähnenswert ist noch die besondere Vernetzung diesmal von Schulen und Sportvereinen.

Nicht verhehlen möchte ich, dass betreffend internationale Sporttendenz eine stärkere Verankerung, eine stärkere Formulierung für uns wünschenswert gewesen wäre, aber trotz allem, glaube ich, stimmt das Gesamtkonzept für die Positionierung unserer Sportstadt Linz. Wir werden diesem Antrag deshalb zustimmen. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderat Ortner:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, ich darf auch namens der freiheitlichen Fraktion zu dem Sportentwicklungsplan gratulieren. Ich denke, es sind einige sehr wertvolle und wichtige Schritte für die Zukunft darin enthalten.

Ich möchte an dieser Stelle aber nicht übersehen, dass ich hier schon einen Punkt habe, den ich grundsätzlich anmerken bzw. in den Raum stellen möchte.

Es ist so, dass es sich bei dem so genannten Sportausschuss um einen Ausschuss

nach dem Oberösterreichischen Landessportgesetz handelt, nämlich nach § 9. Ein Stadtsportausschuss, der sozusagen explizit im Oberösterreichischen Sportgesetz verankert ist und bei dem es sich nicht um einen gemeinderätlichen Ausschuss handelt.

Es wäre hier schon anzudenken, wie das in vielen anderen Städten und in anderen Gemeinden ist, dass der Sportbereich einem gemeinderätlichen Ausschuss zugeordnet ist, um hier eine dauerhafte Mitbestimmung der demokratisch gewählten legitimierten Vertreter zu ermöglichen.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Reiman zu D 2 und D 3:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Kollegium, grundsätzlich begrüße ich auch den Sportentwicklungsplan als sehr positiv.

Ich möchte mich aber dennoch zu Punkt D 3, wie jedes Jahr, kritisch äußern, zum Linz-Donau-Marathon. Ich bin ein Befürworter von Anreizförderungen und bin der Meinung, dass dieser Event mittlerweile schon so gewachsen ist, das damalige Baby hat sozusagen laufen gelernt und ist schon so gut aufgestellt, dass eine Förderung durch die Stadt Linz in der Höhe nicht mehr notwendig wäre. Insbesondere, weil Borealis hier als ein großer internationaler Konzern werbemäßig auftritt. Es wäre mir natürlich lieber, wenn Borealis die 45.000 Euro übernehmen würde.

Mit der Naturalsubvention von 90.000 Euro und darüber hinaus die 89,40 Euro bin ich einverstanden, dennoch werde ich mich bei diesem Punkt der Stimme enthalten. Ansonsten will ich diesen Sportentwicklungsplan begrüßen und goutieren. Danke.“

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Vizebürgermeisterin Dolezal:

„Ich möchte mich zunächst für die Zustimmung sehr herzlich bedanken, nehme das Lob gerne entgegen, aber das gebührt eigentlich nicht mir – nur zu einem kleinen

Teil –, sondern all jenen, die hier mit uns gearbeitet haben - die Dienststellen, die Dachverbände und die ExpertInnen aus den diversen Bereichen.

Hier komme ich zu den Dachverbänden und darf auf die Anregung von Gemeinderat Ortner zurückkommen.

Herr Gemeinderat Ortner, ich weiß nicht genau, wie lange es den Stadtsportausschuss schon gibt. Ich weiß nur, schon sehr, sehr lange und auch das Landessportgesetz. Die Dachverbände arbeiten hier sehr konstruktiv zusammen. Es gibt keine heftigen Diskussionen, und wenn, dann nur um Einzelheiten, die nicht direkt etwas mit einer Sportförderung zu tun haben. Es werden alle strittigen Probleme im Stadtsportausschuss besprochen, und zwar direkt mit jenen, die dafür verantwortlich sind, dass in unseren Vereinen diese hervorragende Arbeit gemacht wird, die alle diese Funktionen auch ehrenamtlich ausüben. Und ich denke, vielleicht nicht zuletzt deswegen, weil doch eine gewisse Entparteiopolitisierung im Sport stattgefunden hat, funktioniert die Zusammenarbeit so hervorragend. Ich persönlich glaube, dass es für den Sport sehr gut und sehr befruchtend ist.

Ich darf vielleicht noch zum Punkt 3, zum Herrn Gemeinderat Reiman sagen, da haben Sie schon Recht, Herr Gemeinderat Reiman, ich würde mich vielleicht auch freuen, wenn die Stadt Linz weder aus Sportmitteln noch aus Wirtschaftsmittel hier etwas zuschießen müsste.

Ich muss eines dazusagen - das klingt jetzt vielleicht etwas eigenartig, die Mutter des Marathon –, ich habe damals gesagt, ich hätte gerne einen Marathon in Linz, aber das ist die einzige Veranstaltung, wo die Stadt Linz im Sportbereich mitveranstaltet. Wir sind sonst nirgendwo Mitveranstalter, hier schon. Daher bleiben wir bei dieser Basissubvention, damit wir mitreden können. Das ist manchmal bei den Sponsoren nicht ganz so einfach, aber ich glaube, dass es gut ist, dass wir hier zeigen, dass wir eine

sportliche Stadt, eine Laufstadt sind und dass es zwar der Borealis, aber auch der Linz-Donau-Marathon ist. Das ist die Begründung für die 45.000 Euro. Danke für die Annahme der Anträge.“

Der Vorsitzende lässt nun über die Anträge D 1 bis D 4 abstimmen.

Die Anträge D 1, D 2 und D 4 werden **einstimmig angenommen**.

Der Antrag D 3 wird bei **Stimmenthaltung von Gemeinderat Reiman mit Stimmenmehrheit angenommen**.

Vizebürgermeister Dr. Watzl berichtet über

D 5 Gewährung einer Subvention an die Initiatoren des Filmfestivals Linz – Crossing Europe, XXXXXX XX (Festival 2012); 55.000 Euro sowie max. 8200 Euro in Form einer Naturalförderung

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Den Initiatoren des Filmfestivals Linz – Crossing Europe, XXXXXX XXXX XXXX XXXX XXXXXXXX XXXXXXXX, XXXXX XX, XXXX XXXX, wird zur Durchführung des Filmfestivals vom 24. April – 29. April 2012 eine Förderung in der Höhe von 55.000 Euro aus städtischen Kulturmitteln genehmigt.

Zusätzlich wird die Gewährung einer Natursubvention der Stadtkommunikation Linz in Form der Zurverfügungstellung von Werbekästen für das Filmfestival 2012 im Gegenwert von max. 8200 Euro genehmigt.

2. Die Stadt Linz gewährt die Förderung mit der Bedingung der Einhaltung der allgemeinen bzw. speziellen Förderungsrichtlinien.

3. Die Verrechnung der Kosten in Höhe von 55.000 Euro inkl. USt für das Rechnungsjahr 2012 hat auf der VASSt 1.3510.757000, Lfd.

Transferzahlungen an priv. Institutionen, zu erfolgen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Stadtrat Mayr berichtet über

D 6 Übertragung der Kürzung von veranschlagten Ausgabenbeträgen (Ausgabensperre) vom Gemeinderat auf den Stadtsenat

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, ich ersuche formal, diesen Delegationsbeschluss, im Rahmen des Haushaltsvollzuges eine Ausgabensperre durch den Stadtsenat beschließen zu können bzw. wieder eine teilweise oder gänzliche Aufhebung durch den Stadtsenat beschließen zu können, zu genehmigen. Der Gemeinderat hat eine entsprechende Beschlussfassung, was den Prozentsatz betrifft, bereits mit dem Budget-Beschluss 2012 beschlossen.

Ich darf den Gemeinderat darüber informieren, dass wir im Vorjahr das selbe Verfahren gewählt haben. Für das Jahr 2011 wurden insgesamt 3,482.364 Euro bei den Ausgaben durch den Stadtsenat gesperrt. Aufgehoben bzw. tatsächlich ausbezahlt wurden nur 248.706 Euro, sodass von dieser 100-prozentigen Sperre von rund 3,5 Millionen Euro der Stadtsenat tatsächlich nur 7,14 Prozent wieder freigeben musste.

Ich bedanke mich, was das Jahr 2011 betrifft, bei allen ReferentInnen und der Verwaltung, dass hier die Ausgabensperre zu über 90 Prozent gewirkt hat und eingehalten wurde und ersuche den Gemeinderat, diesen Delegationsbeschluss zu fassen.

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 8. März 2012 betreffend die

Kürzung von veranschlagten Ausgabenbeträgen (Ausgabensperre) durch den Stadtsenat.

Nach § 46 Abs. 2 des Statutes für die Landeshauptstadt Linz (StL) 1992, LGBl. Nr. 7/1992 i.d.G.F., wird verordnet:

§ 1

Delegation Ausgabensperre

In den jeweiligen Voranschlägen vorgesehene prozentuelle und/oder absolute Kürzungen von Ausgabenbeträgen (Ausgabensperre) sowie deren teilweise oder gänzliche Aufhebung werden auf den Stadtsenat delegiert.

§ 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz in Kraft.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen und Kolleginnen, bei diesem Delegationsbeschluss über eine Ausgabensperre, die an den Stadtsenat gerichtet ist, werde ich nicht zustimmen aus folgendem Grund:

Ich denke, dass Vorgänge, die mit Finanzen zu tun haben und die im Stadtsenat gefällt wurden, durchaus auch für den Gemeinderat von Interesse sind. Ich sehe darin eher eine Beschneidung der Rechte des Gemeinderates, wenn wir das jetzt so beschließen, auch wenn ich natürlich Herrn Stadtrat Mayr Recht gebe, dass das ein bisschen ein Formulismus ist, der hier geschieht. Aber ich denke, aus Prinzip werde ich dem nicht zustimmen.“

Gemeinderat Mag. Furlinger:

„Sehr geehrter Herr Stadtrat Mayr, wir werden dem Antrag zustimmen, weil wir grundsätzlich inhaltlich die Meinung vertreten, dass die Delegation dorthin möglich

ist. Wir haben unsere rechtlichen Fragen, um es nicht als Bedenken zu bezeichnen, bereits gerichtet und es sind diese dankenswerterweise vom Herrn Präsidialdirektor beantwortet worden.

Wir haben im Hintergrund der Zustimmung die Frage gestellt, ob nicht auch die Anlage 2 zur Geschäftsverteilung des Stadtsenats dann entsprechend als Folge davon geändert werden muss. Diese Frage stellt sich für uns, wir formulieren sie hier noch. Ungeachtet dessen gehen wir natürlich davon aus, dass der Herr Präsidialdirektor uns hier die rechtlichen Bedenken entsprechend beantwortet hat und stimmen im Vertrauen darauf diesem Antrag auch zu.“

Gemeinderat Reiman:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Kollegium, ich finde es begrüßenswert, dass hier wirklich Ausgaben gekürzt werden, das habe ich oftmals angemerkt. Allerdings dem Budget habe ich nicht zugestimmt und ich werde mich deshalb auch bei diesem Punkt der Stimme enthalten.“

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Stadtrat Mayr:

„Herr Klubobmann Furlinger, es ist selbstverständlich, dass der Stadtsenat diese Ausgabensperre und auch die einzelnen Aufhebungen als Kollegialorgan beschließen wird. Das ist auch die geübte und die umgesetzte Praxis im Vorjahr gewesen. Ich darf die Ängste aus der Praxis des Jahres 2011 heraus oder aus den Erfahrungen heraus der ÖVP, glaube ich, mildern, denn zwei Drittel oder mehr als zwei Drittel der Beträge, die wieder von der Ausgabensperre befreit oder aufgehoben wurden, waren aus den Ressorts des Kollegen Watzl bzw. der Kollegin Wegscheider.

Das heißt, wenn man das auch bei anderen Stadtsenatsmitgliedern klarerweise ordentlich argumentiert und vernünftig formuliert, wurden alle Anträge berücksichtigt. Es kön-

nen bestimmte Umstände eintreten, die bei der Budgetierung nicht vorhersehbar waren, daher wird es einen kollegialen Beschluss geben und auch eine kollegiale Aufhebung, wenn notwendig, der Ausgabensperre.“

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung von Gemeinderat Reiman sowie bei Gegenstimme von Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Stadträtin Mag.^a Schobesberger berichtet über

D 7 Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung eines Frauenförder- und Gleichstellungsprogramms für die Unternehmensgruppe Stadt Linz

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, die Frau Vizebürgermeisterin hat schon darauf hingewiesen, heute ist Internationaler Frauentag.

Die Ausgangssituation damals vor mittlerweile 101 Jahren waren fehlende Rechte für Frauen. Da hat sich inzwischen zwar einiges geändert, Frauen dürfen z.B. wählen usw. Es gibt aber viele Bereiche, wo noch einiges an Handlungsbedarf ist und das ist vor allem im wirtschaftlichen Bereich, wenn es um eigenständige Existenzsicherung durch Erwerbstätigkeit geht.

Zum Beispiel verdienen die Linzerinnen - da muss man auch wissen, dass in Linz die Situation verglichen mit Oberösterreich deutlich besser ist -, und da wohlgerne die ganzjährig vollzeitbeschäftigten Linzerinnen um sage und schreibe 781 Euro weniger als die Linzer. Die Linzer verdienen, anders ausgedrückt, um 31 Prozent mehr als die Linzerinnen.

Zur Ausgangslage: Umso erfreulicher finde ich es, dass wir heute einen wahren Meilenstein in Sachen Gleichstellung zur Beschlussfassung vorliegen haben, nämlich ein

Frauenförderprogramm für die Stadt selbst und die gesamte Unternehmensgruppe. Ich halte das aus mehrerer Sicht für beispielgebend: zum einen, dass sich dieses wichtigen Themas so umfassend angenommen wird und zum anderen, weil die Stadt Linz damit eine wesentliche Vorbildfunktion für andere Unternehmen in Linz einnimmt.

Bedanken dafür möchte ich mich beim Herrn Bürgermeister, der das von Anfang an mitgetragen hat und beim Personalreferenten und selbstverständlich bei der Verwaltung, allen voran bei der Gleichbehandlungsbeauftragten, die hier maßgeblich bei der Entwicklung beteiligt war. Bei diesem konkreten Antrag hat sogar der Herr Magistratsdirektor inhaltlich mitgewirkt. Ich war ganz beeindruckt, dass sich der Herr Magistratsdirektor um einen Antrag so intensiv kümmert wie um diesen. Auch wenn er heute nicht da ist, bedanke ich mich trotzdem bei ihm dafür, dass er sich so umfassend inhaltlich eingebracht hat. (Beifall Die Grünen)

Wie gesagt, ich halte den vorliegenden Antrag für einen Meilenstein für die Stadt selbst und was die Vorbildwirkung der Stadt betrifft und ersuche um Zustimmung. (Beifall Die Grünen)

Der Gemeinderat beschließt:

„Es wird eine Arbeitsgruppe, bestehend aus MitarbeiterInnen der Stadt Linz und den Tochtergesellschaften mit dem Ziel, ein gemeinsames Unternehmensgruppe Linz-weites Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm (FFGP) auszuarbeiten, eingerichtet. Die Koordinierung der Arbeitsgruppe erfolgt durch die Gleichbehandlungsbeauftragte der Stadt Linz unter Beiziehung der Frauenbeauftragten der Stadt Linz.

Das neue Programm soll auf das bestehende FFGP ‚Gleiche Rechte – Gleiche Chancen‘ der Stadt Linz aufbauen und als Mindeststandard fortgesetzt werden.

Als Zeitplan ist vorgesehen, dass spätestens im Frühjahr 2013 der allgemeine Teil ‚Leit-

bild zur Frauenförderung und Gleichstellung' in der Unternehmensgruppe Linz-Vollversammlung zustimmend zur Kenntnis genommen wird. Bis Ende 2013 soll das neue FFGP, welches für den Magistrat Linz und die zugewiesenen MitarbeiterInnen von AKh, Seniorenzentren Linz und teilweise Informations- und Kommunikations-Technologie gilt, dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die jeweiligen Kapitel der Unternehmensgruppe Linz-Unternehmen zum neuen FFGP werden dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht, sind allerdings durch die zuständigen Gesellschaftsorgane zu beschließen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

E ANTRÄGE DES VERFASSUNGS-, RAUMPLANUNGS- UND BAURECHTSAUSCHUSSES

Gemeinderat Lettner berichtet über

E 1 Neufassung (Stamplan) des Bebauungsplanes S 20-01-01-00, KG Kleinmünchen (Europastraße – Kokoschkastraße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Bebauungsplan S 20-01-01-00, Europastraße - Kokoschkastraße, Neufassung (Stamplan), wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 8. März 2012 betreffend Bebauungsplan S 20-01-01-00, Europastraße - Kokoschkastraße, Neufassung (Stamplan)

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan S 20-01-01-00 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich des Bebauungsplanes wird wie folgt begrenzt:

Norden: Europastraße

Osten: Kokoschkastraße

Süden: Ellbognerstraße

Westen: Widmungsgrenze zum Grünland Katastralgemeinde Kleinmünchen

Der Bebauungsplan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit des neu erstellten Bebauungsplanes S 20-01-01-00 werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksamen Bebauungspläne und das Neuplanungsgebiet Nr. 727 aufgehoben.

§ 4

Der Bebauungsplan tritt mit dem seiner Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gemeinderätin Rockenschaub berichtet über

E 2 Bebauungsplanänderung M 05-20-01-01, KG Linz (Gärtnerstraße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

„Die beiliegende Verordnung betreffend die Bebauungsplanänderung M 05-20-01-01, Gärtnerstraße, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 8. März 2012 betreffend die Bebauungsplanänderung M 05-20-01-01, Gärtnerstraße

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Die Bebauungsplanänderung M 05-20-01-01 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Bebauungsplanänderung wird wie folgt begrenzt:

Norden: Gärtnerstraße

Osten: westlich Coulinstraße

Süden: nördlich Tegetthoffstraße

Westen: östlich Stockhofstraße

Katastralgemeinde Linz

Die Bebauungsplanänderung liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Bebauungsplanänderung M 05-20-01-01 werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksame Bebauungspläne aufgehoben.

§ 4

Die Bebauungsplanänderung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes,

4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gemeinderat Ing. Casny berichtet über

E 3 Bebauungsplanänderung M 15-08-01-01, KG Lustenau (Prinz-Eugen-Straße 12)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

„Die beiliegende Verordnung betreffend die Bebauungsplanänderung M 15-08-01-01, Prinz-Eugen-Straße 12, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 8. März 2012 betreffend die Bebauungsplanänderung M 15-08-01-01, Prinz-Eugen-Straße 12

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Die Bebauungsplanänderung M 15-08-01-01 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Bebauungsplanänderung wird wie folgt begrenzt:

Norden: Prinz-Eugen-Straße

Osten: Glöggelweg

Süden: Glöggelweg 4 und 4a, Plankstraße 3

Westen: Plankstraße

Katastralgemeinde Lustenau

Die Bebauungsplanänderung liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Bebauungsplanänderung M 15-08-01-01 werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksame Bebauungspläne aufgehoben.

§ 4

Die Bebauungsplanänderung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gemeinderat Mag. Furlinger berichtet über

E 4 Änderungsplan Nr. 147 zum Flächenwidmungsplan Linz – Teil Mitte und Süd Nr. 2 sowie Änderungsplan Nr. 38 zum Örtlichen Entwicklungskonzept Nr. 1 – Teilkonzept Mitte, KG St. Peter (Wiener Straße – Rosenbauerstraße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Änderungsplan Nr. 147 zum Flächenwidmungsplan Linz – Teil Mitte und Süd Nr. 2 sowie der Änderungsplan Nr. 38 zum Örtlichen Entwicklungskonzept Nr. 1 – Teilkonzept Mitte, Wiener Straße – Rosenbauerstraße, werden erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 8. März 2012 betreffend Änderungsplan Nr. 147 zum Flächenwidmungsplan Linz – Teil Mitte und Süd Nr. 2 sowie Änderungsplan Nr. 38 zum Örtlichen Entwicklungskonzept Nr. 1 - Teilkonzept Mitte, Wiener Straße - Rosenbauerstraße

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Der Änderungsplan Nr. 147 zum Flächenwidmungsplan Linz - Teil Mitte und Süd Nr. 2 sowie der Änderungsplan Nr. 38 zum Örtlichen Entwicklungskonzept Nr. 1 – Teilkonzept Mitte werden erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Verordnung wird wie folgt begrenzt:

Norden: Rosenbauerstraße

Osten: Strachgasse

Süden: nördlich Berufsschule

Westen: Wiener Straße

Katastralgemeinde St. Peter

Der Pläne liegen vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Verordnung werden die bisher rechtswirksamen Pläne im Wirkungsbereich der Änderungspläne Nr. 147 und Nr. 38 aufgehoben.

§ 4

Die Verordnung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Die Pläne werden überdies während 14 Tagen nach ihrer Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gemeinderat Raml berichtet über

E 5 Neufassung (Stammplan) des Bebauungsplanes N 34-12-01-00 (Magdalena-

straße – Wolfauerstraße) sowie Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne NO 100/2 und NO 115/IV, KG Katzbach

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Bebauungsplan N 34-12-01-00, Magdalenastraße – Wolfauerstraße, Neuerfassung (Stammplan) sowie Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne NO 100/2 und NO 115/IV, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 8. März 2012 betreffend Bebauungsplan N 34-12-01-00, Magdalenastraße – Wolfauerstraße, Neuerfassung (Stammplan) sowie Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne NO 100/2 und NO 115/IV

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan N 34-12-01-00 sowie die Aufhebung von Teilbereichen der Bebauungspläne NO 100/2 und NO 115/IV werden erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Verordnung wird wie folgt begrenzt:

**Norden: Wolfauerstraße
Osten: Commendastraße
Süden: Dornacher Straße
Westen: Magdalenastraße
Katastralgemeinde Katzbach**

Der Plan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit des neu erstellten Bebauungsplanes N 34-12-01-00 werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksamen Bebauungspläne sowie die Bebauungspläne NO 100/2 und NO 115/IV im gekennzeichneten Bereich aufgehoben.

§ 4

Die Verordnung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gemeinderat Pühringer berichtet über die Anträge E 6 und E 7 und stellt nach Darlegung der Sachverhalte und der Einwendungen laut Vorlagen an den Gemeinderat folgende Anträge:

E 6 Bebauungsplanänderung S 25-04-01-02, KG Wambach (Wambacher Straße 187 – 206)

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend die Bebauungsplanänderung S 25-04-01-02, Wambacher Straße 187 - 206, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 8. März 2012 betreffend die Bebauungsplanänderung S 25-04-01-02, Wambacher Straße 187 - 206

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Die Bebauungsplanänderung S 25-04-01-02 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Bebauungsplanänderung wird wie folgt begrenzt:

Norden: Wambacher Straße 187
Osten: Bachbett des Wambaches
Süden: Wambacher Straße 206
Westen: Wambacher Straße und westlich davon
Katastralgemeinde Wambach

Die Bebauungsplanänderung liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Bebauungsplanänderung S 25-04-01-02 werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksame Bebauungspläne aufgehoben.

§ 4

Die Bebauungsplanänderung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

E 7 Bebauungsplanänderung W 116/10, KG Waldegg und Linz (Vergeinerstraße) mit gänzlicher Aufhebung der Bebauungspläne W 106, W 110/5 und 381 C sowie Aufhebung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes 522

Der Gemeinderat beschließt:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Bebauungsplanänderung W 116/10, Vergeinerstraße, mit gänzlicher Aufhebung der Bebauungspläne W 106, W 110/5 und 381C sowie Aufhebung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes 522 wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 8. März 2012 betreffend Bebauungsplanänderung W 116/10, Vergeinerstraße, mit gänzlicher Aufhebung der Bebauungspläne W 106, W 110/5 und 381C sowie Aufhebung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes 522

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Die Bebauungsplanänderung W 116/10 sowie die gänzliche Aufhebung der Bebauungspläne W 106, W 110/5 und 381C sowie die Aufhebung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes 522 werden erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Verordnung wird wie folgt begrenzt:

Norden: Jägermayrstiege, Fritz-Lach-Weg, Mariahilfgasse
Osten: westlich Kapuzinerstraße
Süden: nördlich Roseggerstraße
Westen: westlich Freinbergstraße
Katastralgemeinden Waldegg und Linz

Der Plan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Bebauungsplanänderung werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksame Bebauungspläne, die Bebauungspläne W 106, W 110/5 und 381C zur Gänze sowie der Bebauungsplan 522 im gekennzeichneten Bereich aufgehoben.

§ 4

Die Verordnung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshaupt-

stadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Wortmeldung **Gemeinderat Mag. Furlinger:**
„Ich möchte bitte für das Protokoll festhalten, dass der Antragsteller zu E 7 ein Nachbar von mir ist und diese Änderung indirekt ein Grundstück betrifft, an dem ich Miteigentümer bin, weshalb ich an dieser Abstimmung nicht teilnehmen werde.“

Der Antrag wird E 6 wird **einstimmig angenommen.**

Der Antrag E 7 wird **einstimmig angenommen**, wobei Gemeinderat Mag. Furlinger auf Grund von Befangenheit nicht mitstimmt.

F ANTRÄGE DES VERKEHRS-AUSSCHUSSES

Gemeinderat Fadl berichtet über

F 1 Zweite Schienenachse Linz; Bekenntnis des Linzer Gemeinderates zur Trassenführung und Mitfinanzierung der Einreichplanung sowie Führen von Gesprächen mit dem Landeshauptmann und dem Verkehrsreferenten des Landes Oberösterreich zwecks Kostenbeteiligung des Landes Oberösterreich

und führt aus:

„Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Linzer Gemeinderates, beim gegenständlichen Tagesordnungspunkt geht es wohl um einen der wichtigsten Schritte für die weitere Entwicklung des öffentlichen Verkehrs in Linz.

Die derzeitige Situation ist so, dass wir bei den Straßenbahnlinien im Bereich zwischen Hauptbahnhof und Rudolfstraße in Wahrheit an der Kapazitätsgrenze sind. Zur Unterstreichung, wie erfolgreich die Linzer Linien

sind: Wir sind knapp an der 100 Millionen Fahrgäste-Marke, genauer gesagt, 99,5 Millionen Fahrgäste im Jahr 2011.

Es ist jetzt hoch an der Zeit, mit der zweiten Straßenbahnachse nicht nur eine Entlastung für die bestehende Straßenbahn zu schaffen, sondern auch eine bessere Anbindung des Linzer Ostens. Und was auch über Linz hinaus eine sehr große Bedeutung hat, diese zweite Straßenbahnachse könnte die Klammer sein zwischen Mühlkreisbahn neu in Urfahr und dem Hauptbahnhof als Nahverkehrsdrehscheibe. Es wären dann alle Verkehrsträger in Linz am Hauptbahnhof miteinander verknüpft.

Für den Gemeinderat noch einmal zur Ausgangssituation: Vor etwas mehr als einem Jahr, am 27. Jänner 2011, haben wir hier im Haus einen Grundsatzbeschluss zur Festlegung der Trassenführung gefasst. Seit 20. Jänner 2012 wurde dem Aufsichtsrat der Linz AG das Vorprojekt vorgestellt. Heute geht es darum, dass der Antrag, der folgendermaßen lautet, beschlossen wird:

Der Gemeinderat beschließt:

1. Der Gemeinderat der Stadt Linz bekennt sich zur - dem Aufsichtsrat der Linz AG am 20. Jänner 2012 vorgestellten – vorliegenden Trassenführung (sh. Beilage) als Basis für die Beauftragung einer Einreichplanung durch die Linz AG.

2. Der Gemeinderat bekennt sich zur Mitfinanzierung der Einreichplanung. Der Finanzreferent des Stadtsenates wird ersucht, eine diesbezügliche Vereinbarung mit der Linz AG vorzubereiten und in Folge dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Der Bürgermeister und der Verkehrsreferent des Stadtsenates werden ersucht, in Gespräche mit dem Landeshauptmann sowie dem Verkehrsreferenten des Landes Oberösterreich einzutreten, um vorerst für das Einreichprojekt und in Folge für die Investitionskosten der zweiten Schienen-

achse eine Kostenbeteiligung des Landes Oberösterreich zu erreichen.'

Ich ersuche die Fraktionen, diesem Antrag zuzustimmen, dass wir aus Linzer Sicht alles unternehmen, um raschestmöglich diesen Schritt setzen zu können.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Stadtrat Wimmer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, wir greifen der Zeit vor und beziehen uns auf einen Abänderungsantrag der ÖVP, der zwar bereits verteilt, aber noch nicht referiert wurde.

Zwischenruf Bürgermeister Dobusch:

„Noch gar nicht eingebracht wurde!“

Stadtrat Wimmer weiter:

Noch gar nicht eingebracht, aber bereits verteilt, sehr höflich, damit werde ich meine Wortmeldung zu einem späteren Zeitpunkt fortführen.“

Gemeinderat Dipl.-Ing. Hutter:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Verkehrsreferent, liebe Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich, die ÖVP bekennt sich natürlich eindeutig zur zweiten Straßenbahnachse.

Bei diesem Antrag handelt es sich aber im Großen und Ganzen um die Beauftragung einer Einreichplanung. Eine Einreichplanung beginnt man normalerweise bei einem Bauprojekt, wenn man wirklich klar und deutlich weiß, was wir tun wollen. Es sollte hier alles klar sein, aber so ganz klar ist es unserer Meinung nach nicht. Wir müssen aufpassen, dass wir hier nicht zu schnell vorgreifen und Dinge in eine Planungsphase schicken, die noch nicht klar sind.

Zwei Dinge vorab: Noch ganz wichtig ist es, es ist ganz stark im Interesse unserer Stadt, dass die Pendler umsteigen. Das ist ganz wichtig, wenn man dann in der Zusammenarbeit mit dem Land nachdenkt. Wir wollen, dass in unserer Stadt der Stadtverkehr weniger wird.

Das Zweite ist, wenn man mit einem wahrscheinlich 50-Prozent-Finanzierungspartner - dem Land Oberösterreich - zusammenarbeitet, dann sind wir schon der Meinung, da sollten die Interessen abgestimmt sein, idealerweise bevor man mit der Einreichplanung beginnt. Auch das erscheint uns nicht ganz eindeutig gegeben.

Konkret zum Antragspunkt 1, der vor allem von der Trassenführung handelt, sind uns einige Punkte unklar, von denen wir erwarten, dass sie, noch bevor in diesem Bereich die Einreichplanung begonnen wird, klargestellt werden. Das sind einmal die Trassenführung und die Haltestellen insbesondere in Urfahr und deren Niveaulage, die, wie man aus der Diskussion erkennen kann, noch bei weitem nicht eindeutig gegeben ist. Im Einzelnen gibt es auch eine Anmerkung der Wirtschaftstreibenden in Urfahr zur Haltestelle Hauptstraße/Reindlstraße, die im aktuellen Projektstadium gestrichen wurde.

Für die Entwicklung des Stadtteilzentrums von Urfahr, das im Wesentlichen die Hauptstraße darstellt, könnte die zweite Straßenbahnachse eine wirkliche Chance für eine Aufwertung sein. Es sollen alle Straßenbahnen durch die Hauptstraße und die Reindlstraße geführt werden. Das könnte der Hauptstraße als Einkaufsstraße, die nicht überbelebt ist, zu einer deutlichen Belebung helfen, weil dann auch die Linien 1 und 2 dort vorbeigeführt werden würden, die zurzeit noch an der Friedhofsmauer mehr oder weniger vorbeifahren.

In den früheren Plänen war immer eine Haltestelle im Bereich Hauptstraße/Reindlstraße vorgesehen. Diese wurden dann im November des Vorjahres den Wirtschaftstreibenden in Urfahr präsentiert. Nun wurden, ohne eine weitere Information der Betroffenen, die Pläne geändert. Es ist so, dass in den Medien noch Pläne mit der Haltestelle Biegung abgedruckt werden. Also hier ist der Informationsstand unserer Meinung nach nicht ausreichend. Die Wirtschaftskammer, Bezirksstelle Linz-Stadt,

hat Anfang Februar an den Verkehrsreferenten Vizebürgermeister Luger eine Anfrage gerichtet, in dem sie diese Information kritisiert.

Wir möchten festhalten, dass hier unserer Meinung nach in Urfahr schon ein Informations- und Diskussionsbedarf zur Haltestellensituation besteht und dass nicht der Eindruck geschaffen werden sollte, dass man hier im Gemeinderat heute endgültig beschließt, ohne die Betroffenen zu informieren und sie einzubinden.

Ein weiterer ganz wesentlicher Punkt ist die Durchbindung der Regio-Tram und der Stadt-Regio-Tram, die im Land geplant werden, wie schon vorher angeführt. Das sollte klar sein, was hier passiert. Wo fährt welcher Tramtyp hin? Man hört von zwei Tramtypen, die einerseits über eine Landstraße geführt werden sollen, andererseits über die Brücke geführt werden sollen. Stimmt es, stimmt es nicht, aber etwas Wahres wird schon dran sein. Also das gehört mit dem Land abgeklärt, bevor wir bitte in die Einreichplanung gehen.

Für die Donauquerung haben wir letztes Jahr schon einen Beschluss gefasst inklusive der Einreichplanung, aber wir gehen natürlich davon aus, dass die im Gesamtkonzept gemeinsam eingereicht wird und dass das dann klargestellt ist, weil auch hier ist, wie wir wissen, noch nicht alles im Klaren und damit ganz sicher nicht zur Einreichplanung bereit.

Zuletzt noch zu dieser Trassenführung: Die Anbindung der Regio-Tram an die Nahverkehrsdrehscheibe, also dieser Appendix, wie er so schön heißt in der Planung, zur Nahverkehrsdrehscheibe, wo einer der beiden Tramtypen zum Bahnhof geführt wird, ist auch ganz wichtig unserer Meinung nach. Weil ohne die Anbindung des Bahnhofes wird das wahrscheinlich deutlich weniger Pendler anziehen, als wir uns erhoffen. Das zu Antragspunkt 1.

Zu Antragspunkt 2 erteilen wir gerne unsere Zustimmung.

Zuletzt zum Antragspunkt 3: Da möchte ich Ihnen etwas vorlesen, das wir sehr interessant gefunden haben, und zwar eine Pressekonferenz mit Bundesminister Werner Faymann damals, Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Erich Haider und Bürgermeister Dr. Franz Dobusch am 28. August 2008. Auch wenn das wahrscheinlich Vorwahlkampfzeit war, ist es trotzdem wesentlich und sollte man es schon aufgreifen. Da spricht Herr Werner Faymann, unser heutiger Bundeskanzler: ‚Solche Projekte haben eine besondere Wichtigkeit für den städtischen und regionalen Nahverkehr. Derzeit kann der Bund derartige Vorhaben aber nur minimal im Rahmen der Privatbahnförderung und des Finanzausgleichs unterstützen. Das ist mir zu wenig. Im Sinne ganzheitlicher Lösungen trete ich dafür ein, dass sich der Bund stärker engagiert‘, so Faymann.

Der Verkehrsminister betont, für Länder und Gemeinden sind derartige Vorhaben eine Nummer zu groß. Es scheitert meist an den finanziellen Mitteln, wichtige Projekte können deshalb oft nicht realisiert werden.

Weiter im Zitat: ‚Wenn einem der Klimaschutz wichtig ist und man den Menschen eine echte Alternative zum PKW anbieten will, dann sind für solche Vorhaben entsprechende Mittel im nächsten Budget aufzunehmen‘ - ich glaube, er meint hier das Bundes-Budget und nicht das Stadt-Budget - macht Verkehrsminister Faymann deutlich und erinnert an seinen Vorschlag, zukünftig einen eigenen Bundes-Budgettopf für derartige Regional- und Stadtbahnprojekte zu gründen, durch den der Bund 50 Prozent der Errichtungskosten übernehmen kann. Diese Lösung stelle er sich auch für diese Regionalstraßenbahnen Oberösterreichs vor.

Im Sinne des hier Gesagten ersuchen wir Sie, Herr Bürgermeister und Referent, im Punkt 3 in getrennter Abstimmung einem **Abänderungsantrag** zuzustimmen, der lautet:

„3. Der Bürgermeister und der Verkehrsreferent des Stadtsenates werden ersucht,

in Gespräche mit dem Bundeskanzler sowie der Bundesministerin für Verkehr und dem Landeshauptmann sowie dem Verkehrsreferenten des Landes Oberösterreich einzutreten, um vorerst für das Einreichprojekt und in Folge für die Investitionskosten der zweiten Schienenachse eine Kostenbeteiligung des Bundes sowie des Landes Oberösterreich zu erreichen.'

Wir ersuchen um getrennte Abstimmung. Den Punkten 1 und 2 stimmen wir zu, zu Punkt 3 ersuchen wir um Ihre Zustimmung. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderätin Lenger:

„Wir Grünen begrüßen diesen Antrag sehr. Wir stehen hinter dem Projekt ‚Zweite Schienenachse‘, das die Stadt Linz wirklich notwendig braucht. Es ist wichtig, die Landstraße zu entlasten, neue Wohngebiete und andere Gebiete in Linz mit einer Straßenbahn zu erschließen. Deshalb werden wir natürlich diesem Antrag die Zustimmung geben.

Noch ein paar Worte zum Kollegen Hutter, weil er moniert, dass in Urfahr das noch nicht eindeutig ist bezüglich der Zusammenlegung der Haltestellen. Ich halte diese Lösung, die beiden wirklich sehr nahe befindlichen Haltestellen zusammenzulegen, für sinnvoll. Erstens ergibt das eine kürzere Fahrzeit, die nur begrüßenswert ist, und zweitens sind die Wege dann nicht so lang.

Es wurde mir zugesagt, dass es bezüglich dem Umsteigen in die Linie 33 eine Lösung geben wird, weil da wäre dann wirklich ein Fußweg dazwischen. Und dass die Straßenbahn in Urfahr nicht so lange unterirdisch geführt wird, wie ursprünglich geplant, ist auf eine Initiative der Grünen zurückzuführen. Dass sie im Bereich der Hauptstraße unterirdisch geführt wird, macht Sinn, da haben wir uns eingehend damit befasst, weil wenn alle Linien auf dieser Strecke fahren und es ist nur eine geringste Behinderung, dann haben wir einen Stau bis zur Nibelungenbrücke, und das bringt nicht viel.

Was uns ganz wichtig ist, wenn die zweite Schienenachse verwirklicht ist, ist das eine gute Lösung am Hirschkampplatz vor allem für FußgängerInnen und RadfahrerInnen. Wir werden darauf drängen, dass es da gute Lösungen gibt und auch oberirdische Querungen. Ich bin guter Dinge, dass das auch so umgesetzt wird.

Betreffend Donauquerung, Kollege Hutter, wissen wir, dass es mit der Eisenbahnbrücke laufend Verzögerungen gibt, aber das liegt nicht am Gemeinderat und nicht am Willen der hier tätigen Personen, sondern das Bundesdenkmalamt zögert und zögert und zögert. Ich glaube nicht, dass wir jetzt deswegen die zweite Schienenachse auf Eis legen sollen.

Bezüglich der Anbindung einer allfälligen Regio-Tram würde ich nicht wollen, dass man jetzt fix von einer Regio-Tram spricht oder Beschlüsse fasst, weil es gibt auch auf Landesebene derzeit keine Beschlüsse für eine Umsetzung der Regio-Tram. Es gibt Willenserklärungen, aber es gilt immer noch der Landtagsbeschluss. (Zwischenruf) Ja, Herr Vizebürgermeister Watzl, vom August 2009 auf Umsetzung der zweiten Schienenachse und einer City-S-Bahn. Und für diese City-S-Bahn ist auch der Appendix gedacht. Aus unserer Sicht ist das viel sinnvoller. In diesem Antrag hier geht es um die zweite Schienenachse und wir sagen ja dazu.

Es gibt jetzt den Abänderungsantrag von der ÖVP, der schon ausgeteilt wurde, und einen Abänderungsantrag des Abänderungsantrages von der FPÖ, der dann wahrscheinlich nach meiner Wortmeldung referiert wird. Ich darf gleich ankündigen, wir werden dem Abänderungsantrag zum Abänderungsantrag und dem gesamten Antrag zustimmen. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Stadtrat Wimmer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs gerade in Linz tut dringend Not und ist längst überfällig und

deshalb ist es wenig verwunderlich, dass bereits in den 90er-Jahren auf Initiative eines Linzer Freiheitlichen, nämlich des damaligen Verkehrsstadtrates Horst Six, erste Maßnahmen und konkrete Ideen eingeleitet beziehungsweise die Weichen gestellt wurden für die Errichtung der Stadtbahn.

Ich kann es dem Gemeinderat nicht ersparen, vor allem der Linzer Bevölkerung möchte ich es ermöglichen, hier daran zu erinnern, dass damals der Zug in Richtung Stadtbahn nie abgefahren ist, weil die politischen Schaffner anderer Parteien nicht mitgemacht und sozusagen gestreikt haben. Heute hätten wir so manches Problem vermutlich nicht, wenn damals die Pläne unseres Verkehrsreferenten weiterbetrieben und umgesetzt worden wären.

Es bringt allerdings nur wenig, über alte Dinge zu schimpfen und hier Schuldzuweisungen an Land, Bund oder anderen Gebietskörperschaften vorzunehmen. Wichtig ist, dass überhaupt in dieser Sache etwas passiert, dass etwas weitergeht und deshalb ist für uns Freiheitlichen klar, dass wir uns grundsätzlich für eine zweite Schienenachse, für die Erschließung des Linzer Ostens, was den öffentlichen Verkehr betrifft, aussprechen und natürlich dafür sind, dass die Einbindung des Linzer Umlandes erfolgt.

Ich kann mich den Vorrednern insofern nur anschließen, die dies ebenfalls mitgetragen haben, und muss vor allem einen Punkt bemerken. Hier findet man sich sicher an einer gewissen Gratwanderung. Zum einen darf das Thema nicht, so wie es in der Vergangenheit schon teilweise war, zerredet werden aufgrund verschiedener Einwände und Bedenken und noch mehr Zeit in Anspruch genommen werden, sodass es letztlich zu keiner Lösung kommt und vor lauter Sorgen die wichtigen Pflichten, die nötigen Schritte vernachlässigt werden.

Zum anderen muss man aber aufpassen, hier nicht vorzupreschen, Investitionen zu tätigen ohne Rechtssicherheit. Deswegen finde ich den Weg insofern gelungen und

gut, dass einerseits rasch vorgegangen wird, Gas gegeben wird und grünes Licht für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs besteht, aber andererseits die nötigen Verhandlungen geführt werden und nicht sozusagen ins Blaue hinein investiert wird, ohne sich sicher zu sein oder ohne davon ausgehen zu können, dass dieser Investition eine Umsetzung folgen wird.

Insofern schlagen wir vor, in **Änderung des Abänderungsantrages** der Österreichischen Volkspartei ein zweistufiges Verfahren durchzuführen.

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Verhandlungen hinsichtlich der Finanzierung der zweiten Schienenachse sollen in einem zweistufigen Verfahren durchgeführt werden.“

In einer ersten Phase verhandeln der Bürgermeister und der Verkehrsreferent des Stadtsenates mit den Vertretern des Landes Oberösterreich. Wird hier eine Einigung erzielt, verhandeln die Vertreter von Stadt und Land Oberösterreich in einer zweiten Phase mit dem Bundeskanzler sowie dem Bundesminister für Verkehr über eine Kostenbeteiligung des Bundes.’

Uns geht es darum, dass in einer ersten Phase Bürgermeister und Verkehrsreferent der Stadt mit den Vertretern des Landes Oberösterreich über die Finanzierung verhandeln sollen und erst in einer zweiten Phase dann diese Vertreter von Stadt und Land gemeinsam als eine Achse mit dem Bund in Verhandlung treten sollen, wenn es hier um eine Kostenbeteiligung des Bundes geht. Wir halten das für sinnvoll.

Es sollte im Interesse aller Gebietskörperschaften sein, dass die Stadt Linz und ihr Umland möglichst gut verkehrstechnisch erschlossen sind, dass es hier keine sinnlosen Barrikaden gibt, die ein so wichtiges Projekt ungebührlich verzögern, dass aber auch nicht überhastig agiert wird.

Wir glauben, dass wir hier mit dieser vorgeschlagenen Vorgangsweise auf dem rich-

tigen Weg sind und werden den Antrag mit dieser Abänderung gerne unterstützen.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Mag. Furlinger:

„Ich stelle als Neuankömmling oder fast Neuankömmling im Gemeinderat fest, dass dieses Projekt offensichtlich viele Väter und Mütter, mehrheitlich Mütter am Weltfrauentag hat, blaue Väter und grüne Mütter.

Ich bin ganz begeistert, dass so viele schon vor 20 Jahren an das alles gedacht haben. Es ist auch gut so, wenn immer alle so weit nach vorne denken, wie es jetzt heißt, ob es jetzt City-S-Bahn oder Regio-Tram oder wie immer heißen wird.

Liebe Gerda Lenger, ich weiß aus Gesprächen mit dir, wie wichtig es ist, dass wir versuchen, eine Entlastung des Individualverkehrs zu bringen. Daher glaube ich, dass es unabdingbar ist, dass es unser Auftrag ist, gerade in diesem Projekt, das sicherlich ein prägendes Projekt ist, ich traue mir zu sagen für das kommende Jahrhundert sein wird, schon darüber nachzudenken, endet Linz an der Stadtgrenze oder endet Linz nicht an der Stadtgrenze. Denn wenn ich jetzt so weiterphilosophiere Richtung Ottensheim oder Richtung Walding oder bis hinauf nach Rohrbach, wo immer die Philosophien hinführen, so wird es für uns von entscheidender Bedeutung sein, dass wir im Sinne des Park-and-ride-Konzeptes, das das Land bereits vorgestellt hat, es schaffen, jene Menschen, die notwendigerweise und richtigerweise in Linz arbeiten, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln hier hereinzubringen.

Wenn wir es aber so halten, wie wir es bisher gehalten haben, dass die Leute heringebracht werden mit einem Zug von der ÖBB, dort umsteigen müssen, möglicherweise wenn sie in irgendein anderes Viertel als das Zentrum wollen, noch einmal umsteigen müssen, dann werden wir es nicht schaffen, dass die Leute auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Und nachdem es genau sehr primär euer Ziel ist, den öffent-

lichen Verkehr zu stärken, wir das auch wollen und ich glaube, dass Common Sense ist hier im Hause herinnen, müssen wir ganz klar sagen, Linz hört im strategisch vernetzten regionalen Denken sicher nicht an der Ortstafel in Urfahr West auf. Und weil das so ist, ist die Anmerkung des Kollegen Hutter vollkommen richtig, dass wir im Rahmen dieses Projektes sehr gut nachdenken müssen und sehr gut verhandeln müssen.

Im Übrigen, ob das Verfahren zur Kostenbeteiligung übergeordneter Institutionen wie Land oder Bund ein-, zwei-, sechs- oder achtstufig ist, ist relativ egal. Die Stufe zum Bundeskanzler ist relativ einfach, die hat er vor der Presse schon einmal erklärt, er zahlt 50 Prozent. Daher ist diese Stufe eigentlich nur ein Telefonat, um den zugesagten Betrag abzurufen. Aber wie auch immer, wir sind natürlich gerne bereit, mit euch gemeinsam, lieber Stadtrat Wimmer, die Stufen mitzugehen, wer immer sie auch geht. Wir können natürlich auch dieser Form der stufenweisen Beteiligung des Bundes die Zustimmung erteilen. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Vizebürgermeister Luger:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, auch wenn die eine oder andere Wortmeldung der ÖVP den Eindruck erwecken könnte, dass hier noch viel zu viel offen sei, möchte ich mich ganz herzlich für die konstruktive Arbeit aller Vertreterinnen und Vertreter im Verkehrsausschuss bedanken, denn dort ist nicht polemisiert worden, dort ist bei der Trassenführung von Anfang an ein sehr sachpolitischer Stil von allen Mitgliedern vertreten worden. Ebenso möchte ich mich bei den Aufsichtsratsmitgliedern der Linz Linien und der Linz AG bedanken, die jeweils für die konkreten Beschlüsse gesorgt haben, die notwendig sind, um dieses Projekt weiterzutragen.

Ich darf die bisherigen Wortmeldungen dahingehend interpretieren, dass der Gemeinderat den Vorschlag der Expertinnen und Experten der Linz Linien, der Stadtplanung Linz, der Verkehrsplanung Linz, auch der

Mitarbeit der Fachexperten des Landes Oberösterreich, des Verkehrsressorts, die Spitze mit Herrn Landesbaudirektor Tinkler, diese Variante heute ganz offensichtlich beschließt.

Mir geht es nicht darum, jetzt zu replizieren auf das eine oder andere parteipolitische Kleingeld, das hier in Centform geschlagen worden ist, sondern mich wirklich dafür zu bedanken, dass wir eine Willenserklärung abgeben, die inhaltlich vor allem im Verkehrsausschuss über weiteste Strecken völlig einstimmig erfolgt.

Wir sind uns zu 100 Prozent einig, dass der südliche Streckenabschnitt vom Bulgariplatz bis zur Einbindung an die Eisenbahnbrücke in dieser unterirdischen Form geführt wird, nachdem wir in den letzten Wochen und Monaten exakt dort geprüft haben, ob wir beim Design Center konkret und an der Kreuzung zur Donaulände/Gruberstraße nicht auch oberirdische Lösungen finden, dass wir hier aus vielen Gründen die unterirdische Lösung - und ich sage, auch dort aus städtebaulichen Gründen - für die vernünftigste Form gemeinsam ausgewählt haben.

Dass die Eisenbahnbrücke in diesem Szenario heute nicht Gegenstand der Beratungen ist, hat primär einen Grund. Die dafür notwendigen Beschlüsse für die Einreichplanung hat nämlich der Gemeinderat bereits einstimmig gefasst und deswegen brauchen wir das nicht duplizieren.

Und was die Trassenführung in Urfahr betrifft, glaube ich, haben wir alle gemeinsam bewiesen, dass wir die dort sehr wesentlichen Veränderungen lange diskutiert, aber letztlich sachlich gemeinsam tragen und getragen haben.

Es war tatsächlich so, dass wir geprüft haben, ob es nicht möglich ist, früher als direkt vor dem Gleisdreieck auf Höhe Berufsschule 1 und Lindbauer, vor der Eisenbahnbrücke wieder oberirdisch zu werden. Und diese Prüfung aus Einsparungsgründen, weil wir bei diesem großen Projekt sehr wohl

auf die monetäre Seite schauen, hat ergeben, dass wir diese Möglichkeit, schon vor der Kreuzung Reindlstraße/Wildbergstraße wieder die Straßenbahn oberirdisch zu führen, als vernünftig befunden haben.

Und die zweite große Beschlussfassung aus meiner Sicht ist das Bekenntnis des Gemeinderates, in Urfahr eine unterirdische Streckenführung zu haben. Das hat viele betriebstechnische Gründe, weil wir damit verkehrssicherer den öffentlichen Verkehr unterirdisch führen können, weil wir nicht dauernd die Konkurrenzsituationen an Kreuzungsbereichen Hirschkampplatz und in der Hauptstraße haben. Wir sind auch schneller, wie Frau Gemeinderätin Lenger das richtig festgestellt hat. Und wir haben gegenüber der Ursprungsplanung, dort unterirdisch zu fahren, eine Änderung, indem wir aus zwei Haltestellenbereichen einen gemacht haben.

Und es ist völlig korrekt, dass bei einer Informationsveranstaltung, bei der auch Frau Wirtschaftsstadträtin Wegscheider dankenswerterweise zugegen gewesen ist, die wir gemeinsam zwischen Wirtschaftskammer und Stadt Linz organisiert haben, keine einzige negative Wortmeldung über die grundsätzliche unterirdische Streckenführung in Urfahr seitens der eingeladenen Wirtschafts- und Gewerbetreibenden gekommen ist.

Fakt ist tatsächlich, dass drei Wochen nach dieser Informationsveranstaltung die Überarbeitung des Streckenabschnittes Urfahr zutage gebracht hat, dass wir die ursprünglichen zwei Haltestellen, die eine etwa in Höhe Ars Electronica Center und eine in Höhe alter Biegung, dass wir diese zu einer - und ich nenne diese Haltestelle ganz bewusst Biegung neu - zusammenführen können. Das hat uns viele, viele Vorteile geschaffen, finanzielle und vor allem auch organisatorische.

Es ist durch den dadurch veränderbaren Radius an der Biegung nicht mehr notwendig, ein Privathaus abzulösen und ein zweites, ebenfalls in Privatbesitz befindli-

ches Objekt mit enormen statischen Unterfangungsarbeiten so abzusichern, dass wir dort diesen engen Kurvenradius fahren können aufgrund der Haltestellensituation und der daraus resultierenden Gleisdreieck-Notwendigkeiten.

Der Unterschied zwischen 60 Meter Fußweg zwischen der ursprünglichen Ausstiegshaltestelle Biegung alt und der jetzigen Biegung neu ist finanziell und städtebaulich sehr gut argumentierbar. Und diese Haltestelle schafft auch eine Voraussetzung: Letztlich ist das die wirkliche Chance, den südlichen Teil der Hauptstraße von der Biegung her bis zum Hirschkampplatz sehr, sehr gut und optimal durch diese Haltestelle anzuschließen.

Und der wirkliche Vorteil ist, dass eine Verkehrslösung für Urfahr möglich ist, an der viele Generationen vor uns in diesem Gemeinderat schon vor dreißig Jahren gearbeitet haben, da die Kernproblematik des Individualverkehrs in Urfahr darin besteht, dass der aus dem westlichen Mühlviertel kommende Verkehr in der Rudolfstraße keine West-Ost-Durchquerung findet, sondern durch die Nebenstraßen Landgutstraße, Mühlkreisbahnstraße zur Kaarstraße muss, in Folge in die Urfahrer Hauptstraße hinein muss und damit durch ganz Urfahr fließt.

Wenn die Straßenbahn unterirdisch ist und wir oberirdisch den Verkehr führen können, dann können wir dort, wo heute der Schienenstrang an der Ferihumerstraße ist, bis zur Wildbergstraße - ich kann das immer wieder nur betonen, bis zur Wildbergstraße - das so führen, dass diese West-Ost-Öffnung in Urfahr für den Individualverkehr möglich wird und damit die städtebauliche Entwicklung des Urfahrer Zentrums auf ein Niveau geführt werden kann, das wir, glaube ich, seit langem schon angestrebt haben in dieser Stadt.

Das Argument, wir hätten die Wirtschaftskammer nicht informiert, ist objektiv in dieser Form nicht korrekt, denn nachdem diese Planung, und dieses Recht haben wir,

zuerst in den entsprechenden Gremien vorgestellt worden ist - und dazu zählte auch der Aufsichtsrat der Linz Linien -, sind von Experten auf Sach- und Facharbeitsebene die Informationen an die Wirtschaftskammer gut und korrekterweise geflossen und das wird auch so diskutiert.

Zur Frage der Einbindung des Linzer Schienennetzes in die überregionale Trassenführung, da kann man wirklich sagen, no na net. Wenn es ein Versäumnis der Landespolitik in Oberösterreich gegeben hat, dann ist es jenes, dass die Anbindung der Umlandgemeinden an den Wirtschaftsstandort Linz - und hier vor allem die Schienenanbindung - nicht in dem Ausmaß erfolgt ist, wie das notwendig wäre. In Linz haben wir in den letzten zwölf Jahren beinahe eine halbe Milliarde Euro in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in der Stadt primär in die Schienenstränge der Linz Linien investiert - ob das die Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof gewesen ist, ob das die Straßenbahnverlängerungen in den Linzer Süden gewesen sind oder zuletzt auch die Verlängerung der Straßenbahn Richtung Traun, was ein wichtiges Zeichen war, dass erstmals auch eine Straßenbahn das Gemeindegebiet von Linz verlässt.

Und jetzt ist auch das Land Oberösterreich - und das ist ein Zeichen, glaube ich, das wir als Schulterschluss sehen sollten - so weit, dass die parteipolitischen Diskussionen um die Art der Streckenführungen, der Betreiber, der Schienenstränge außerhalb von Linz offensichtlich endlich überwunden worden sind. Und mit dem Konzept, das Verkehrslandesrates Kepplinger mit der Regio-Tram und der Stadt-Regio-Tram vorgelegt hat, liegt ein umsetzbares Konzept vor, das die vielen Anforderungen, die auch heute schon vom Kollegen Hutter genannt worden sind, ganz objektiv erfüllt. Es geht jetzt ‚nur‘ darum, dass das Land Oberösterreich diesem Bekenntnis die entsprechenden Beschlüsse und in Folge auch die Umsetzungs- und Finanzierungsmaßnahmen setzen wird.

Und zur Argumentation der Einbindung dieser Stadt-Regio-Tram in das Linzer Schie-

nennetz - auch hiezu eine ganz klare Positionierung. Es arbeiten - und da bedarf es nicht der parteipolitischen Argumentation - die Arbeitsgruppen und Gremien in einem Übereinkommen zwischen Linz Linien, Stadt Linz und Land Oberösterreich daran, all diese Fragen derzeit abzuklären, welche Straßenbahnen aus dem Umfeld können in Linz wie eingebunden werden, wie ist das betriebstechnisch, mit welchen Garnituren wird das erfolgen, auf welchen Strecken.

Aber eines ist ganz klar, es ist vernünftig, eine Stadt-Regio-Tram in etwa von Rottegg als Fortsetzung der Linie 3 über den bestehenden Schienenstrang Doblerholz nach Traun zu führen. Es ist aber auch völlig klar, dass die neue Stadt-Regio-Tram und die Regio-Tram, die aus Rohrbach kommen wird, primär auf der zweiten Schienenachse zu fahren haben werden. Das ist auch der Wunsch des Landes Oberösterreich, aber es ist organisatorisch nicht anders möglich, weil wir jetzt mit unseren 99,5 Millionen Fahrgästen bei den Linz Linien, 73 Millionen davon auf den Straßenbahnlinien auf der Durchzugsstrecke zwischen Neuem Rathaus und Hauptbahnhof, völlig okkupiert sind. Da haben keine zusätzlichen Straßenbahnen in bedeutendem Ausmaß mehr eine Chance, das kann nur die Weiterführung im jetzigen Intervall der Linie 3 sein. Das ist uns auch allen bewusst und deswegen weiß auch das Land Oberösterreich, dass diese zweite Schienenachse für Linz ein Bestandteil der so genannten Stadt-Regio-Tram ist.

Hier ersuche ich die ÖVP, tatsächlich ein bisschen am Boden zu bleiben und nicht zu polemisieren. Es ist schön, wenn man Pressemeldungen aus dem Jahr 2008 vorliest, aber was hat denn der damalige Infrastrukturminister Faymann tatsächlich gesagt? Dass es um eine Mitfinanzierung des Bundes für eine - damalige Diktion - Regional-Stadtbahn geht und - heutige Diktion - jetzt würden wir sagen aus der Sicht der Stadt und, ich glaube, auch aus der des Landes, dass es darum geht, diese Stadt-Regio-Tram und die Regio-Tram zu finanzieren. Dass wir hier den Schulterchluss in

Oberösterreich brauchen, halte ich für notwendig.

Der erste Schritt ist heute diese Einreichplanung, so wie sie hier vorgeschlagen wird, als Auftrag zu sehen, mit dem Land Oberösterreich in einem ersten Schritt die Klärung für die Mitfinanzierung der sieben Millionen Einreichplankosten und in Folge der Investitionskosten für die zweite Schienenachse zu tätigen. Dieser Beschluss ist wichtig, dass der zuerst ist. Deswegen halte ich auch den Antrag der Freiheitlichen Partei für einen sehr korrekten und für einen vernünftigen, denn wir müssen gemeinsam in Wien auftreten, aber nicht parallel die einen verhandeln in Oberösterreich, die anderen wieder getrennt in Wien. (Zwischenrufe)

Wir brauchen ein Projekt, wo das Land Oberösterreich sagt, jawohl, diese Regio-Tram, die Stadt-Regio-Tram wollen wir gemeinsam machen, wir einigen uns darauf. Und als zweiten Schritt, so wie bei der Westumfahrung, wie bei anderen Projekten das auch Sinn machte, gehen wir gemeinsam, geschlossen nach Wien, um diese Verhandlungen zu führen und das wird in dieser Folge, glaube ich, mit Sicherheit sein.

Letzte organisatorische Anmerkung, weil da so ein bisschen mitgeschwommen ist, jetzt wird eine Planung vergeben, wer weiß denn, wie sich das alles entwickelt. Vereinbart ist auch mit den Landespolitikern, dass wir über die Trassenführung gemeinsam in Urfahr noch einen Diskurs führen. Ich bin sehr froh, dass der Gemeinderat ein klares Verhandlungsmandat für diesen inhaltlichen Diskurs heute erteilt, der heißt, Urfahr unterirdische Lösung, das ist die Position parteiübergreifend in dieser Stadt. Und es ist völlig klar, dass wir mit der konkreten Vergabe der Planungsarbeit und dem Planungsbeginn für diesen Urfahrner-Abschnitt dann starten werden, wenn diese Frage geklärt ist.

Aber wie hätte sich denn die ÖVP verhalten, wenn in dieser oder in der nächsten Gemeinderatssitzung kein Antrag für eine Einreichplanung gekommen wäre. Dann hätte

der Vorwurf gelautet, schon wieder Zeit vergeudet, nichts weitergegangen, immer warten auf Entscheidungen, die nichts bringen.

Ich glaube, dass wir hier das Vernünftige machen, grundsätzlich die Einreichplanung zu beauftragen, auf dass die Linz AG und Linz Linien vergeben können. Das wird der südliche Teil sein, der inhaltlich außer Debatte steht, der umsetzbar ist. Und wenn wir die konkreten Maßnahmen für die Planung der Urfahrner-Lösung haben, dann wird diese Entscheidung mit dem Land Oberösterreich im Einvernehmen hergestellt sein, wie ich hoffe, dass das die unterirdische Lösung dort sein wird.

Ich darf mich abschließend noch einmal für die angekündigten inhaltlichen Unterstützungen bedanken, denn das ist die Basis dafür, dass wir für die Stadt Linz in einem so wesentlichen Infrastrukturprojekt tatsächlich einen Schritt weiterkommen.“ (Beifall SPÖ)

Bürgermeister Dobusch:

„Ich darf mich jetzt auch zu Wort melden, nämlich mit einem Märchen aufzuräumen, dass es überhaupt ein vergleichbarer Lösungsvorschlag ist, die Stadtbahn auf der einen Seite und diese zweite Straßenbahnachse, die jetzt vorgeschlagen wird. Das hat miteinander aber schon gar nichts zu tun. Der Grund war eigentlich der, dass wir von der Linz AG gesagt haben, es geht überhaupt kein Projekt weiter, was den öffentlichen Schienenverkehr in Linz betrifft, weil in Wahrheit die Entscheidungen nicht gefällt worden sind in den letzten Jahrzehnten. Immer sind die Mühlkreisbahn und die Eisenbahnbrücke andiskutiert worden, immer hat man gesagt, man wird Entscheidungen treffen, aber man hat keine getroffen.

Wenn ich nur das erzählen würde, was in den letzten beiden Jahren zwischen ÖBB und Land Oberösterreich verhandelt worden ist und wie oft es schon geheißen hat, dass sozusagen ein Paket geschnürt wird und dass die Mühlkreisbahn, die Almtalbahn und ein paar andere Bahnen jetzt vom Land

übernommen werden. Da ist man an mich herangetreten, ob wir uns vorstellen können, unseren Anteil der LILO an das Land zu geben, damit dann diese Bahnen betrieben werden können usw. All das, kann ich nur sagen, ist bis jetzt nicht umgesetzt worden und man hört, dass die Verhandlungen zwischen Land und ÖBB oder Bund, wie man es dann bezeichnet, derzeit nicht sehr erfolgreich laufen.

Daher haben wir vor einigen Jahren gesagt - und das ist aber nicht das Projekt Haidler/Faymann/Dobusch, wie es in der Pressekonferenz war -, wir müssen alleine versuchen, einen zweiten Schienenstrang zu konzipieren von den Linz Linien. Und das ganz ursprüngliche Projekt hat nicht die Anbindung der Mühlkreisbahn, sondern die Überquerung der Donau und dann Richtung Universität beinhaltet.

Im zweiten Schritt haben wir gesagt, wenn wir jetzt ein Gleisdreieck beim Lindbauer machen, dann ist es sinnvoll, dass wir wenigstens zum Mühlkreisbahnhof fahren, damit das Umsteigen in diese Linie jedenfalls leichter möglich ist.

Der zweite und dritte Punkt, das möchte ich auch sagen, es hat niemand in dieser Phase daran gedacht, die Straßenbahn in Urfahr unter die Erde zu legen und die Linie 1, 2 und 3 auf einer Schienenachse zu führen. Das hat die Entwicklung des Vorprojektes ergeben. Je tiefer man in die Sache eingestiegen ist, umso neuere Erkenntnisse sind gekommen und umso mehr hat sich sozusagen das Projekt so entwickelt, wie es jetzt vor uns liegt.

Das Problem bei der ganzen Sache war, wie kommt man denn überhaupt zu einem Projekt, über das man tatsächlich Finanzverhandlungen führen kann. Jetzt haben wir das Vorprojekt als Linz AG vorfinanziert. Wir haben ein Schreiben des Verkehrslandesrates, dass 50 Prozent von zwei Millionen Euro vom Land Oberösterreich für das Vorprojekt mitfinanziert wird werden, wir haben bis jetzt von dieser zugesagten

Million noch nichts gesehen. Ich glaube, es geht überhaupt nur dann weiter, wenn man das Projekt teilt, indem man das Einreichprojekt macht und in dem Einreichprojekt, das mindestens zwei Jahre dauert, wird es noch viele, viele Veränderungen geben.

Ich sage nur ein Beispiel, an dem derzeit die Linz AG arbeitet, dass man nämlich eventuell den Eisenbahnschienenstrang zwischen Schachermayr und Siemens Elin, der zwischen diesen Gebäuden durchfährt oder bei diesen beiden Grundstücken durchgebunden ist, dass man den verwenden kann als Straßenbahnachse zwischen den beiden Haltestellen Gürtelstraße – Kraußstraße und der Hamerlingstraße – Lastenstraße - Haltestelle, dass man da vielleicht durchfahren kann. Das wird derzeit geprüft mit angeblich ganz guter Aussicht. Dann bräuchten wir nämlich die Lastenstraße vor der Firma Schachermayr nicht und es würde sich keine einzige Haltestelle verändern. Das ist auch eine neue Entwicklung, die jetzt wieder dazukommt. Das heißt, das Projekt muss in einer Einreichplanung natürlich an Tiefenschärfe gewinnen und dann erst kann auch endgültig beziffert werden, was das Ganze kostet.

Und so ähnlich war es mit der Zusammenführung der beiden Haltestellen Hinsenkampplatz und Biegung. Das ist eine äußerst kreative und kostengünstige Idee, die gekommen ist.

Jetzt geht es darum, dass man diese Einreichplanung finanzieren muss und wir brauchen nicht zum Bund und ich bin sehr dafür, dass man diese Verhandlungen führt. Nur zum Bund braucht man nicht hingehen, wenn es kein fertiges Projekt gibt, wenn wir nicht wirklich gemeinsam an einem Strang ziehen. Die beiden Projekte, wo wir wirklich zusammengearbeitet haben und wo wir den Bund ins Boot bekommen haben, das war der Bindermichl und das Zweite ist jetzt der Westring gewesen. Beide Male ist aber sozusagen der Planersteller jemand anderer gewesen.

Das ist hier anders. Hier weiß jeder, dass wir sozusagen die Planer sind, dass wir die

Umsetzer sind, und da wollen wir dann Geld von einem Dritten. Aber ein Dritter wird uns überhaupt kein Geld geben, wenn wir kein Projekt haben, das konkret fertig ist. Der schickt uns zehnmal heim, weil wir sowieso nicht zu bauen beginnen können und der verspricht uns alles, weil wir gar kein Projekt haben und weil wir gar nicht sagen können, wie es eigentlich weitergeht. Das heißt, in letzter Konsequenz ist das Einreichprojekt so etwas von wichtig, damit wir bei dem Projekt weiterkommen. Das Thema ist, das dauert zwei bis drei Jahre. (Zwischenruf)

Aber ich meine, es geht darum, was die Mitfinanzierung des Einreichprojektes betrifft. Das ist nicht so klar, kann ich nur sagen, dass man hier mitfinanziert und der Aufsichtsrat der Linz AG hat gesagt, wir betreiben das gerne, das ist ein öffentliches Projekt, aber finanzieren muss dieses Projekt die öffentliche Hand.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir hier an einem Strang ziehen, denn ganz so locker ist die Mitfinanzierung des Landes bis jetzt nicht erreicht, muss ich dazusagen. Wir nehmen das alles jetzt an, es ist eigentlich noch keine Zusage da aus verschiedenen Gründen. Aber das Projekt wirklich weiterzutreiben, muss jetzt geschehen, denn sonst ist es eine Verzögerung, die verantwortungslos ist.

Was die Eisenbahnbrücke betrifft, so müssen wir uns vor Augen halten, dass wir für den öffentlichen Verkehr den Übergang brauchen frühestens zu Beginn, wenn die neue Straßenbahnachse in Betrieb geht. Das wird nicht vor 2018 sein, wahrscheinlich ein bis zwei Jahre später, würde ich sagen, wenn man das ganze Projekt objektiv betrachtet.

Das heißt, für den Teil öffentlicher Verkehr über die Donau haben wir schon noch einen gewissen Spielraum. Es ist in der Phase, wo wir die Einreichplanung machen, natürlich bei verschiedensten Überlegungen noch genügend Zeit und die müssen wir dann in der Zeit nützen.

Daher halte ich heute den Beschluss für ganz, ganz wichtig, dass wir nicht unnötig Zeit verlieren, damit wir jetzt aufgrund der Basis dieses Beschlusses mit dem Land Oberösterreich über die Mitfinanzierung der Einreichplanung verhandeln können. Ich gehe davon aus, dass wir erfolgreich verhandeln.

Einen Satz noch dazu. Die wirklich geniale Idee hinter dem Projekt ist, wir bauen eigentlich einen Straßenbahnring, das ist eigentlich das Spannende. Und was dieser Straßenbahnring in Zukunft noch an Anbindungen zusätzlich ermöglicht, können wir wahrscheinlich noch gar nicht so richtig ermessen, welche Chancen das für den öffentlichen Verkehr später einmal bringen wird.

In dem Sinn halte ich das wirklich für ganz, ganz wichtig, dass wir dieses Einreichprojekt zu Stande bringen. Die Linz AG steht Gewähr bei Fuß, die möchten weiterarbeiten. Und wenn wir sagen, wir haben das in zwei Jahren, dann sind wir sehr gut unterwegs und bis dorthin werden wir die offenen Entscheidungen, die es da und dort noch gibt, entsprechend über die Bühne bringen. Ich bin sehr zuversichtlich.“

Gemeinderätin Lenger:

„Ich möchte jetzt einmal die ÖVP daran erinnern, es hat auch früher am Hauptplatz zwei Haltestellen gegeben und ich glaube, die zweite geht niemandem wirklich ab, die waren so nahe beisammen. Deshalb glaube ich, dass es sich beim Hirschenkampplatz bzw. bei der Biegung-Haltestelle genauso verhalten wird.

Dem Kollegen Furlinger möchte ich nur sagen, Linz endet tatsächlich an der Stadtgrenze, das ist so. Aber die Verkehrsprobleme enden nicht an der Stadtgrenze und deshalb ist es natürlich wichtig, dass auch wir uns als Stadt darum kümmern und ständig Gespräche führen und Druck machen, dass aus dem Umland ein gutes System an Bahnen nach Linz fährt, um den Individualverkehr zurückzudrängen bzw. um die Einpendler und Einpendlerinnen zu animieren, umzusteigen. Da brauchen wir

gute öffentliche Verkehrsmittel und auch, wie du richtig gesagt hast, ein Park-and-ride-Konzept. Aber ich möchte, dass man sich an gängige Beschlüsse hält oder an Beschlüsse, die derzeit vorliegen. Bei diesem Beschluss, den wir jetzt fassen, da geht es um das Linzer Projekt. Das habe ich so gemeint und so gesagt. Aber wir würden uns ein gutes S-Bahn-Konzept aus dem Umland wünschen.

Darum freue ich mich, wenn da jetzt endlich etwas weitergeht und hoffe, dass wir bald die zweite Straßenbahnachse mit Anbindung an das Umland haben werden.“
(Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, es ist manchmal so, einer muss aus der Reihe tanzen und die Harmonie ein bisschen stören und diese Rolle fällt jetzt aufgrund meiner Möglichkeit, mich erst relativ spät zu Wort zu melden, mir zu.

Es ist bekannt, dass ich dem Grundsatzbeschluss damals mit einer Stimmenthaltung gefolgt bin aus der grundsätzlichen Skepsis gegenüber der vorliegenden Lösung. Das bezieht sich nicht auf die Tatsache, dass eine zweite Straßenbahnachse gebaut werden soll, sondern meine Skepsis bezieht sich vor allem darauf, dass es eine vorwiegend unterirdische Lösung werden soll.

Warum? Ich denke nach wie vor, dass es eine zukunftsweisendere Lösung wäre, eine Straßenbahn ebenerdig zu führen, weil ich denke, die Menschen gehören auf die Straße und nicht unter die Erde verbannt und dass es nur in Ausnahmefällen zulässig ist, die Strecke unterirdisch zu führen. Letztendlich erscheint mir die jetzige Lösung eher als eine Offensive für den ungestörten Individualverkehr und weniger als Lösung für den öffentlichen Verkehr.

Der zweite Kritikpunkt, den ich auch habe ist, wir kennen alle die Erfahrungen in der Wiener Straße, welche Auswirkungen dort

die unterirdische Führung gehabt hat. Ich halte die Betriebskosten, die es eben bei unterirdischen Haltestellen gibt, für problematisch. Ich frequentiere oft die Haltestelle Unionstraße, denn ich bin eine eifrige Nutzerin des öffentlichen Verkehrs und sehr oft sind dort die Lifte und die Rolltreppen gestört.

Ein weiterer Kritikpunkt ist natürlich auch – und da ist jetzt auch schon viel darüber geredet worden – die noch offene Finanzierung der ganzen Sache. Es sind immerhin ungefähr 400 Millionen Euro jetzt geschätzt worden, was das kosten soll und es scheint hier noch keine verbindlichen Lösungen zu geben, obwohl die Mühen offensichtlich sehr groß sind, da etwas zusammenzubringen.

Ein sehr schmerzhafter Punkt bei dieser Lösung ist, dass das bedeuten würde, dass die Mühlkreisbahn damit erledigt ist, weil es natürlich dann keine Einbindung mehr in den Hauptbahnhof geben kann und die ÖBB dann wieder entlassen sind aus ihrer Pflicht, da irgendetwas zu unternehmen.

Auch schade finde ich es, dass mit dieser vorgelegten Lösung das City-S-Bahn-Konzept und das S-Bahn-Konzept einer Forschungsgruppe der Technischen Universität Wien jetzt nicht mehr möglich sein wird.

Ich werde das Ganze natürlich weiterverfolgen, schauen wir einmal, was dabei heraus kommt, und ich werde mich jetzt in dieser Frage der Stimme enthalten.“

Vizebürgermeister Luger:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, eine Anmerkung gilt es schon noch zu treffen und eine, ich könnte fast sagen, tatsächliche Berichtigung.

Das Argument, sehr geehrte, geschätzte Frau Gemeinderätin Grün, die Stadt-Regio-Tram oder die Regio-Tram, beide, würden nicht mehr direkt in den Hauptbahnhof einbindbar sein, ist objektiv falsch, denn es ist auf Höhe des Ars Electronica Centers auch in diesen derzeitigen Planungen für

das Stadtgebiet eine direkte Einbindung auf das so genannte Nahverkehrsgleis in den Hauptbahnhof möglich.

Egal, welchen Fahrzeugtyp letztendlich das Land Oberösterreich dort einsetzen will – hier gibt es auch die Diskussion um zehn Zentimeter Breitenunterschiede –, es sind alle Vorkehrungen in der unterirdischen Führung und die Einbindung oder die Ausbindung, muss man sagen, auf Höhe Design Center auf das Nahverkehrsgleis so getroffen, dass diese direkte Anbindung, wenn das Land Oberösterreich diese Bahnen so führen will, technisch und organisatorisch möglich ist.

Nach meinem Wissenstand ist es zumindest sogar so, dass es bereits ganz, ganz konkrete Gespräche zwischen Land und den Österreichischen Bundesbahnen gibt, wie auf diesem Gleis, auf dem auch die Summeraubahn steht und auf dem die Linzer Lokalbahn bereits heute fährt, diese Straßenbahn eingebunden wird. Das muss man sagen, unabhängig davon, wie man zu diesem Projekt steht. Ich ersuche dich, die Aussage, man kann damit nicht direkt in den Bahnhof einbinden, nicht zu wiederholen, weil sie sachlich wirklich nicht gegeben ist.

Und um einer Legendenbildung ein bisschen entgegenzuwirken - wir haben uns wirklich alle bemüht, so wenig wie möglich unterirdische Streckenteile zu haben, aber dort, wo sie notwendig sind – und das ist eben an vielen Stellen im dichtest bebauten städtischen Bereich der Fall – uns dazu entschieden, unterirdisch zu sein. Und hier geht es nicht darum, den Individualverkehr zu forcieren, mit dieser Unterstellung, würde ich einmal vermuten, wäre es schwer möglich gewesen, Die Grünen ins Boot zu holen, sondern es geht hier auch um Fahrzeiten.

Der öffentliche Verkehr liegt mit dem Individualverkehr nicht nur in puncto Bequemlichkeit, sondern ganz objektiv in puncto Fahrzeiten in Konkurrenz. Wenn wir uns heute ansehen, wie oft die Linie 1 - weil es

objektiv unterschiedliche und auch gut begründete Interessen in der Nutzung des öffentlichen Raums gibt - gesperrt ist, weil ein Pflasterspektakel, eine politische Demonstration oder ein tolles, super Überdrüber-Weinfest ist, und wir nicht fahren können und deswegen Schienenersatzverkehr und längere Reisezeiten haben, dann ist das doch die Chance mit dieser zweiten Schienenachse, Reisezeiten, Betriebssicherheiten, Verlässlichkeiten und die Berechenbarkeiten für unsere Fahrgäste zu erhöhen. Deswegen haben wir uns dort, wo wir nicht anders können, dafür entschieden, unterirdisch zu fahren und auch weil wir damit vor allem im Linzer Osten viel institutionsnäher sein können.

Bei einer oberirdischen Straßenbahn hätte es aber letztendlich bei allen Konflikten überhaupt nur die Trassenführung Gruberstraße gegeben, also genau dort, wo heute bereits zwei Autobuslinien im Einsatz sind. Wir kommen direkt unter die Krankenhäuser, wir kommen direkt zur Bundespolizeidirektion, zur Pädagogischen Hochschule. Das wäre doch alles nicht möglich gewesen in diesem dichtest verbauten, innerstädtischen Bereich, schon allein wegen der Radien, die wir für diese Fahrzeuge dort benötigen, wenn die Straßenbahn oberirdisch fährt.

Ich glaube, dass genau diese Konzeption Schnelligkeit, Verlässlichkeit und möglichst nahe zu den Zielpunkten zu gelangen, die die Menschen in den Wohngebieten, in den Arbeitsstätten und in den Infrastruktureinrichtungen benötigen, zu dieser Entscheidung für alle in der Stadtregierung vertretenen Parteien für diese unterirdische Trassenführung in dieser Form geführt hat. Und deswegen glaube ich, dass das die zukunftsträchtigste und die sachlich berechtigte Lösung ist, an die wir uns herangearbeitet haben.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Fadl:

„Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, ge-

schätzte Kolleginnen und Kollegen, beim Schlusswort muss ich etwas zur Kollegin Grünn sagen: Es ist ein Märchen, die Strukturprobleme, die man in der Wiener Straße hat, auf die Straßenbahn zu reduzieren. Ich habe das Glück, im Wirtschaftsausschuss zu sein, die Frau Stadträtin wird da sicher Einblick gewähren, aber es ist ein Märchen, diese Straße krank zu jammern. Schauen Sie sich die gemeinsame Untersuchung der Stadt mit dem Land Oberösterreich an - 1700 Menschen in der Stadt und am Land, wie unsere Einkaufsstraßen beliebt sind, wie sie angenommen werden und Sie werden sehen, wir haben Probleme in der Stadt bei Einkaufsstraßen, aber das größte Problem haben wir nicht in der Wiener Straße.

Das Zweite, was ich sagen möchte, weil es zweimal gekommen ist und es mir sehr wichtig ist: Sowohl im Aufsichtsrat als auch im Verkehrsausschuss kann man das – und das ist irgendwie schön und macht Spaß – sehr sachlich diskutieren und es ist gelegentlich schade, dass es in so einem Gremium dann etwas schwierig ist mit dieser Sachlichkeit und vor allem mit diesen Begrifflichkeiten.

Mit dem, was wir heute beschließen, verhindern wir gar nichts, wir betonieren uns nirgends ein, überhaupt nicht betreffend die Mühlkreisbahn. In welcher Form auch immer diese Bahn fährt, als Vollbahn, als Straßenbahn, wie immer sie heißt, diese Möglichkeit, dieser Straßenbahnring ermöglicht all diese Dinge erst. Ob es irgendwann einmal eine Straßenbahn, wie von den Grünen angesprochen, Richtung Gallneukirchen gibt, all das wird erst dann möglich, wenn es diesen Ring gibt.

Wir haben es überall bei allen Energieversorgern, warum macht man Ringleitungen? Damit ich nicht anfällig bin, wenn irgendeine Kleinigkeit ist, und da rede ich noch gar nicht nur von den Veranstaltungen und dergleichen. Um die Versorgungssicherheit im öffentlichen Verkehr für Linz zu gewährleisten, brauchen wir diese Straßenbahnachse, sie ist notwendig, es wird ohnehin noch

ein bisschen dauern. Ich ersuche wirklich alle, gemeinsam daran zu arbeiten, dass wir diese zweite Straßenbahnachse ‚auf Schiene‘, sprich auf die Reise dahingehend bringen, dass wir heute diesen Beschluss fassen und die Gespräche geführt werden.

Für alle formulierten Abänderungsanträge bedanke ich mich sehr, sie gehen – und das ist das Positive daran – in eine Richtung, für eine zweite Straßenbahnachse für Linz, weil wir sie brauchen. Danke schön.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag sowie über den unter Punkt 3 von der FPÖ vorgeschlagenen Abänderungsantrag abstimmen.

Der Antrag inkl. dem Abänderungsantrag der FPÖ zum Abänderungsantrag der ÖVP wird **bei Stimmenthaltung von Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Bürgermeister Dobusch übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeisterin Dolezal.

Gemeinderat Kühn berichtet über

F 2 Konzept für die Festlegung von Begegnungszonen in Linz – Zentrum und Stadtteile; Grundsatzprogramm für die Schaffung von Begegnungszonen

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

„1. Die beigefügte Standortliste und der Übersichtsplan für die geplanten Begegnungszonen in den Stadtteilen und die Erweiterung der Begegnungszone Landstraße wird genehmigt.

2. Die konzeptiv vorgeschlagenen Standorte werden in die mittelfristige Planung für das Straßenbauprogramm aufgenommen.

3. Die Umsetzung erfolgt je nach Dotierung des Straßenbaubudgets und in Etappen.

4. Die Umsetzung soll jedenfalls so zeitversetzt erfolgen, dass die praktischen Erfahrungen der vorherigen Begegnungszonen umfassend berücksichtigt werden können.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Dipl.-Ing. Hutter:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich schon wieder zu Wort melden. Zu den Begegnungszonen haben wir auch etwas zu sagen, auch hier werden wir mit einem **Abänderungsantrag** zustimmen, aber grundsätzlich halten wir die Begegnungszonen für ein gutes Verkehrsplanungskonzept für innerstädtische Lagen.

Das Konzept wurde von der Wirtschaftskammer Oberösterreich sehr stark mitentwickelt. Es wurde, das werden die wenigsten wissen, schon lange etwas Ähnliches in Freistadt gemacht, um die Ortszentren und Stadtteile zu attraktivieren und eine Kombination zur sanften Verkehrsberuhigung zu finden.

Es ist im Prinzip eine Überlegung gewesen, wie man Begegnungszonen, Wohnstraßen und Fußgängerzonen als Begegnungszonen, wie sie in der Schweiz sind, zusammenfasst - Shared-Space - und hat versucht, eine positive Lösung für innerstädtische Bereiche in Österreich, Oberösterreich zu finden. Ein entsprechender Antrag ist an das Bundesministerium durch das Land Oberösterreich, Wirtschaftskammer, Städtebund, Gemeindebund und Arbeiterkammer schon vor einiger Zeit erstellt worden. Das vielleicht ein bisschen als Hintergrund.

Im Verkehrsausschuss, das möchte ich auch sagen, ist die Zusammenarbeit in dem Bereich - wie auch bei der Straßenbahn - sehr positiv. Es wurden von allen Fraktionen Vorschläge eingebracht und übernommen, wofür ich mich bedanken möchte. Ich glaube, dass das eine sehr gute Sache war.

Es gibt Dinge, die sind nicht unbedingt Zentrumszonen im klassischen Sinn, so wie

die Goethestraße, aber es ist die Frage, was kann die Verkehrsplanung schaffen. Man sollte vielleicht hier durchwegs offen sein, dass man sich das anschaut, was ist dort möglich. Aber natürlich muss man schon aufpassen, was man tut. (Zwischenruf) Danke für die Zustimmung.

Was wir nicht ganz verstehen, warum wir jetzt 28 Projekte auf einmal genehmigen. Es ist ein bisschen ein Fünf-Jahres-Plan. (Zwischenrufe) Zehn Jahre, das sei dahingestellt.

Zur Rechtslage eine kleine Anmerkung. Verglichen zum Bewohnerparken, wo wir Rechtsgutachten einholen, nehmen wir diesmal mit weniger Rechtssicherheit vorlieb und machen etwas, was zum Teil schon umgesetzt worden ist.

Der einzige wirklich wichtige Punkt, auf den wir sehr wohl hinweisen wollen, ist verkehrspsychologisch natürlich nicht unbedenklich. Intuitiv bewegen wir uns im Verkehr, wie wir es gewohnt sind. Auf der Autobahn fahren wir ohne Kreuzungen, das sind wir gewohnt. In der inneren Stadt fahren wir langsam. Gefahr sehen wir schon bei Straßen, die nicht aus der Natur heraus langsam befahren werden. Da möchte ich mich auch bedanken, dass unsere Anregung, die Franckstraße, die Landwiedstraße und die Ziegeleistraße hier herauszunehmen, weil da so viel Verkehr ist, dass das unserer Meinung nach nicht machbar ist, berücksichtigt wurde. Darauf wurde Rücksicht genommen, das ist nicht mehr in dem Konzept drinnen.

Im Antrag werden diese Plätze zur Kommunikation im öffentlichen Raum dargestellt und das ist im Widerspruch zu einem Sicherheitsbedürfnis eine Herausforderung für die Planung. In diesem Sinne sind Regerstraße und Roseggerstraße als Einfahrtstraßen aus Leonding Bereiche, wo die Planung gefordert ist. Hier einfach wie in der Innenstadt zu sagen, wir machen das, wird nicht so leicht sein. Ich möchte nur ein Beispiel nennen.

Bei der Kreuzung Kudlichstraße/Regerstraße gehen am Morgen etwa 200 Schul- und Kindergartenkinder drüber. Die Ampel wurde gerade letztes Jahr verstärkt, weil sie nicht ausreichend gesichert war. Es ist sicher näher zu betrachten, wie das dort funktioniert, aber warum soll es nicht möglich sein. Wir freuen uns auf die Vorschläge, die hier kommen werden.

Wir halten fest, dass dies für uns kein Freibrief für alle Zonen ist, und dass wir bei den Planungen an der Franckstraße, Roseggerstraße, Graben, Harrachstraße und Goethestraße sowie Froschberg erwarten, dass wir bei der Detailplanung das noch einmal intensiv diskutieren und dass im Verkehrsausschuss diese Diskussion vorgelegt wird.

Wir stimmen grundsätzlich zu, ersuchen aber um eine **Abänderung** des Punktes 1 in der Hinsicht, dass man eine Bürgerbeteiligung als bindend einführt und ersuchen um den folgenden Text:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beigefügte Standortliste und der Übersichtsplan für die geplanten Begegnungszonen in den Stadtteilen - deren Realisierung jeweils von einer bindenden Bürgerbeteiligung abhängig gemacht wird - und die Erweiterung der Begegnungszone Landstraße wird genehmigt.“

Ich ersuche dafür um Ihre Zustimmung. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderat Pühringer:

„Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich an die Wortmeldung vom Kollegen Hutter fast anschließen. Wir waren von Anfang an für die Begegnungszonen, haben am Anfang einige Bedenken bei einigen der Standorte gehabt, die mittlerweile nicht mehr drinnen sind, unter anderem die Landwiedstraße. Es ist ganz klar drinnen im Antrag, dass es zeitversetzt gemacht wird, also die Erfahrungen einfließen. Wir werden somit zustimmen.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Lenger:

„Ich kann mich auch meinen Vorrednern anschließen, wir begrüßen dieses Konzept sehr. Ich darf daran erinnern, dass das erste Pilotprojekt für eine Begegnungszone in der Herrenstraße vom damaligen grünen Mobilitätsstadtrat Himmelbauer eingerichtet wurde. Da gibt es jetzt schon einige Jahre Erfahrung mit dieser Begegnungszone und ich glaube, das können alle bestätigen, es funktioniert sehr gut, es ist für die Wirtschaft positiv.

Die Kommunikation im öffentlichen Raum, die Kollege Hutter erst bezweifelt hat, dass das möglich ist in einer Begegnungszone, auch das funktioniert in der Herrenstraße.

Wie hast du gesagt, Herr Kollege, dass in Straßen nicht aus der Natur heraus langsam gefahren wird – ich glaube, das soll man dann einbremsen, weil erstens einmal fährt man nicht aus der Natur heraus mit dem Auto ... Zwischenrufe, Heiterkeit ... und langsam auch nicht. (Zwischenrufe, Heiterkeit) Gibt es das, gut, ich lasse mich belehren, es gibt welche, die aus der Natur heraus langsam fahren.

Jedenfalls finde ich es gut, wenn Begegnungszonen eingerichtet werden. Es fördert das Zusammenleben, die sanfte Mobilität und, wie schon gesagt wurde, die Kommunikation.

Ich möchte mich noch einmal bei allen für die wirklich gute Zusammenarbeit im Ausschuss bedanken, wo von den anderen Fraktionen noch weitere Projekte eingebracht wurden. Ich freue mich darauf, wenn in den nächsten Jahren viele dieser angedachten oder jetzt auf die Reise gebrachten Begegnungszonen verwirklicht werden.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, auch ich finde das grundsätzliche Anliegen von Begegnungszonen eine gute Sache, weil es eine Gleichberechtigung der VerkehrsteilnehmerInnen mit sich bringen kann.

Ich finde, wenn die Begegnungszonen noch nicht in der Straßenverkehrsordnung veran-

kert sind, sollte sich die Stadt Linz dafür stark machen, dass das entsprechend geschieht und dass dieser Schilderwald ein bisschen weniger wird. Ich persönlich bin eher eine Anhängerin des Shared-Space-Konzeptes, das aus den Niederlanden stammt, das einheitliche, gemeinsame Verkehrsflächen für alle vorsieht und keine Unterscheidung macht zwischen Gehsteigen und Fahrbahnen.

Da es dieser Vorstellung bzw. der Planung von der äußeren Landstraße nicht entspricht und ich mich schon in der September-Sitzung der Stimme enthalten habe und das jetzt aber in dem Antrag wieder drinnen ist, nämlich bei der Langgasse, der Bürgerstraße, der Schillerstraße, der Goethestraße und der Scharitzerstraße, kann ich dem nicht zustimmen. Den anderen Dingen aber sehr wohl.

Ganz wichtig finde ich auch die Anmerkung, dass die BürgerInnenbeteiligung noch hinein soll, weil ich denke, dass eine BürgerInneninformation eine ganz wichtige Sache ist, um die Zustimmung für solche durchaus zukunftsweisende Straßenlösungen zu finden. Danke.“

Vizebürgermeister Luger:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Damen und Herren, ich habe ein paar kurze Anmerkungen respektive Klarstellungen.

Diese Begegnungszonen sind tatsächlich ein klares Bekenntnis der Stadt Linz dafür, im öffentlichen Raum FußgeherInnen, RadfahrerInnen eindeutig zu bevorzugen, ihnen jenen Raum partiell wieder zurückzugeben, der auf Grund der Entwicklung der Automobilität in den letzten 30 Jahren verloren gegangen ist. Das führt, wie wir bald sehen werden können, bei der Planung des südlichen Teiles der Landstraße tatsächlich zu einer höheren Aufenthaltsqualität und tatsächlich zu mehr Möglichkeiten der Kommunikation, weil wir dort bei Aufrechterhaltung des Individualverkehrs doch um 20 bis 40 Prozent mehr an Fläche für die FußgeherInnen im Wesentlichen bekommen werden.

Zweite Anmerkung: Dass dieses Konzept sehr stark zentrumsorientiert ist, geht auch daraus hervor, dass von den 28 vorgeschlagenen Projekten 19 im Bereich des Zentrums der Stadt sind, sechs im Süden der Stadt, in so genannten subzentralen Bereichen, und zwei sich in Urfahr befinden, durchaus eher in Peripherielagen. Das heißt, wir setzen massiv darauf, in der Innenstadt einen Weg, den wir bereits mit der Begegnungszone Rathausgasse, Klosterstraße und Herrenstraße beschritten haben, in dieser Form fortzusetzen.

Ich möchte mich aber nicht nur bei den Mitgliedern des Verkehrsausschusses bedanken, sondern auch bei engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die, nachdem wir die ersten Überlegungen für solche Begegnungszonen in der Öffentlichkeit präsentiert haben, auch ihre Vorschläge und ihre Ideen gebracht haben. Ich stehe nicht an, das hier auch so zu sagen. Es war eine Bürgerinitiative in der Regerstraße, die sie hier eingebracht haben, es war eine Bürgerinitiative, die die Harrachstraße vorgeschlagen hat, das waren keine Planungen, die wir seitens der Stadt gehabt haben. Für dieses Engagement, für das Mitdenken und Mitmachen möchte ich mich ebenfalls ganz herzlich bedanken.

Dann erlaube ich mir noch zwei Anmerkungen in Richtung ÖVP zu machen. Ich glaube, es ist manchmal wirklich mit der ÖVP in diesem Haus nicht ganz einfach. Jetzt ist der Vorwurf, das Programm ist viel zu weit nach vorne blickend. Fünf Jahre, der andere sagt, zehn Jahre blicken die nach vorne, das brauchen wir doch alles nicht. Das sagt die selbe ÖVP, die bei den Planungen im Sozialbereich möchte, dass ich bis ins Jahr 2035 wissen soll, wie viele Kindergartenplätze wir führen, die nicht einmal im Embryonalstadium angedachte Jungbürgerinnen brauchen. Da muss ich bis ins Jahr 2035 sagen, ob wir im Keferfeld zwei oder drei Gruppen brauchen.

Ich habe nur eine Bitte, ein bisschen eine klarere Linie, dann wäre die Zusammen-

arbeit manchmal leichter zwischen Grobplanungen, die kein Ende haben aus ÖVP-Sicht, und dann zu weites nach vorne Denken. Es entsteht dabei ein bisschen der Eindruck, dass es vielleicht andere Motive gibt, dass man es Ihnen nicht immer Recht machen kann, völlig unabhängig vom Inhalt. Das trifft auch ein bisschen die Argumentation mit der Rechtssicherheit. Es ist mir als Verkehrsreferent wichtig, der nicht nur die Gesetze, sondern auch die Verordnungen dieses Landes einzuhalten hat, eine ganz klare Klarstellung zu machen.

Im Gegensatz zu dieser Diskussion um Bewohnerparken, wo es verfassungsrechtliche Bedenken von Juristinnen und Juristen gibt, ist die Verordnung von Begegnungszonen rechtlich wasserdicht. Das, was wir vom Städtebund her wollen, ist eine einfachere Verankerung in der Straßenverkehrsordnung, so wie das argumentiert worden ist, dass wir mit einer Verordnung, mit einer Kennzeichnung eines neu zu schaffenden Verkehrsschildes eine Reihe von Einzelverordnungen und einen tatsächlich nicht unerklecklichen Anteil von Verkehrsschildern ersetzen könnten.

Das sage ich auch für den Kollegen Himmelbauer, der für die Verordnung Herrenstraße zuständig war. Das ist kein rechtsunsicherer Raum, das ist klar laut derzeitiger Straßenverkehrsordnung möglich.

Wir möchten nur einfachere Lösungen und deswegen ist der Vorwurf vom Kollegen Hutter, dass wir hier in einem nicht ganz rechtssicheren Raum arbeiten, uns hier aber trauen, in einem anderen Bereich das nicht machen und mit zweierlei Maß messen, rein rechtlich nicht korrekt.

Abschließend nochmals herzlichen Dank für die Zustimmung. Wir haben überhaupt kein Problem mit dem Zusatzantrag der ÖVP, weil es im Amtsbericht auch festgehalten ist. Wenn wir sagen, dass Begegnungszonen auch Orte der Kommunikation sind, dann heißt das natürlich Bürgerbeteiligung. Im Verkehrsressort ist es üblich, solche Projekte und auch andere, die viel, viel weniger Bedeutung für die gesamtstädtische

Entwicklung haben oder besitzen, bürgerzubeteiligten. Das werden wir hier machen.

Wir werden Jahr für Jahr, wenn es notwendig ist, die einzelnen Projekte in das Straßenprogramm aufnehmen und selbstverständlich muss jedes eigene Projekt im Linzer Gemeinderat konkret beschlossen werden. Das ist schon rein aus statistischen Gründen überhaupt kein Thema, dass dies geschieht – das noch zur Klarstellung für die weitere Umsetzung dieser Projekte.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Mag. Furlinger:

„Danke Ihnen, Herr Vizebürgermeister Luger, dass Sie dem Antrag in abgeänderter Form mit Bürgerbeteiligung zustimmen, weil wir das für einen wichtigen und sehr bedeutenden Punkt gerade bei solchen Sachen halten. Ich muss aber trotzdem darauf eingehen.

Ich will mit Ihnen hier keine Rechtsdebatte führen, aber fest steht, dass es im Gesetz keine Begegnungszonen gibt, das wissen Sie so gut wie ich. Daher sind die rechtlichen Bedenken und die Einforderungen einer Rechtssicherheit für so ein Projekt weder eine böse Erfindung der ÖVP noch sonst irgendein böser Schuss dazwischen, sondern etwas, was wir benötigen.

Sie sagen selber, Sie sind als Verkehrsreferent natürlich verpflichtet, Gesetze und Verordnungen dieses Landes einzuhalten. Jeder andere hier herinnen hat sich auch dazu verpflichtet. Daher ist die Anmerkung, dass Rechtssicherheit zu herrschen hat, auch aus jenem Grund unabdingbar notwendig, weil es mit der Verkehrssicherheit Hand in Hand geht. Es muss irgendwo geklärt sein, was darf jemand wo. Wir haben alle nichts davon, wenn es irgendwo zu Unfällen oder gar zu Körperverletzungen käme von Fußgängern oder Radfahrern, weil nicht geklärt ist, wer wo in diesem so genannten geteilten Raum, in dieser Begegnungszone, wie das euphemistisch ausgedrückt wird, dann tatsächlich was darf.

Das ist ein ganz, ganz entscheidender Punkt, denn auch Fußgänger und Radfahrer

sind Individualverkehr und das können wir daher nicht so einfach stehen lassen. Die Sicherheit der Menschen und der Verkehrsteilnehmer ist ein ganz, ganz hohes Gut. Das geht in der Regel leider Gottes nur mit Rechtssicherheit in Gesetz und Verordnung Hand in Hand.

Im Übrigen wissen Sie, dass wir zustimmen. Wir haben unsere Anmerkungen schon vorher gemacht, dass wir nicht der Ansicht sind, dass jede Ost-West-Verbindung quer im Zentrum von Linz auf diese Methode zugestopft werden kann. Auch wenn wir der Meinung sind, dass Fußgänger und Radfahrer wichtig sind, noch haben wir Individualverkehr auch in Form von mehrspurigen Kraftfahrzeugen und denen müssen wir in irgendeiner Form zumindest einen Raum belassen. Wenn alle diese Projekte so umgesetzt werden würden, wie sie drinnen sind, könnte das ein schwieriges Unterfangen werden.

Es hat daher nichts mit Parteipolitik oder parteipolitischer Polemik zu tun, sondern es ist ganz einfach ein Hinweis, der aus unserer Sicht sehr, sehr wichtig ist. Rechtssicherheit ist auch Verkehrssicherheit, ist Schonung von Ressourcen. Der Vergleich mit der Herrenstraße ist insofern ein bisschen schwierig, weil es eine Fußgängerzone ist. Da gibt es eine klare Verordnung und die ist im Gesetz so festgehalten. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Nachdem der Berichterstatter auf das Schlusswort verzichtet, lässt die Vorsitzende nun über den Antrag und den Abänderungsantrag abstimmen.

Der Antrag wird inkl. dem Abänderungsantrag **einstimmig angenommen**.

Bürgermeister Dobusch übernimmt wieder den Vorsitz.

Gemeinderat Dipl.-Ing. Hutter berichtet über

F 3 Verordnung nach § 11 Abs. 1 und 3 Oö. Straßengesetz 1991; Erklärung von Grund-

flächen (Bebauungsplan S 20-01-01-00, Europastraße – Kokoschkaweg, KG Kleinmünchen) zur Gemeindestraße – Widmung für den Gemeingebrauch sowie Auflassung von Verkehrsflächen – Entziehung des Gemeingebrauchs

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung nach § 11 Abs. 1 und 3 Oö. Straßengesetz 1991, Bebauungsplan S 20-01-01-00, Europastraße - Kokoschkastraße, KG Kleinmünchen, Erklärung von Grundflächen zur Gemeindestraße – Widmung für den Gemeingebrauch, Auflassung von Verkehrsflächen – Entziehung des Gemeingebrauchs, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 8. März 2012 nach § 11 Abs. 1 und 3 Oö. Straßengesetz 1991, Bebauungsplan S 20-01-01-00, Europastraße - Kokoschkastraße, KG Kleinmünchen, Erklärung von Grundflächen zur Gemeindestraße – Widmung für den Gemeingebrauch, Auflassung von Verkehrsflächen – Entziehung des Gemeingebrauchs

Nach § 11 Oö. Straßengesetz 1991 wird verordnet:

§ 1

Gemäß § 11 Abs. 1 und 3 Oö. Straßengesetz 1991 werden die im Straßenplan zum Bebauungsplan S 20-01-01-00 der Stadtplanung Linz vom 19. September 2011, der einen wesentlichen Bestandteil dieser Verordnung bildet, dargestellte Erklärung von Grundflächen zur Gemeindestraße und deren Widmung für den Gemeingebrauch sowie die Auflassung von Verkehrsflächen mit Entziehung des Gemeingebrauchs genehmigt.

§ 2

Die Lage und das Ausmaß der zur Gemeindestraße erklärten Grundflächen sowie der als Verkehrsfläche aufzulassenden Grundflächen sind aus dem beim Magistrat Linz, Anlagen- und Bauamt, Neues Rathaus, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, 4. Stock, Zimmer 4021, während der Amtsstunden vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an zur öffentlichen Einsicht aufliegenden Plan ersichtlich.

§ 3

Die Verordnung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der zu Grunde liegende Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamts, Neues Rathaus, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gemeinderat Pühringer berichtet über

F 4 Ausbau des Henriette-Haill-Weges sowie einer von der Oidener Straße in Richtung Osten abzweigenden unbenannten Stichstraße; Grundsatzgenehmigung; max. 200.000 Euro; Genehmigung einer Darlehensaufnahme in Höhe von 200.000 Euro

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Grundsatzgenehmigung und Umsetzungsaufträge zur Vergabe:

Folgendes Vorhaben wird mit einem maximalen Kostenrahmen von 200.000 Euro inkl. USt grundsätzlich genehmigt:

Ausbau des Henriette-Haill-Weges auf eine Länge von ca. 155 Metern sowie einer von der Oidener Straße Richtung Osten ab-

zweigenden Stichstraße auf eine Länge von ca. 45 Metern in einer Gesamtbreite von jeweils neun Metern.

Die nachstehenden Umsetzungspakete werden nach einer Grobkostenschätzung mit den jeweils angeführten Maximalkosten inkl. USt genehmigt:

Straßenbau- und Pflasterungsarbeiten in Höhe von 200.000 Euro inkl. USt

Im Rahmen dieser Vorgaben wird der Magistrat der Landeshauptstadt Linz, Tiefbau Linz, mit der Umsetzung dieses Beschlusses einschließlich der Abwicklung des Vergabeverfahrens nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes 2006, der Auswahl des Angebotes für den Zuschlag (Zuschlagsentscheidung) und der erforderlichen Vertragsabschlüsse (Zuschlagserteilung) beauftragt. Die Vergabe hat an den Billigstbieter zu erfolgen.

2. Bedeckung / Verrechnung:

Die Verrechnung der Kosten in Höhe von 200.000 Euro inkl. USt erfolgt auf der VASSt 5.6121.002765, Henriette-Haill-Weg.

Die Bedeckung erfolgt durch Fremdmittel, soweit nicht Mittel des ordentlichen Haushaltes bzw. Mittel aus Drittbeteiligungen, Subventionen udgl. zur Verfügung stehen. Die erforderliche Fremdmittelaufnahme bis zu einem Höchstausmaß von 200.000 Euro zu den jeweils günstigsten Marktkonditionen wird genehmigt. Die Verrechnung erfolgt auf der VASSt 6.9500.346000, Darlehensaufnahmen-Finanzunternehmen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

G ANTRÄGE DES FINANZ- UND HOCHBAUAUSSCHUSSES

Gemeinderätin Fechter-Richtinger berichtet über

G 1 Gewährung einer Subvention an die Stadtwerkstatt, Kirchengasse 4 (Verlustabdeckung 2010); 25.000 Euro, insgesamt 132.000 Euro

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Die Stadt gewährt der Stadtwerkstatt, Kirchengasse 4, 4040 Linz, im Jahr 2012 eine Subvention in der Höhe von 25.000 Euro zur Verlustabdeckung für das Jahr 2010. Damit erhöht sich die städtische Förderung für den Betriebsaufwand des Jahres 2010 von 107.000 Euro auf insgesamt 132.000 Euro.

Die Stadt Linz gewährt die Förderung mit der Bedingung der Einhaltung der allgemeinen bzw. speziellen Förderungsrichtlinien.

2. Die Verrechnung der Subvention in Höhe von 25.000 Euro erfolgt auf der VASSt 1.0610.757700, Laufende Transferzahlungen an private Institutionen.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Klitsch:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, die freiheitliche Fraktion hält es in Zeiten wie diesen für unverzichtbar, mit den Vereinen und Vereinsobmännern und –obfrauen zu sprechen, dass in Zukunft eine ordentliche Haushaltsplanung auf den Tisch muss. Das heißt, so wie es jede Privatfirma oder auch der Linzer Gemeinderat macht, dass man das Budget ordentlich plant, was hat man Einnahmen, was hat man Ausgaben, was bleibt übrig unterm Strich, wie viel braucht man an Zuschuss.

Es geht jetzt inhaltlich nicht um die Stadtwerkstatt, sondern wir sehen das bei jedem Linzer Verein so, dass es unverzichtbar ist, eine ordentliche Budgetplanung auf den Tisch zu legen. Wenn die eine oder andere Veranstaltung finanziell keinen Platz hat, muss man eventuell darauf verzichten. Im Grunde genommen geht es darum, dass man den Vereinen beibringt, dass sie ordentlich haushalten. Das sollten wir jetzt wirklich einführen.

Wie es im gegenständlichen Fall ist, dass die Linzer Stadtwerkstatt einen Verlust von

25.000 Euro produziert und der Steuerzahler dafür aufkommen muss, ist natürlich ein bisschen ein gewagtes Thema, weil es dem Steuerzahler im Nachhinein praktisch mehr oder minder vor die Füße geworfen wird.

Kurzum, wir werden generell - nicht nur bei der Stadtwerkstatt - sondern generell in Zukunft nicht mehr befürworten, wenn ein Verlust produziert wird und wenn der Steuerzahler im Nachhinein zum Handkuss kommt. Wir werden uns daher gegen diesen Antrag aussprechen.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Reiman:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Kollegium, ich schließe mich dieser Argumentation vollinhaltlich an. Es kann nicht sein, dass Verluste durch den Steuerzahler abgedeckt werden.

Die Stadtwerkstatt zählt gewiss zu den Kulturbetrieben, die höher subventioniert sind als die meisten in dieser Stadt und man sollte daher das Management der Stadtwerkstatt hinterfragen. Es gibt aus meiner Sicht wirklich keinen Grund, hier Verluste durch den Steuerzahler abzudecken und ich stimme selbstverständlich in diesem Sinne auch gegen diesen Antrag. Danke.“

Stadträtin Mag.^a Eva Schobesberger:

„Da muss ich grundsätzlich etwas dazu sagen. Freie Kulturinitiativen sind keine kommerziellen Unternehmen und daher nicht wie solche zu bewerten. Das gilt für die Stadtwerkstatt wie für viele andere auch. Da wird hervorragende Arbeit geleistet, die wichtig ist für die Stadt, das könnte in einem kommerziellen Betrieb in der Form nicht stattfinden. Daher ist es sinnvoll, diese Initiativen zu unterstützen.“

Bürgermeister Dobusch erteilt der Bericht-erstatte-rin das Schlusswort.

Gemeinderätin Fechter-Richtinger:

„Ich schließe mich demgemäß Frau Stadträtin Schobesberger an. Ich möchte noch

anmerken, dass Sparmaßnahmen gesetzt wurden, laufend Versuche gestartet sind, Förderungseinnahmen von Land und Bund zu steigern und das nicht gelungen ist und bitte daher trotzdem um Annahme.“

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird **bei Gegenstimmen der FPÖ-Fraktion (8) sowie Gemeinderat Reiman mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderat Ortner berichtet über

G 2 Enderledigung des Antrages der FPÖ-Gemeinderatsfraktion vom 7. Juli 2011 „Externe Gutachten für den An- und Verkauf von Immobilien“ – Resolution an die Oberösterreichische Landesregierung

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Gemeinderat der Stadt Linz ersucht die Oö. Landesregierung und den Oö. Landtag, die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen dahingehend abzuändern bzw. zu schaffen, dass Aufträge zur Erstellung von Gutachten im Zusammenhang mit dem An- und Verkauf von Immobilien an externe Sachverständige zu vergeben sind, wenn der voraussichtliche Kaufpreis der Immobilie den Wert von 700.000 Euro übersteigt.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen und Kolleginnen, ich habe mich schon in der Jänner-Sitzung bei der Teilerledigung dieses Antrages der Stimme enthalten.

Damals war mein Argument, dass die internen Gutachter der Stadt gerichtliche Sachverständige sind und externe Gutachter auch Geld kosten und ich mir daher keine

Kostenersparnisse und Vorteile aus diesem Vorschlag vorstellen kann. Ich werde mich auch diesmal der Stimme enthalten.“

Gemeinderat Raml:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, ich darf mich im Namen von Gemeinderat Pfeffer nochmals für die inhaltliche Einigung bedanken, die wir bereits in der letzten Sitzung gefunden haben.

Ich denke, wir haben den richtigen Mittelweg gefunden, indem wir nicht alle Immobilienkäufe extern bewerten lassen, sondern indem wir die Grenze von 700.000 Euro gefunden haben. Ansonsten, wenn wir alle Geschäfte extern bewerten lassen würden, hätten wir sehr hohe Kosten und einen großen Verwaltungsaufwand.

Das Land soll sich jetzt quasi die Stadt Linz als positives Beispiel nehmen, rasch nachziehen und diese Vorgangsweise ebenso umsetzen. Wir werden dieser Entwicklung gespannt entgegenblicken. Danke schön.“ (Beifall FPÖ)

Nachdem der Berichterstatter auf sein Schlusswort verzichtet, lässt der Bürgermeister nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung von Gemeinderätin Mag.^a Grönn, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der **Antrag H** wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung **abgesetzt.**

Gemeinderat Mag. Förlinger berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

I UNIVERSITÄTS-STANDORT LINZ AUFWERTEN

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Linzer Gemeinderates, die Stadt Linz wird als Universitätsstandort auch in Oberö-

sterreich kaum wahrgenommen, heißt es zuletzt in einem Artikel der Rundschau, der zwei Hintergründe hat.

Das eine ist die Industriellenvereinigung gewesen, die deutlich und massiv beklagt hat, dass Linz nicht als Universitätsstandort in der Form wahrgenommen wird, dass zu viele von jenen, die ihre Beiträge in den Geisteswissenschaften und auf der Universität erbringen, nicht in Linz wohnen und Linz nicht durch ihre Wohnanwesenheit bereichern. Ebenso hat sich die Wirtschaftskammer geäußert und in diesem Sinne nicht zuletzt auch der Rektor der Universität Linz.

Diese kritischen Anmerkungen werden durchaus durch Zahlen dokumentiert. Linz ist unter den größeren Universitäts- und Fachhochschulstandorten Österreichs jener mit der geringsten Akademikerquote in der Wohnbevölkerung.

In Linz arbeiten 1,4-mal so viele Akademiker als Linz zum Wohnort haben. Zwischen 1991 und 2009 ist die Zahl der wohnhaften Akademiker im Linzer Umland schneller gewachsen als in der Stadt Linz. Während Bildungsstandorte, wie etwa Klagenfurt, Graz, Innsbruck und Wien im Austausch mit ihrem Umland inländische Einwohner dazugewinnen, verliert Linz jene Einwohner an das Umland.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Bestrebungen, Linz zum Standort einer Medizinischen Universität, ja vielleicht sogar einer Voll-Universität zu machen, stellen wir daher den Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

,1. Der Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz wird ersucht, unter allfälliger Einbindung der Interessensgruppen ein städtisches Strategieprogramm auszuarbeiten und in Umsetzung zu bringen, das darauf ausgerichtet ist, den Universitätsstandort Linz künftig sowohl im Wettbewerb der österreichischen Bildungsstandorte als auch im Wettbewerb der regionalen Wohnstandorte wieder erfolgreicher zu positionieren. Dies

sowohl im Hinblick auf den künftigen regionalen Bedarf an Fachkräften als auch im Hinblick auf eine Ausgewogenheit in Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur.

2. Diese Zielsetzung soll unter anderem im neuen Örtlichen Entwicklungskonzept und im Flächenwidmungsplan verankert werden.'

Ich ersuche um Annahme.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Leidenmühler:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, der präsentierte Antrag erscheint mir ein bisschen als politischer Hüftschuss, als eine Reflexreaktion auf verschiedene Zeitungsmeldungen der letzten Wochen.

Wenn man nämlich den Universitätsstandort Linz ernsthaft ausbauen will, dann geht das nur mit dem Angebotsausbau der Universitäten. Und gerade was die Johannes-Kepler-Universität als sozusagen Leit-Universität in Linz angeht, hat sich die ÖVP in diesem Hause, was diesen Angebotsausbau angeht, nicht gerade mit Ruhm bekleckert in den letzten Jahren.

Lassen Sie mich ein paar Zahlen in Erinnerung rufen. 2006 war ein SPÖ-Antrag auf Einrichtung einer Geisteswissenschaftlichen Fakultät. Kollege Furlinger hat es gerade angesprochen, dass auch das ein ganz wichtiger Punkt ist. Die ÖVP hat diesem sehr wichtigen Schritt zur Voll-Uni, die Kollege Furlinger jetzt gefordert hat, damals nicht zugestimmt. Wir haben im Jahr 2008 eine Unterstützung für ein Bachelor-Studium der Kulturwissenschaften hier in diesem Haus beschlossen, 370.000 Euro. Die ÖVP hat sowohl im Stadtsenat, als auch hier im Gemeinderat dagegen gestimmt. Masterstudium, politische Bildung, 424.000 Euro, Gemeinderatsbeschluss 4. Juni 2009: Die ÖVP hat sich der Stimme enthalten. Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft, gleicher Gemeinderat 4. Juni 2009: Die ÖVP hat sich wiederum der Stimme enthalten.

Ich muss schon als Professor und Institutsvorstand an der Johannes-Kepler-Universität sagen und leider festhalten, dass sich die konstruktiven Beiträge, was den Angebotsausbau im Universitätsstandort Linz und damit die Standortförderung angeht, von Seiten der ÖVP in engen Grenzen halten bzw. dass sie eigentlich zu vermissen sind.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Forsterleitner:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, als Mandatarinnen und Mandatäre - und man kann übrigens durchaus, Herr Kollege Furlinger, gerade am Weltfrauentag auch ab und zu die weibliche Formulierung verwenden - sind wir immer bemüht, mit Sachargumenten auf Anträge zu antworten. Das werden wir auch heute wieder tun.

Man muss aber, glaube ich, trotzdem ein paar Dinge dazusagen, wie so ein Stil von so einem fast typischen ÖVP-Antrag formuliert ist, den wir beinahe jedes Monat zu jeder Gemeinderatssitzung mitverfolgen können.

Da gibt es ein recht einfaches Muster. Vermutlich muss das vom Landesgeschäftsführer der ÖVP bis zum letzten Pressereferenten jeder auswendig lernen und wenn man bei euch in der Nacht anruft, dann muss man die fünf Regeln der schwarzen Kunst für ÖVP-Anträge herausprudeln können.

Ich habe diese Regeln einmal für uns zusammengeschrieben, damit man so einen Antrag leichter analysieren kann. Regel Nummer eins ist, gib der Stadt die Schuld an allem. Regel Nummer zwei ist, tue so als seiest du weltoffen und mach dabei konservative Politik. Regel Nummer drei ist, mach Halbwahrheiten zu Wahrheiten, nimm immer nur einen Teil der verfügbaren Daten und zitiere Leute möglichst selektiv. Regel Nummer vier, decke die anderen Ressorts mit sinnloser Arbeit ein. Und Regel Nummer fünf, bring auf keinen Fall einen konstruktiven Vorschlag. Diese fünf Regeln finden wir wieder in diesem vorliegenden Antrag und das sollten wir uns vielleicht einmal gemeinsam anschauen.

Zu Regel Nummer eins, gib der Stadt an allem Schuld: Für alle, die es schon gemerkt haben, die Uni Linz liegt nicht nur in Linz, sondern auch in Oberösterreich und aus diesem Grund arbeiten Stadt und Land aus gutem Grund in verschiedenen Bereichen zusammen und versuchen, vieles für die Universität zu erreichen, z.B. in Form des Hochschulfonds, im Absolventenklub der Kepler-Society, in den gemeinsamen Anliegen dem Bund gegenüber, wie bei der Medizin-Universität und vielleicht sogar bei einer Voll-Universität.

Also hat nicht nur Linz eine vielleicht niedrigere AkademikerInnenquote, sondern ganz Oberösterreich hat die im Ländervergleich nicht sehr hohe Quote. Wir müssen also, wenn wir das ernsthaft betreiben, an einem Strang ziehen und nicht nur mit einseitigen Schuldzuweisungen arbeiten, wie es gerade die ÖVP hier wieder versucht und der Stadt den Schwarzen Peter zuschieben will.

Die Stadt hat übrigens im Jahr 2011 rund 1,3 Millionen Euro für die Universität Linz ausgegeben. Ich finde, das ist kein kleiner Betrag, weil das eigentlich eine Bundesangelegenheit ist. Da fallen Dinge hinein wie 187.500 Euro für den Hochschulfonds, 102.000 Euro für den Mensaausbau, viel Geld für Studien, Vorlesungen, Weiterbildungen und vieles mehr. Wie gesagt, 1,3 Millionen Euro.

Zum Punkt zwei, tue so als seiest du weltoffen und mache dabei konservative Politik: Die ÖVP fordert laufend mehr Urbanität und meint aber damit offenbar das Idyll von grünen Wiesen und Einfamilienhäusern, die irgendwo frei herumstehen. Das ist in einer Stadt schwierig und das ist nicht nur in Linz so, sondern das ist überall auf der Welt in Städten so, dass eine Verbauungsdichte in einer Stadt etwas höher ist, wie auf der grünen Wiese am Land.

Gleichzeitig, während man also höhere Verbauungsdichten ablehnt, fordert man aber, dass sozusagen mehr Zuzug in die Stadt kommt, also dass mehr BürgerInnen nach

Linz ziehen sollen. Und dann passt euch aber wieder nicht, wer nach Linz zieht. Und unter dem Deckmantel Akademikerabwanderung wird dann in Wirklichkeit immer wieder das Thema Ausländer und Integration diskutiert, weil offenbar hat die ÖVP für LinzerInnen mit Migrationshintergrund nicht so viel über, weil immer, wenn die nach Linz ziehen, wird sofort von Problemstadtteilen gesprochen.

Das Muster dabei ist relativ einfach: MigrantInnen sind problematisch, Akademiker sind wieder gut. Einfamilienhäuser sind gut, Mietwohnungen sind Legebatterien, wie der Klubobmann Furlinger vor kurzem das Ganze genannt hat.

Ich finde das eigentlich ziemlich unangenehm und seltsam, muss ich sagen, dass sich die ÖVP so für eine Gruppe von Überprivilegierten überproportional einsetzt und gleichzeitig ganze Bevölkerungsgruppen verhöhnt.

Die dritte Regel, eine wirklich große Kunst der ÖVP, mache Halbwahrheiten zu Wahrheiten: Das ist etwas, das wir schon seit Jahren verfolgen und das ist der Umgang der ÖVP mit Statistiken und mit Wortmeldungen. Da werden Zahlen aus dem Zusammenhang gerissen, da werden Wortmeldungen selektiv zitiert, da werden Datenmengen zusammengestutzt und so interpretiert, wie man es braucht. Das hat schon Klubobmann Stelzer gemacht mit MigrantInnenanteilen in der Bevölkerung. Das hat Gemeinderätin Manhal immer wieder gemacht, wenn sie wechselnde Vergleichszeiträume hergenommen hat.

Ich habe mir das alles ein bisschen historisch angeschaut, da gibt es etliche Presseaussendungen, wo man alles belegen und rückverfolgen kann. Heute macht es Klubobmann Furlinger mit diesem Antrag.

Wenn man sich die Daten anschaut, interpretiert ihr das alles wieder anders oder ihr lasst sogar relevante Faktoren weg. Wenn ich ein paar Beispiele nennen darf. Wie gesagt, in ganz Oberösterreich liegt die

Quote an AkademikerInnen zurück. Das ist kein Linzer Phänomen allein, sondern wir leben in einem Bundesland gemeinsam. Und die Geschichte unseres Bundeslandes hatte eine relativ späte Uni-Gründung, was vielleicht auch damit zusammenhängt, dass wir noch nicht so viele Akademiker haben wie andere.

Andere Gründe, dass die ÖVP zwar sozusagen fordert, man müsse mehr tun, aber nicht zustimmt bei entsprechenden Anträgen, hat Kollege Leidenmühler schon genannt. Dann möchte ich noch eine Studie nennen, die gezeigt hat, dass unter den österreichischen Unis die Uni Linz die höchste Behaltequote hat oder sozusagen den Willen, nach Studienabschluss auch in der Stadt zu bleiben, das sind 56,2 Prozent. Damit liegen wir vor Wien, Klagenfurt und anderen Städten.

Auch was das Kulturangebot betrifft, das angesprochen worden ist, das hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Was auch interessant ist, nur neun Prozent der Studienabgänger nennen das überhaupt als Grund sozusagen für ihre Wahl, in einer Stadt zu bleiben. Es ist zwar sicher richtig und wichtig, das Kulturangebot weiterzuentwickeln, aber offenbar ist das nicht der ausschlaggebende Grund für die Studierenden, sich dann für einen Arbeits- und Wohnort zu entscheiden. Das heißt, das hängt nicht mit dem Kulturangebot der Stadt Linz zusammen, weil ich glaube, das hat sich sehr gut entwickelt.

Übrigens hat Linz bessere Arbeitsmarktdaten als andere Städte und das gilt auch für AkademikerInnen. Wir haben immer wieder Vergleiche z.B. mit Graz gehört. Linz hat im Vergleich zu anderen Landeshauptstädten sehr niedrige Akademiker-Arbeitslosenquoten.

Und dann ist etwas, was ich in dem Antrag besonders pikant gefunden habe, nämlich so zu tun, als wäre der Stadtteil nicht entwickelt worden und man hätte darauf keine Rücksicht genommen.

Ich kann Ihnen empfehlen, sich ein Luftbild vom Stadtteil Dornach/Auhof zu nehmen und das zu vergleichen, wie der vor 20 Jahren ausgesehen hat und wie er heute aussieht. Da hat sich sehr viel getan. Es mag schon sein, dass nicht jedes Gebäudes, das dort errichtet worden ist, ein Uni-Gebäude ist, weil da ist sehr viel Wohnbau passiert, dort hat man die Freistädter Kreuzung hergerichtet, dort sind Büros entstanden, dort ist auch Gewerbe entstanden. Das heißt, da hat sich wirklich sehr viel getan.

Aber auch an der Uni selbst hat sich sehr viel getan. Hier konnten wieder viele Gebäude nur dadurch errichtet werden, dass Stadt und Land intensiv zusammengearbeitet haben, z.B. über den Hochschulfonds. Und somit wären die halben Neubauten der neuen Uni und auch der Science Park wahrscheinlich nicht möglich, wenn es nicht die Unterstützung der Stadt und des Landes gegeben hätte.

Man muss sich, glaube ich, bei diesen ganzen Anträgen als ÖVP langsam überlegen, dass das ist wie die Geschichte von dem kleinen Buben, der 100-mal Feuer schreit, weil beim 101. Mal kommt dann keine Feuerwehr mehr. So macht das die ÖVP. Man darf sich nicht wundern, wenn es dann wirklich einmal brennt, dass keiner mehr kommt.

Zum Punkt vier, decke die anderen Ressorts mit möglichst sinnloser Arbeit ein: Auch hier ist es wieder so, das kann man beobachten, diesmal ist wieder der Bürgermeister dran, der von der ÖVP beauftragt wird, das kennen wir auch von verschiedensten Anträgen, immer werden andere aufgefordert, irgendwelche Arbeiten zu erledigen. Und wirklich bei aller Liebe zur Uni Linz, und wir haben sehr viel Liebe für die Uni Linz übrig, es gibt schon so etwas wie eine eigene Verantwortung. Ich glaube, dass das eine Uni auch wahrnimmt und dass sie sehr viel tut im Bereich Marketing, Plakatwerbung, Uni-Klub etc.. Die gibt es viel zu nennen.

Das heißt, es ist auch Aufgabe der Uni, hier sozusagen eine Art Linie vorzugeben, dann

ist man sicher von Seiten der Stadt weiterhin gerne bereit, sie zu unterstützen und mitzuhelfen, zum Beispiel für eine Voll-Universität zu kämpfen. Das sind die Dinge, wo wir an einem Strang ziehen und uns nicht auseinander dividieren lassen sollten, so wie es mit diesem Antrag wieder versucht wird.

Und zu meinem fünften Punkt, bring auf keinen Fall einen konstruktiven Vorschlag: Der Punkt ist hier wieder grandios erfüllt. Man braucht sich den Antrag nur anschauen. Es werden wieder nur selektive Fakten aufgezählt und dann, was kommt dann? Nichts. Kein Vorschlag, keine Wortmeldung, nichts, über das man diskutieren könnte, weil damit müsste man sich einmal positionieren und etwas Konkretes sagen.

So einem Antrag wie dem, der vorliegt, können wir, wie gesagt, bei aller Liebe für die Uni nicht zustimmen. Wir sind weiterhin dafür, dass sich die Uni gut entwickelt, wir werden die Uni weiterhin unterstützen. Wir wollen auch, dass Linz eine Voll-Universität bekommt, dass sie die gerechten Anteile aus den Budgets der Universitäten bekommt. Das ist alles richtig, aber nicht in so einer auseinander dividierenden Form.

In ÖVP-Wortmeldungen werden immer gerne so wunderschöne, oft biblische Zitate eingeflechtet. Jetzt ist mir auch eines eingefallen, und ich glaube, es war der Apostel Johannes, der das gesagt hat: „An ihren Taten sollt ihr sie messen.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Übelacker:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen, verehrte Kollegen, ich mache einmal aus der Sicht der Freiheitlichen Partei den Versuch, zu etwas mehr Sachlichkeit zurückzukehren. Denn das, was wir zuletzt gehört haben, war zwar sehr interessant und sehr kurzweilig, aber es hatte eigentlich nicht die Sachlichkeit, die man einem solchen Thema widmen sollte.

Zunächst einmal zur Überschrift ‚Universitätsstandort aufwerten‘. Wer könnte dagegen

sein? Auf den ersten Blick ist das eine plausible Sache, zumindest aus der Sicht der Freiheitlichen Partei.

Wenn man jetzt, wie andere, etwas kritisch herangeht, kann man auf den zweiten geschärften Blick sagen, einige Anmerkungen sind sicherlich vertretbar und auch notwendig.

Erstens, eine Aufwertung des Uni-Standortes ist nicht primär eine Frage des Bekanntheitsgrades und damit werbeabhängig, sondern es ist eine Frage des wissenschaftlichen Angebotes. Und wenn wir dieses wissenschaftliche Angebot verbessern und ausbauen können, so wie es der Kollege Leidenmühler angedeutet hat, dann ist das eine Sache, die in Ordnung ist, die positiv ist, die förderungswürdig ist.

Paradebeispiel in diesem Zusammenhang ist die allseits gewünschte Medizin-Uni Linz - auf dem Wege zur Voll-Universität der Johannes Kepler Universität oder als eigenständige Universität können wir im Moment dahingestellt sein lassen. Über diese Medizin-Uni Linz wird viel geredet, konkrete Maßnahmen sind bisher unterblieben. Die Ärztebedarfstudie, auf die man wartet, wird wohl noch weiter auf sich warten lassen. Es steht aber schon jetzt fest, dass der Bedarf für eine Medizin-Uni gegeben ist. Man sollte also generell etwas derartiges nicht wegwischen, sondern man sollte sagen, dieser Weg ist weiterzuverfolgen, dieser Weg ist ein wichtiger Weg und ein notwendiger Weg.

Wo bleibt dazu eine gemeinsame Initiative? Das möchte ich einmal in aller Sachlichkeit fragen, eine gemeinsame Initiative des Landes Oberösterreich und der Stadt Linz, deren Fehlen nicht mit allzu geringen Budgetmitteln einfach abgetan werden kann. Es ist also eine parteienübergreifende gemeinsame Initiative notwendig. So die Sicht der Freiheitlichen Partei.

Wenn in Wien trotz knapper Mittel ein Wissenschaftsbudget investiert werden kann, warum können Oberösterreich und die Stadt Linz nicht gemeinsam Druck auf die Bun-

despolitik machen, um Gleiches auch hier zu erreichen? Der Bund kann sich dem Argument wohl kaum entziehen, dass bestehende Medizin-Universitäten in Wien, Innsbruck und Graz kein Grund sein können, dem großen Bundesland Oberösterreich eine solche Einrichtung zu verweigern oder deren Einrichtung zukunftsgefährlich hinauszuzögern. Hier ist der gestrige Artikel in den Nachrichten interessant. Überschrift: ‚Verzögerung der Medizin-Uni ist fahrlässig.‘ Der Gastautor ist Prof. Klaus Schmitt, Landesfrauen- und Kinderklinik Linz.

Es ist bei diesem Ausbau auch über die Standortfrage zu diskutieren. Ich will das nicht weiter vertiefen, ich will das nur einmal anreißen. Die Standortfrage kommt jetzt langsam in die Phase einer Behandlungsnotwendigkeit.

Es ist der große benötigte Wurf bisher noch nicht zu sehen. Immerhin zielt der Antrag der ÖVP in die richtige Richtung, dass man sich damit befasst, dass man das Thema ‚Universitätsstandort aufwerten‘ wirklich angeht. Ob es noch ergänzungsbedürftig ist, ob es auf anderen zusätzlichen Wegen weiterbetrieben werden kann, das sei dahingestellt. Jedenfalls die Stoßrichtung ist richtig, daher werden wir diesem Antrag zustimmen.“ (Beifall FPÖ)

Bürgermeister Dobusch:

„Da ich im Antrag angesprochen bin, muss ich mich dazu äußern. Ich bin wirklich verwundert, das muss ich sagen, dass die Parteien, die eigentlich den Bürgermeister und den Landeshauptmann aus dem Universitätsrat in der blau-schwarzen Bundesregierung hinausgeschmissen haben, jetzt sagen, der Bürgermeister ist der, der muss jetzt da her. Das ist eine ganz spannende Geschichte, dass es das Bundesgesetz gibt, dass wir als Politiker nicht drinnen sein dürfen.

Ich war gerne drinnen, wir haben unseren Beitrag geleistet. Der Herr Landeshauptmann und ich und einige andere Politiker haben hier sehr konstruktiv zusammen- und

mitgearbeitet. Wir dürfen nicht mehr, das ist verboten. Man muss fünf Jahre nicht mehr Politiker sein, damit man in den Uni-Rat einziehen darf. Das ist das Erste.

Das Zweite, was mich sehr wundert, ich bin in meiner Tätigkeit als Bürgermeister laufend bei Besprechungen und Verhandlungen zur Universität dabei. Natürlich in der letzten Zeit x-fach, x-mal, was die Medizin-Uni betrifft, vom Finanzierungsvorschlag des Landes und des Städte- und Gemeindebundes sozusagen bis natürlich zur Standortüberlegung, bis zu Untersuchungen, wie groß muss eine Universität sein. Das ist alles vorhanden und alles gemacht. Dass ich Präsident des Hochschulfonds gemeinsam mit dem Landeshauptmann bin, ist auch, glaube ich, amtsbekannt.

Und wenn ich dann in einem Antrag lese, unter allfälliger Einbindung der Interessensgruppen soll ich das machen. Was heißt denn das? Die Interessensgruppen sind selber aktiv. Die Industriellenvereinigung lässt selber Untersuchungen machen. Das ist nicht so, dass die sagen, gnadenhalber darf ich allfällig vielleicht Interessensgruppen beim Standortkonzept Universität noch einbinden. Das ist wirklich großzügig vom Herrn Bürgermeister, werden sie dann sagen, dass ich das mache, das ist hervorragend. Und wer wird denn glauben, dass tatsächlich eine Universität - da ist sie viel zu unabhängig - meint, dass der Bürgermeister oder die Stadt ein Strategiekonzept für die Entwicklung der Universität macht und das schicken wir ihnen dann und diese unabhängigen Gremien sind so super und machen das dann. Das ist ja völlig umgekehrt!

Herr Kollege Furlinger, wir sind im Universitätsrat gesessen, haben Programme für die Weiterentwicklung der Universität, und zwar zuerst einmal Untersuchungen in Auftrag gegeben, und es ist diskutiert worden. Die Universität hat in vielen Arbeitsgruppen die Entwicklung der Universität besprochen, vorangetrieben und im Universitätsrat wurde immer wieder berichtet. Das ist ein Prozess, der dauert. Es gibt überhaupt keine Universität, die sich nicht dauernd mit der eigenen

Fortentwicklung beschäftigt. Man wird doch nicht glauben, dass der Bürgermeister oder die Stadt das macht, so quasi jetzt habe ich ein Papier gemacht unter meiner Vorsitzführung und jetzt gebe ich es dem Akademischen Senat und jetzt habt ihr das umzusetzen. Und das Geld muss natürlich der Bund hergeben, weil das ist in erster Linie Bundesangelegenheit. Wobei man dazusagen muss, es gibt keine Stadt, keinen Universitätsstandort, der jährlich so viel seit Gründung der Universität für diese Universität gemacht hat wie Linz für die Johannes Kepler Universität, aber auch für die anderen.

Wissen Sie, wie kreativ der Bürgermeister wirklich ist? Die Universität hatte bei der letzten Besprechung beim Herrn Landeshauptmann - da war die Industriellenvereinigung dabei und als Vertreter der Industriellenvereinigung Herr Generaldirektor Eder, mit dem Sekretär der Industriellenvereinigung und dem Rektor usw. - die Bitte, wir sollten uns doch etwas überlegen, die Universität möchte in die Stadt herein, sie braucht ein Entree, man muss sozusagen besser im Zentrum eingebunden sein.

Was glauben Sie, welchen Vorschlag ich dem Herrn Rektor gemacht habe? Ich habe gesagt, dort wo der Kinderpunkt ist im Rathaus, das können wir gerne zur Verfügung stellen, sie können da eine Serviceeinrichtung der Universität machen. Mittlerweile haben sie eine Begehung gemacht und einen Brief geschrieben, das werden sie jetzt tun, um die Universität in der Stadt selbst besser zu präsentieren.

Der langen Rede kurzer Sinn: Es ist einfach so, dass es eine völlige Anmaßung ist, dass man glauben kann, dass der Bürgermeister, der da beauftragt werden soll, ein Universitätskonzept entwickelt, dass er dann der Universität vorlegt, was zu tun ist. Jetzt sagen Sie mir, Herr Kollege Furlinger, ich habe ganz etwas anderes gemeint, Sie haben mich völlig falsch verstanden, das, was Sie da tun, da ist überhaupt nicht von mir auch nur im Ansatz daran gedacht.

Ich kann Ihnen nur sagen, in meiner Funktion als Bürgermeister, Herr Kollege Furlinger,

habe ich Stunden und Wochen für die Universität gearbeitet. Das macht normalerweise jedes Regierungsmitglied in der Stadt in vielen, vielen Funktionen, wo wir tätig sind, wo wir für die Universität etwas machen.

Aber eines ist völlig klar: Eine Weiterentwicklung der Universität, eine Verbesserung des Images der Universität, das sind Faktoren, das weiß die Universität sehr genau, wie das geht. Es geht darum, dass Wissenschaftler international aktiv sind, dass in internationalen Publikationen Veröffentlichungen passieren. Das sind nämlich die Parameter, die herangezogen werden, ob eine Universität international welchen Standard hat und in einer Skala, wie das alles bewertet wird. Das ist von der Universität grundsätzlich einmal selbst zu leisten.

Worum es uns geht ist, dass wir versuchen, bei Studienrichtungen Anschubfinanzierungen zu machen. Eine Mechatronik gibt es in Linz nur, weil Land und Stadt 70 Millionen Schilling Anschubfinanzierung geleistet haben. Und viele andere Studienrichtungen gibt es auch nur deshalb.

Wir haben einige Vorschläge von uns gemacht - zum Beispiel, dass wir jetzt die Grundsteuer, die aufgrund der gesetzlichen Veränderungen anfällt, der Universität für Berufungen zurückgeben, dass bei Berufungen Land und Stadt immer wieder Geld zuschießen, damit Professoren nach Linz kommen und solche Dinge mehr. Ich sage Ihnen, Herr Furlinger, im Laufe eines Jahres bin ich als Bürgermeister dutzende Male für die Universität unterwegs und habe mit der Universität inhaltlich zu tun und wir versuchen, die Universität weiterzubringen.

Der Antrag, dass ich als Bürgermeister ein Strategiekonzept mache, das ist eine Arbeitsbeschaffung, die ich nicht einmal leisten kann, weil sich das die Universität gar nicht so gefallen lassen würde. Und Sie werden keine andere Antwort von der Universität selbst bekommen, das sage ich Ihnen. Die Universität ist eine eigenständige

Einrichtung in dieser Stadt, die ganz genau weiß und selbst wissen möchte, wie und wohin sie sich entwickelt.

Daher ist der Antrag eine echte Arbeitsbeschaffung. Er ist ziemlich, muss ich sagen, locker geschrieben. Ich bewundere Sie wirklich, dass man solche Anträge in diesem Gemeinderat stellen kann.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Mag. Furlinger:

„Ich bedanke mich zunächst einmal für Ihre Bewunderung, Herr Bürgermeister, ich nehme sie in Demut zur Kenntnis. Der Antrag muss furchtbar schlecht gewesen sein, so schlecht, dass die ganze Creme der Sozialdemokratie zur Höchstform aufgelaufen ist. Herr Kollege Forsterleitner hat vergessen, dass er gar nicht mehr Parteisekretär ist und hat aus irgendeiner Lade eine Rede von früher herausgezogen, die für den Linzer Gemeinderat zu jedem ÖVP-Antrag passt. Herr Kollege Leidenmühler hat auch irgendwelche wichtigen Kurse heraufbeschworen, die die ÖVP verhindert haben will mit ihrer dramatischen Mehrheit in diesem Gemeinderat. (Zwischenrufe)

Das war ganz interessant, man hat sich sozusagen darauf gestützt, zu sagen, ich hätte beantragt, dass wir ein Universitätskonzept machen sollen.

Ich möchte nicht vorlaut wirken, aber das insinuiert irgendwie, das war taktisch nicht schlecht, Herr Bürgermeister, Sie haben gleich gesagt, ich werde sagen, das habe ich nicht gemeint. Das haben Sie gut gemacht, das war nicht schlecht. (Zwischenrufe, Heiterkeit) Also ich möchte nicht gegen Sie Schach spielen, das war eigentlich der Killerzug.

Jetzt könnte ich frech sein und sagen, er ist nicht fertig gelesen worden von allen, die darüber geredet haben. Das tue ich natürlich auch nicht, weil ich nicht vorlaut sein will. Aber es kommen darin zwei, drei

Begriffe vor, die ich herausnehme: Regionale Wohnstandorte erfolgreicher positionieren, Fachkräftezugang, Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungsstruktur sind Teile dieses Antrages, die dann doch ein Ganzes machen.

Es sind viele Dinge, die in diesem Antrag drinnen verpackt sind, an denen diese Stadt und die Stadtspitze arbeiten muss. Wer denn sonst, Herr Bürgermeister, als Sie als erster Repräsentant der Stadt soll über diese Dinge nachdenken? Wer denn sonst? (Zwischenrufe)

Das tue ich gerne mit Ihnen im Flächenwidmungsausschuss, das ist überhaupt kein Thema. Wir dürfen uns dann natürlich nicht nur über die Bebauungsdichten streiten. Aber dass man im grünen Land, in der grünen Wiese, wie Kollege Forsterleitner gesagt hat, unter Umständen etwas anderes als Hochhäuser auch bauen kann, sollte sich schon im Lichte der modernen Erkenntnisse der Raumordnung weiter herumgesprochen haben. Ich denke gerne mit Ihnen nach, wenn Sie mich dazu einladen, da habe ich überhaupt kein Problem. Ich opfere gerne meine Zeit für die Zukunft der Stadt und des Universitätsstandortes. Aber natürlich sind Sie, gerade Sie als Führender der Stadt Linz, als oberster Repräsentant derjenige, der dazu mehr oder weniger als der Frontmann berufen ist, das zu tun. Wer sollte es denn sonst tun?

Wir brauchen nicht Universitätskonzepte machen, die dann der Herr Rektor zurückweist oder zurückweisen könnte, aber wir sollten dem Rektor zuhören - das gilt auch für den Kollegen Leidenmühler. Wir müssen nicht Interessensvertretungen wie der Industriellenvereinigung zuhören, aber hin und wieder sagen die auch Dinge, die nicht völlig falsch sind. Und das war in diesem Fall und diesem Punkt auch so.

Daher würde ich meinen, dass wir diesem Antrag insofern die Zustimmung geben können, weil wir gemeinsam unter Ihrer Führung, Herr Bürgermeister, hier durchaus konzeptiv tätig sein und denken könnten.

Ich bin gerne dabei und bitte um Annahme meines Antrages.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (25) und Die Grünen (7) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderat Dipl.-Ing. Hutter berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

J INGENIEUR- & ARCHITEKTENWETTBEWERB „BRÜCKENSEMBLE EISENBAHNBRÜCKE“

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe gleich einmal selbstkritisch meinen Antrag durchleuchtet nach den Punkten vom Kollegen Forsterleitner. Ich kann die fünf Punkte des angeblich typischen ÖVP-Antrages nicht finden. (Zwischenruf)

Inhaltlich geht es um einen Ingenieur- und Architektenwettbewerb für das Brückenensemble Eisenbahnbrücke. Brücken gehören zu den wichtigsten gestalterischen Elementen einer Stadt, insbesondere in Linz an der Donau.

Die wesentlichste Planungsaufgabe, die wir bei der neuen Brücke sehen, ist daher nicht nur die Funktionserfüllung, von dieser kann ausgegangen werden, dass sie, in welcher Form auch immer, erfüllt wird, sondern die Gestaltung des Tragwerkes und damit des Stadtbildes.

In der Grundsatzgenehmigung zur Errichtung einer Donaubrücke vom Juni 2011 wurde festgeschrieben, dass gemäß den Intentionen des Bundesdenkmalamtes eine architektonische Beeinträchtigung des Bestandes möglichst gering zu halten ist, was sicher richtig ist, und sie daher als Stahlbeton-Hohlkastenbrücke ausgeführt werden soll.

Aus dem, was wir jetzt bei den Planungen gesehen haben, kann man erkennen, dass dieser Stahlbeton-Hohlkasten in der jetzigen Planungsphase acht Meter höher ist als diese filigrane Eisenbahnbrücke. Die Kombination dieses sehr dominanten Erscheinungsbildes eines Stahlbetonklotzes passt nicht zusammen mit der architektonischen Qualität der bestehenden Brücke.

Brücken sind im Stadtbild von Linz ganz wesentliche gestalterische Elemente und speziell das am Ende der Kulturmeile gelegene Brückenensemble, das hier entstehen wird, ist ganz wichtig.

Bei den Vorgesprächen ist mir gesagt worden, warum sollen wir das jetzt beschließen, wo doch noch nicht alles klar ist. Dazu möchte ich sagen, ich halte es deswegen für ganz wichtig, das jetzt zu machen, weil die Einreichplanung schon genehmigt ist. Worauf soll man warten? Wir möchten auf keinen Fall verzögern, es wäre sicher falsch, das in einigen Monaten zu machen. Ich denke, wenn man das will und wenn wir das Bekenntnis zur gestalterischen Qualität machen, dann sollte man das jetzt tun, wo wir uns schon über die Einreichplanung geeinigt haben.

Es ist nicht das erste Mal, dass wir auf das Thema hinweisen. Ich habe im Verkehrsausschuss mehrfach über Visualisierungen ersucht, wie das ausschauen würde, und das vielleicht zu diskutieren. Es ist angesprochen worden, leider haben wir noch nichts bekommen, aber das kann sich schnell ändern. Ich ersuche daher um folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Die Stadt Linz lobt für die Gestaltung der Doppelbrücke über die Donau am Standort der historisch wertvollen Eisenbahnbrücke einen Ingenieur- und Architektenwettbewerb aus.

2. Der Wettbewerb umfasst die Sanierung der historischen Eisenbahnbrücke und das komplett neu zu errichtende zweite Brü-

ckenbauwerk. Bei der bestehenden Brücke sind die Vorgaben des Bundesdenkmalamtes zu berücksichtigen, für die neue Brücke ist die Wahl des Tragwerkes frei.

3. Zentrale Aufgaben im Wettbewerb sind die Erfüllung der technischen Anforderungen und die Gestaltung der beiden Brücken. Besonderes Augenmerk ist auf die Ensemblewirkung der beiden Bauwerke zu legen.

4. Der Verkehrsreferent wird beauftragt, über die noch ausstehenden Entscheidungen im Umfeld der bestehenden Eisenbahnbrücke und der betroffenen Verkehrsprojekte rasch Klarheit herbeizuführen. Der Wettbewerb soll sobald als möglich starten, um die Dauer der Unterbrechung der Straßenquerung im Bereich Eisenbahnbrücke so kurz als möglich zu halten. Das Bundesdenkmalamt ist in die Planung mit einzubeziehen.

5. Der Wettbewerb soll unverzüglich nach definitiver Vorlage der Nutzungsanforderungen an die beiden Brücken durchgeführt werden.'

Ich ersuche Sie um Ihre Zustimmung.“
(Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Bürgermeister Dobusch:

„Ich schlage vor, diesen Antrag dem Verkehrsausschuss zuzuweisen.“

Stadtrat Wimmer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, wir Freiheiten begrüßen den Einsatz des Herrn Gemeinderates Dipl.-Ing. Hutter für die optische Außenwirkung der Eisenbahnbrücke sehr. Naturgemäß können auch wir diesem Ansinnen sehr viel abgewinnen, dass die Eisenbahnbrücke und ihre Wirkung als Wahrzeichen der Stadt Linz weiterhin möglichst gut erhalten bleibt.

Einen Punkt sehen wir bei dieser ganzen Sache etwas kritisch. Es muss gerade in Zeiten wie diesen ein solches Konzept, ein solcher Wett-

bewerb und vor allem dessen Umsetzung kostenmäßig in einem gewissen Rahmen bleiben. Insofern begrüßen wir es, dass dieser Antrag zunächst im Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen wird.

Unabhängig davon sehen wir es positiv und auf jeden Fall als geboten an, die Eisenbahnbrücke in einer möglichst würdigen Form zu erhalten, sofern das zu annehmbaren Konditionen möglich ist.“

Schlusswort **Gemeinderat Dipl.-Ing. Hutter:**
„Die Zuweisung geht für uns in Ordnung.“

Der Antrag wird **dem Verkehrsausschuss einstimmig zugewiesen.**

Gemeinderätin Mayr berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

K FRAKTIONEN UNMITTELBAR ÜBER RESOLUTIONS-ANTWORTEN INFORMIEREN

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beantwortung der von den Linzer GemeinderätInnen ausgearbeiteten Resolutionen eines ganzen Kalenderjahres erfolgt erst in der ersten Gemeinderatssitzung des Folgejahres.

Die Beantwortung durch die Resolutionsempfänger erfolgt oft innerhalb sehr kurzer Zeit und richtet sich aber nur an den Bürgermeister. Der restliche Stadtsenat und die GemeinderätInnen, vor allem jene, die den Resolutionsantrag eingebracht haben, erhalten diesen viel später. Dies ist bedauerlich und führt leider teilweise zu Verzögerungen. Ich ersuche daher um folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Bürgermeister wird ersucht, dass hinkünftig jede Rückmeldung auf eine vom Linzer Gemeinderat gefasste Resolution umgehend an die Mitglieder des Gemeinderates weitergeleitet wird.'

Ich bitte um Annahme. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Wortmeldung **Bürgermeister Dobusch:**

„Frau Kollegin Mayr, es ist mir sehr recht, sie sofort weiterzuleiten, der Frust wird deshalb nicht weniger, wenn man die Listen der Resolutionen und Antworten liest. Wir bekommen sie meistens nicht gemailt, sondern schriftlich. Reicht das, sie an die Fraktionen weiterzugeben bzw. den Einzelnen, wenn es keine Fraktion ist, oder sollen es alle GemeinderätInnen bekommen?“

Mein Vorschlag wäre, dass sie die beiden Einzelmandatare bekommen und die Fraktionsvorsitzenden. Wenn Sie damit einverstanden sind, wäre das eine sparsamere Aktion. Das wäre ein **Abänderungsantrag**. Frau Kollegin Grönn, sind Sie damit einverstanden?“

Wortmeldung **Gemeinderätin Mag.^a Grönn:**

„Wenn ich sie bekomme, bin ich schon glücklich.“

Bürgermeister Dobusch:

„Gut, dann ersuche ich meine Verwaltung, den **Abänderungsantrag** umzusetzen, **dass die Antworten der Resolutionen in Zukunft an die Fraktionen sowie an die beiden EinzelgemeinderätInnen ergehen.**“

Der Abänderungsantrag von Bürgermeister Dobusch wird **einstimmig angenommen.**

Gemeinderätin Polli berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

L DIALOGPLATTFORM ISLAM

und führt aus:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 23. Jänner dieses Jahres haben Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz und der neue Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich auf überregionaler Ebene den Prozess ‚Dialogforum Islam‘ gestartet. Zielsetzung ist laut gemeinsamer Erklärung - ich zitiere: ‚die gemeinsame

Schaffung eines strukturierten Rahmens für einen offenen Austausch zu allen relevanten Themen und Fragestellungen. Darauf aufbauend sollen Lösungsvorschläge für bestehende Probleme und Herausforderungen erarbeitet werden.‘ Grundsätzlich soll damit ‚Tendenzen der Polarisierung und Radikalisierung‘ auf beiden Seiten ebenso entgegengewirkt werden wie ‚den damit verbundenen Vorurteilen‘.

Die Herausforderung von Integration und Verbesserung des Zusammenlebens stellt sich vor allem unmittelbar auf der kommunalen Ebene und dabei wiederum speziell in den Städten. Studien und Umfrageergebnisse weisen derzeit noch auf erheblichen Verständigungs-, Aufklärungs- und Dialogbedarf hin, wenn es darum geht, das Zusammenleben mit Muslimen und Musliminnen zu verbessern und auf beiden Seiten bestehende Vorurteile abzubauen.

Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass wir seit voriger Woche eine neue Vorsitzende im Migrationsbeirat haben und diese junge Frau türkische Eltern hat und darauf hinweist, wie wichtig ihr die Gemeinsamkeit der verschiedenen Linzer Ethnien ist. Da geht es um Gemeinsamkeit und deshalb ersuche ich den Gemeinderat, folgenden Antrag zu beschließen:

Der Gemeinderat beschließe:

‚Der Bürgermeister sowie der für die Angelegenheiten der Integrationsförderung zuständige Vizebürgermeister werden ersucht, in Anlehnung an Zielsetzungen und Struktur des bundesweiten ‚Dialogforum Islam‘ auf Linzer Ebene eine regionale Dialog-Plattform mit den offiziellen Repräsentanten der ‚Islamischen Religionsgemeinde Linz‘ ins Leben zu rufen, auf der unter Einbindung der Gemeinderatsfraktionen, der übrigen anerkannten Religionsgemeinschaften, der Sozialpartner sowie der Wohnbauträger, der Schul-, Sozial-, Gesundheits- und Sicherheitsbehörden bestehende Probleme im Zusammenleben mit dem Ziel erörtert werden, auf regionaler Linzer Ebene

rasch Verbesserungen und Lösungen zu erreichen.'

Ich ersuche um Annahme meines Antrags. Vielen Dank.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Ortner:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Gemeinderätin Polli, der Antrag müsste eigentlich nicht ‚Dialogplattform Islam‘ heißen, sondern ‚Dialogplattform Religion‘, weil wenn Sie sozusagen den Islam plus alle anderen übrigen Religionsgemeinschaften da beiziehen wollen, dann ist das quasi eine theologische Auseinandersetzung, die Sie da führen wollen, die sich in erster Linie auf den religiösen Bereich beschränken wird. Es wird wahrscheinlich dann zu einer Wertediskussion kommen, zu einer Diskussion über Ethik, über Moral, wahrscheinlich zu einer Diskussion über den Gott-Begriff, um in letzter Konsequenz darüber wahrscheinlich herauszufinden, welcher jetzt der richtige oder der falsche ist. Und das ist, denke ich, eine Frage des Glaubens, und die Frage des Glaubens ist in Österreich ganz klar geregelt. Wir leben in einem Staat, in einer Gesellschaft, wo Staat und Religion ganz klar getrennt von einander sind.

Ich und die Freiheitlichen glauben nicht, dass durch eine Diskussion über Religion das Zusammenleben der Menschen in dieser Stadt gefördert wird. Das Zusammenleben in dieser Stadt ist geprägt von handfesten Problemen, von handfesten Aufgabenstellungen. Da gehört die Verständigung, die gemeinsame Sprache dazu, da gehört ein Ausbildungssystem dazu, das den Menschen eine Perspektive eröffnet, da gehört dazu, einen Teil zur Gemeinschaft, zur Gesellschaft beizutragen in Form von Arbeit oder anderen Tätigkeiten. Es gibt eine Fülle von Themen, die für ein geordnetes und funktionierendes Zusammenleben in dieser Stadt notwendig wären.

Ich glaube nicht, dass wir mit einer religiösen, theologischen Diskussion hier vor-

wärtskommen, ich denke sogar, wir würden wahrscheinlich die Gräben breiter machen, als sie zuzumachen.

Die freiheitliche Gemeinderatsfraktion wird aus diesem Grund diesem Antrag nicht zustimmen und wird hier eine Gegenstimme abgeben.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Hartig:

„Werter Bürgermeister, hoher Gemeinderat, wir Grünen begrüßen grundsätzlich, dass der Staatssekretär für Integration, Kurz, den Dialog mit den österreichischen Muslimen sucht. Es ist wirklich eine gute Sache. Aber wenn man bedenkt, wer der Dialogpartner ist, es ist die Islamische Gemeinschaft in Österreich, also die IGGiÖ, und bei den letzten Wahlen haben sich von den knapp über 500.000 Muslimen gerade einmal 30.000 Muslime an der Wahl beteiligt, das heißt, es sind weniger als zehn Prozent der österreichischen Muslime durch diese Gemeinschaft vertreten. Das heißt, es findet der Dialog, der Austausch im Prinzip mit einer Minderheit statt.

So wie es im Christentum unterschiedliche Facetten gibt, ist es natürlich im Islam auch so, dass es da auch sehr, sehr viele Auslegungen gibt. Daher sollte der institutionalisierte Dialog, wenn er ernst gemeint ist, viele unterschiedliche AkteurInnen einschließen, wie etwa die Aleviten, die Schiiten oder die bosnischen Muslime. (Zwischenruf)

Also diese Aufzählung erfüllt den Tatbestand nicht vollständig. Das war jetzt nur eine Anregung, um zu zeigen, dass es auch andere islamische Glaubensgemeinschaften gibt.

Betrachtet man die Arbeitskreise des Dialogs, die wie folgt lauten: Aus-, Fort- und Weiterbildung von Imame, Integration und Identität, Werte und Gesellschaftsfragen, Islamismus und Islamfeindlichkeit, Geschlechterrollen, Staat und Islam, Islam und Medien, so kann man feststellen, dass fünf dieser sieben Arbeitsfelder für andere Kulturkreise übertragbar sind und eigentlich nur zwei dieser Arbeitsgruppen fast ausschließlich den islamischen Glauben be-

treffen, nämlich die Ausbildung und Weiterbildung der Imame bzw. die Arbeitsgruppe Staat und Islam.

Die sollten dort besprochen werden, wo die Kompetenzen liegen, nämlich auf Bundesebene, weil in einer Stadt wie Linz haben wir kaum Einflussmöglichkeiten, über die Ausbildung der Imame zu debattieren. Nicht dass Sie es falsch verstehen, wir unterstützen die Bemühungen für die Aus- und Weiterbildung der Imame in Österreich aus mehreren Gründen. Nur wir können uns in Linz gerne darüber unterhalten, aber wir werden kaum einen Einfluss darauf ausüben können.

Beim Thema beispielsweise Integration, Identität oder Werte und Gesellschaftsfragen etc. sind nicht nur Personen islamischen Glaubens betroffen, sondern die meisten Personen, die von nah oder fern zugezogen sind. Daher macht es Sinn, die Vielfalt in Linz ganzheitlicher zu thematisieren für ein friedvolles und funktionierendes Miteinander.

Diesbezüglich werden schon erste Schritte gesetzt - in den sprachen- und ethnienorientierten Elternvereinen wird z.B. das Thema Schwimmunterricht für Mädchen behandelt oder Infokampagnen in den MigrantInnenvereinen gestartet. Des Weiteren veranstaltet der Migrations- und Integrationsbeirat regelmäßig Tagungen zu Themen wie Bildung, Gesundheit, Wohnen und Nachbarschaft, die auch unter dem Aspekt der Religiosität diskutiert werden. So wie die Oö. Gebietskrankenkasse, das Allgemeine öffentliche Krankenhaus der Stadt Linz z.B. auch die interkulturellen Kompetenzen ihrer MitarbeiterInnen fördern und sie fit im Umgang für Muslime und Muslimas machen. Dabei ist die Religiosität nur ein Teilaspekt von vielen in den Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Es werden somit schon in einigen Bereichen Maßnahmen unternommen, um den Dialog zwischen Zugezogenen und Einheimischen zu fördern, die aber nicht ausschließlich auf die Religiosität abzielen, sondern weitere

kultur-, geschlechter- und altersspezifische Aspekte beinhalten und diese gilt es natürlich weiter auszubauen und voranzutreiben.

Weil es aber um einen interreligiösen Dialog geht, so wie es mein Vorredner von der Freiheitlichen Partei schon festgestellt hat, darf man natürlich die am schnellsten wachsende Gruppe, nämlich die ohne Bekenntnis, nicht unbeachtet lassen, denn das ist die Gruppe, die sich am meisten beispielsweise gegen die Kreuze in Schulklassen auflehnt. Aber diese Diskussion würde hier zu weit führen.

Was mir allerdings abgeht bei all der Diskussion zum Thema Islam, Muslime etc., es wird gerne über die Ungleichbehandlung und Islamfeindlichkeit, denen sie ausgesetzt sind, geschwiegen. Es ist und bleibt aber die gemeinsame Aufgabe und Verpflichtung aller Christen, Juden, Muslime, Atheisten, Buddhisten und anderen, in Österreich unmissverständlich gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus oder Islamfeindlichkeit aufzutreten.

Abschließend möchte ich daran erinnern, dass Österreich in Europa eine Vorreiterrolle in puncto Islam eingenommen hat mit der Anerkennung des Islams nach hanafitischem Ritus, also das war die islamische Religionsausübung im damaligen okkupierten Bosnien und Herzegowina. Es ist eine Gleichstellung geschaffen worden von islamischen BürgerInnen, die in dem damals okkupierten Österreich gelebt haben und es ist natürlich sehr zu begrüßen. Von daher würden wir es schön finden, wenn wir den 12. Juni zum Anlass nehmen und diesen Tag feiern und wertschätzen. Danke schön.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Polli:

„Herr Kollege Ortner, wir führen sicher keine Auseinandersetzungen, wie Sie begonnen haben in Ihrem Statement, sondern wir möchten einen Dialog. Und das ist ein

gravierender Unterschied, ob ich mich auseinander setze oder einen Dialog führe.

Es ist so, dass Studien und Umfragen immer noch zeigen, dass es zwischen Muslime und Andersgläubigen zu eklatanten Differenzen in der Einschätzung der österreichischen Staatsordnung und dabei speziell auch - und gerade heute am Internationalen Weltfrauentag sage ich das - bei der Beurteilung der Frauenrechte kommt. Da gehört noch einiges in die richtige Richtung gemacht, genauso wie du gesagt hast, Kollegin Hartig, dass z.B. Schwimmunterricht der Mädchen kein Thema sein darf oder das Turnen in einem Turnsaal in einer Schule.

Im Sinne der Integration müssen diese unterschiedlichen Standpunkte besprochen, ausdiskutiert werden. Es darf nicht sein, wie es jetzt noch immer in Umfragen herauskommt, dass Muslime teilweise die Religion an die erste Stelle stellen, vor die Gesetze eines Staates. Deshalb möchten wir, dass diese Plattform ins Leben gerufen wird und ersuchen um Unterstützung dieses Antrages. Vielen Dank.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (25) und Die Grünen (7) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, und Gemeinderat Reiman und bei Gegenstimmen der FPÖ-Fraktion (8) mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Bürgermeister Dobusch übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeisterin Dolezal.

Gemeinderat Hein berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

M INFORMATIONSKAMPAGNE ZU GELBEN HALTE- UND PARKVERBOTSLINIEN

und führt aus:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin,

sehr geehrte Damen und Herren, seit Mai 2011 dürfen Halte- und Parkverbote anstelle von Schildern durch eine am Fahrbahnrand angebrachte gelbe Linie markiert werden. Durch diese Gesetzesänderung verspricht man sich eine Reduktion des Schilderwaldes und eine günstigere Alternative, um Halte- und Parkverbote zu kennzeichnen.

Die Stadt Linz ist in dieser Sache bereits tätig geworden und hat an einigen Stellen die Schilder abmontiert und durch gelbe Bodenmarkierungen ersetzt. Leider hat es aber die Stadt Linz verabsäumt, die Bevölkerung ausreichend über die Bedeutung der neuen gelben Linien zu informieren. Das hat zu Verwirrung und Verärgerung in der Bevölkerung geführt, sowohl von Seiten betroffener Anrainer, als auch der Autofahrer, die das Halteverbot aus Unwissenheit nicht eingehalten haben und nun zur Kasse gebeten werden.

Da in naher Zukunft weitere Umstellungen geplant sind, fordern wir, die Bürger ausreichend zu informieren, bevor diese umgesetzt werden.

Aber nicht nur die fehlende Informationskampagne führte zu Problemen, sondern ein weiteres Problem stellen auch schneereiche Winter dar. Sind die gelben Bodenmarkierungen durch Schnee bedeckt, darf nicht gestraft werden. So entstehen quasi kostenfreie Parkflächen an Stellen, an denen aus verkehrstechnischen Gründen Halte- und Parkverbote verordnet wurden. Für Kraftfahrzeuglenker und Anrainer bringt diese Alternative - zumindest in der kalten Jahreszeit - keine Verbesserung.

In diesem Zusammenhang stellt die Linzer freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Das zuständige Stadtsenatsmitglied wird beauftragt, die versäumte Informationskampagne ehestmöglich nachzuholen, bevor weitere Halte- und Parkverbotstafeln durch

gelbe Linien ersetzt werden. Weiters soll das zuständige Stadtsenatsmitglied andere – auch winteraugliche – Alternativen prüfen lassen, die eine Reduktion des Schilderwaldes herbeiführen könnten.

Bedeckungsvorschlag: Eine Bedeckung allfällig anfallender Kosten soll durch Umschichtung im Rahmen des Budgets erfolgen und ist in den kommenden Voranschlägen zu berücksichtigen.'

Ich bitte, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.“ (Beifall FPÖ)

Wortmeldung Vizebürgermeister Luger:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Damen und Herren, ich darf Sie grundsätzlich einmal darüber informieren, dass es derzeit in der Stadt 15 verordnete Straßenzüge bzw. Teile von Straßen gibt, an denen diese gelben Linien verordnet worden sind. Zwei weitere Projekte befinden sich derzeit in konkreter Planung. Verordnet heißt, nachdem wir diese Möglichkeit erst seit Herbst letzten Jahres haben, dass von den 15 verordneten Zonen derzeit acht umgesetzt worden sind.

Die erste Zone haben wir am 22. September in dieser Stadt in Urfahr, im Stadtteil Auberg am Riesenederfeld gemacht und die letzte, so lange es die Witterung gestattet hat, am 27. Dezember letzten Jahres in der Müller-Gutenbrunn-Straße im Stadtteil Spalderhof. Die Einführung ist an all diesen Stellen mit zusätzlichen Informationen in Form von Plakatinformationen erfolgt und wir haben als Reaktion darauf das Aufstellen dieser Plakatständer für zwei bis drei Wochen, die offensichtlich zu kurz waren, umgestellt, dass in Zukunft diese Plakatinformationen zwei Monate dauern werden.

Parallel dazu müsste der Informationsstand der Linzer Bevölkerung durch Beiträge in bundesweiten Fernsehsendungen von ZiB 1 über irgendwelche Mitternachtssendungen und am Nachmittag um 17 Uhr schon so weit gestiegen sein, dass wir das mit gar keiner Informationskampagne jemals wettmachen können und steuerzahlerschonend

um null Kosten hier die Bevölkerung einen wesentlichen weiteren Schritt informiert worden ist.

Ich glaube, dass das, was in anderen europäischen Ländern zum Teil schon Standard ist, natürlich bei der Ersteinführung überall ein wenig für Verwirrung sorgt. Aber die Älteren von uns in diesem Haus wissen, dass es ebenfalls mit der Einführung der blauen Zonen, der Flächendeckung und dem damaligen Auftragen dieser blauen Markierungen eine Zeit gebraucht hat, bis die Autofahrerinnen und Autofahrer damit umgehen konnten.

Das Zweite, da bin ich wirklich völlig überfordert, denn winteraugliche Alternativen, wenn man keine Schilder mehr aufstellen will, wie das im realen Raum, nicht im virtuellen, am Boden erfolgen soll, da hätte ich gerne einen kleinen Hinweis zur Konkretisierung. Denn da kann ich nur sagen, da fehlt mir leider objektiv jede Vorstellungskraft, um hier Ihren Wunsch nach Reduktion des Schilderwaldes herbeiführen zu können.

In diesem Antrag ist eine Unterstellung, denn nachzuholen heißt, wir hätten nicht informiert. (Zwischenruf) Ganz einfach, Herr Kollege, da heißt es: ‚...wird beauftragt, die versäumte Informationskampagne ehestmöglich nachzuholen...‘. Das heißt, es sei nichts geschehen. Hätten Sie etwas anderes geschrieben, dann könnten wir anders diskutieren, dann müssten Sie sich das vorher ein bisschen genauer überlegen. Die deutsche Sprache differenziert bekanntlich relativ exakt.

Ich gehe davon aus, dass Sie der deutschen Sprache in einem überdurchschnittlich hohen Ausmaß mächtig sein müssten und deswegen möchte ich hier wirklich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowohl der Bezirksverwaltungsbehörde als auch des Tiefbau verteidigen, denn sie haben informiert und wir werden, wenn es notwendig ist, das intensivieren. Aber ich verahre mich dagegen, dass die MagistratsmitarbeiterInnen das nicht gemacht hätten, das ist unfair.

Und das Zweite, weil es hier nicht möglich ist, real existierende andere Möglichkeiten zu schaffen. Wenn Sie schauen, wie oft im Winter die blauen Zonen nicht benutzbar sind, da haben wir dasselbe, weil wenn der Schnee liegt, ist es egal, ob es darunter blau oder gelb ist, dann können Sie das selbst im Winter, wie es im Vorjahr war, an einer Hand abzählen, wie oft diese Zonen nicht benutzbar waren. Also das entspricht nicht der Realität und deswegen ersuche ich, sich der Stimme zu enthalten.“ (Beifall SPÖ)

Schlusswort **Gemeinderat Hein:**

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, in der Begründung des Antrages steht sehr wohl drinnen, dass die Kampagne nicht ausreichend durchgeführt worden ist. (Zwischenrufe) Das mag sein, dass dieser Zusatz im Antragstext gefehlt hat, aber in der Begründung war er sehr wohl drinnen.

Weiters ist zu hinterfragen, ob in Ländern, wo es durchaus üblich ist, dass es im Winter schneien kann, eine Markierung aus verkehrstechnischen und verkehrssicherheitstechnischen Gründen bei Halte- und Parkverboten sinnvoll ist.

Wenn Sie dem Antrag schon nicht Ihre Zustimmung geben wollen, so ersuche ich Sie doch noch, auch andere Informationswege in Erwägung zu ziehen, die bei den Bürgern besser ankommen oder den Bürger besser erreichen als die bereits getätigten. Alleine eine Verlängerung, die lokal sehr eingeschränkt ist, dass die Tafeln aufgestellt sind, wird, glaube ich, nicht das Problem lösen. Ich bitte Sie trotzdem, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.“ (Beifall FPÖ)

Die Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (25) und Die Grünen (7) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderätin Klitsch berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

N KULTURSPONSORING – KOOPERATION LINZ KULTUR UND LINZER WIRTSCHAFT

und führt aus:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, im vorliegenden Antrag geht es um den Bereich Kultursponsoring als Kooperation Linz Kultur und Linzer Wirtschaft.

Das Kultursponsoring ist in vielen europäischen Städten eine der wichtigsten Einnahmequellen im ganzen Kulturbereich, das heißt, nicht nur bei den Kultureinrichtungen, sondern auch bei größeren Kulturfestivals. Dabei wird ansässigen Wirtschaftsbetrieben im Rahmen von Sponsorverträgen die Möglichkeit geboten, sich freiwillig, das sagen wir dazu, sich freiwillig finanziell nach eigener Maßgabe der eigenen Marketingbudgets an Kulturveranstaltungen beteiligen zu können.

Die Stadt Linz hat das im Rahmen von Linz09, im Rahmen der Linzer Kulturhauptstadt sehr erfolgreich vorgelebt. Da wurden insgesamt 10,5 Millionen Euro an Sponsorverträgen abgeschlossen und 10,5 Millionen Euro hereingebracht.

Es haben sich bei Linz09 insgesamt rund 400 Firmen beteiligt, also sehr namhafte Firmen bis hinunter zum kleinen Gewerbebetrieb. Das heißt, es war dabei die Linzer Industrie, Banken, Versicherungen, Medienkonzerne, Handelsketten, Lebensmittelkonzerne wie der Lebensmittelkonzern Hofer mit dem Kultursponsoring für das Lentos, Brauereien bis hinunter zu kleinen Gewerbebetrieben.

Um auch in Zukunft die finanzielle Situation der Linzer Kultureinrichtungen und Festivals abzusichern und weiterhin ein hohes Niveau bieten zu können, um das geht es ja auch, ist es in einer Kulturstadt wie Linz unabdingbar, in Zukunft wieder Sponsoringverträge abzuschließen.

Unser Antrag richtet sich an den Kulturreferenten der Stadt Linz. Die Linzer FPÖ-

Gemeinderatsfraktion stellt daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Kulturreferent der Stadt Linz wird beauftragt, sämtliche Linzer Kulturverantwortliche (kaufmännische Direktoren, Kulturdirektor, leitende Mitarbeiter von Linz Kultur) anzuweisen, Sponsoring-Verträge mit Linzer Wirtschaftsbetrieben auszuverhandeln, um die finanzielle Situation der Linzer Kultureinrichtungen und Festivals abzusichern und auch weiterhin ein hohes Programm-Niveau bieten zu können. Die Freiwilligkeit für einen Kultur-Sponsoringvertrag muss seitens der Wirtschaftsbetriebe gegeben sein.“

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Freiwilligkeit gegeben ist, das heißt, es kann kein Wirtschaftsbetrieb gezwungen werden, einen Sponsorvertrag abzuschließen. Es gibt erfreulicherweise nach wie vor sehr viele Betriebe, die das gerne machen, das heißt, die Freiwilligkeit für einen Kultur-Sponsorvertrag muss seitens der Wirtschaftsbetriebe gegeben sein.

Wir ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Kaltenhuber:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Damen und Herren, seit vielen Jahren gibt es Sponsoringvereinbarungen in den Dienststellen der Geschäftsgruppe 4 und sie sind eine Selbstverständlichkeit und geübte Praxis und werden in allen Stadt- senats- und Gemeinderatsanträgen dementsprechend dargestellt.

Beispielsweise wurden bei der Errichtung des Lentos rund zehn Prozent der Baukosten über Sponsoring und Bausteineinkäufe finanziert. Über den Lentos-Förderverein werden jährlich nennenswerte Finanzmittel zum Beispiel für den Ankauf von Kunstwerken für die Sammlung aufgebracht. Aber auch Ausstellungen und Veran-

staltungen wurden über die letzten Jahre regelmäßig durch PartnerInnen aus der Wirtschaft unterstützt bzw. sind erst durch deren Beteiligung überhaupt realisierbar geworden.

Jüngste Beispiele sind Engagements der Wiener Städtischen Versicherung zur Ausstellung ‚Markus Schinwald‘ und der Firma Samsung für ‚Car Culture‘ im Lentos sowie der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich für ‚Ni Hao Linz‘ im Nordico.

Neben den finanziellen Sponsorleistungen werden immer wieder Sachleistungen gesponsert, wie zum Beispiel Sachpreise für die Kinder- und Jugendbuchtage oder für das ‚Kiwi-Lesefest‘. Für die KursbesucherInnen der Volkshochschulkurse gibt es eine Vereinbarung mit den Linz Linien, dass die Kursausweise auch als Fahrausweise genutzt werden können. Diese Maßnahme ist zwar keine Kostenersparnis für die Volkshochschule, aber eine attraktive Serviceleistung für die KursbesucherInnen.

Die Musikschule der Stadt Linz zum Beispiel finanziert seit mehr als zehn Jahren sowohl die Öffentlichkeitsarbeit als auch die Abwicklung verschiedener Sonderprojekte mit Sponsoringkooperationen. Hauptsponsor der Musikschule ist beispielsweise die Oberbank, aber auch mit der Oö. Versicherung und der Linz AG gibt es immer wieder Sponsorvereinbarungen.

Das LinzFest und das Pflasterspektakel wurden schon genannt und sie werden seit vielen Jahren von Brau Union und Casinos Austria, Casino Linz, Linz AG, Raiffeisenlandesbank, Sparkasse und anderen mehr gesponsert. Im Jahr 2011 betrug die Sponsorsumme aus der Wirtschaft für beide Festivals insgesamt 76.666,67 Euro, die den entsprechenden Anträgen zu entnehmen war.

In manchen Bereichen der Geschäftsgruppe 4, das sollte man der Vollständigkeit halber noch erwähnen, gibt es keine Sponsoringaktivitäten, die eignen sich nicht dafür - zum Beispiel die Unterrichtsarbeit an den Musikschulen oder Kulturförderungswesen,

Volkshochschulkurse und das gesamte Bibliothekswesen.

Wir sehen also, dass dieses Sponsoring seit vielen Jahren passiert und der Antrag sich mit Dingen beschäftigt, die es in Wahrheit schon gibt. Die Zahlen und die genannten Fakten sprechen für sich und es ist dem Engagement und dem guten Verhandeln der handelnden Personen aus dem Kulturbereich überlassen, da Geld zu lukrieren. Wie wir sehen, passiert das schon.

Es ist auf Freiwilligkeit ausgerichtet und obwohl die Zeit momentan nicht gerade die beste ist, halten sich die Sponsorbeträge und die Sponsorhöhe genauso hoch wie vor der Krise. Ich finde das ist ordentlich und ein Erfolg. Und ich denke mir, der Herr Kulturreferent braucht nicht die Menschen aus dem Kulturbereich anweisen, sich um Sponsorgelder zu bemühen, sondern die machen das ohnehin selber engagiert in Absprache mit ihm, das ist überhaupt keine Frage.

Darum sagen wir, wir brauchen hier keinen neuen Antrag, sondern ich schließe mit dem Dank an die handelnden Personen im Kulturbereich und stelle fest, dass wir uns bei diesem Antrag enthalten.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderat Mayr:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, Punkt 1 ist, dass man festhalten muss, dass grundsätzlich eine Absicherung von Kultureinrichtungen durch die öffentliche Hand zu erfolgen hat. Ich glaube, das muss auf jeden Fall einmal feststehen.

Punkt 2, es passiert im Bereich des Kultursponsorings relativ viel, das kann man nicht nur auf das Jahr 2009 beschränken. Man braucht sich nur die Internetseite vom Lentos – das war jetzt das erste Beispiel, wo ich schnell hineingeschaut habe – anschauen, da hat man, seit es das Lentos gibt, jedes Jahr aufgelistet, wer welche Veranstaltung unterstützt hat. Da hat man von verschiedensten Banken über Fabasoft,

Eternit, Linz AG, Baumax, Siemens, OMV, Hofer bis hin zur Bäckerei Gragger und der Wiener Städtischen so ziemlich alle Unternehmen, die einem auf das Erste einfallen in Linz, drinnen. Ähnlich ist es beim LinzFest. Neben Medienunterstützung gibt es da die eine oder andere Brauerei, die sich daran beteiligt.

Ähnlich ist es nicht nur beim Lentos oder LinzFest, sondern wirklich bei vielen Einrichtungen und da bin ich mit meiner Vorrednerin einer Meinung. Ich glaube nicht, dass da die Kulturverantwortlichen der Stadt dann noch die Ratschläge des Kulturreferenten brauchen, sondern dass sie durchaus selbst in der Lage sind, selbst zu entscheiden, wann ein Sponsoring sinnvoll ist und wann es eventuell nicht sinnvoll sein kann.

Ganz klar ist mir allerdings der Punkt mit dieser Freiwilligkeit noch nicht, denn ich glaube, es kann durchaus strafrechtlich relevant sein, wenn man Wirtschaftsbetriebe dazu zwingt, eventuell unter Androhung von Gewalt, hier Sponsoringleistungen durchzuführen. Der Punkt ist mir nicht ganz klar, beim Rest, glaube ich, braucht man nicht wirklich etwas machen.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, man ist es irgendwie schon gewöhnt, dass die Kultur zu den Lieblingsthemen der FPÖ gehört und dass es oft um Angriffe auf kritische KünstlerInnen geht und da meistens einiges für die FPÖ nicht in Ordnung ist.

Konkret jetzt zum vorliegenden Antrag, wo es darum geht, ein verstärktes Kultursponsoring zu bekommen. Für mich zielt es im Kern darauf hin, das Budget durch Einsparungen im Kulturbereich zu entlasten und den KulturveranstalterInnen, Kulturvereinen und Kulturschaffenden zu sagen, holt euch das Geld doch über Sponsoring von der Wirtschaft. Sponsoring bedeutet freilich immer Abhängigkeit vom Goodwill der Wirtschaft, also mehr oder wenig Unterwerfung unter deren Bedürfnisse.

Eine Flucht der öffentlichen Hand aus ihrer Verantwortung für die Kultur und damit deren Förderungen lehnt die KPÖ entschieden ab. Unserer Meinung nach sollen die Unternehmen ordentlich ihre Steuern bezahlen, dann haben Bund, Land und Gemeinden genügend Mittel für Kulturförderung zur Verfügung.

Um dazu nur ein Beispiel zu nennen: Die Körperschaftssteuer für die Gewinne der Kapitalgesellschaften wurden unter Grasser von 34 auf 25 Prozent gesenkt und gleichzeitig die steuerschonende Gruppenbesteuerung eingeführt. Laut AK-Untersuchung zahlen die Unternehmen aber durch diese Gestaltungsmöglichkeiten im Durchschnitt nur 17 Prozent, Banken sogar nur sieben Prozent Steuern.

Daher werde ich diesem Antrag keine Zustimmung geben.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Reiman:

„Sehr geehrtes Kollegium, ich glaube, es gibt hier niemanden, der so viel für Kultur im privaten Bereich gemacht hat wie ich mit meinem Kulturhaus. (Heiterkeit) Ich betreibe seit 20 Jahren ein Kulturhaus bzw. eine Musikschule im privaten Bereich und da erlebt man sehr viel in der Praxis und weiß, wie die Dinge wirklich laufen.

Also das große Kultursponsoring, von dem man immer spricht, ist eher ein Märchen. Es ist eher so, dass die Menschen, die Kultur machen, dem Budget nachlaufen müssen und dass das Kulturbewusstsein im Grunde genommen nicht so gegeben ist, wie man wirklich glaubt. Da sollte man sich auf wissenschaftliche Studien stützen, dass maximal zwei Prozent der Menschen oder der Bevölkerung sich überhaupt einmal kulturell einbringen.

Es ist natürlich sehr gut, dass hier eine Anregung kommt von der Kollegin Ute Klitsch, dass hier die Stadt, also die Linz Kultur sich einbringt in Bezug auf Sponsoring. Ich würde meinen, die wirklich modernen Konzepte wären im Kulturmanagement zu installieren, das heißt eine Art Interface, ein Fund-

raising-Management, und dann eine Koordination zu schaffen zwischen den Kulturbetreibenden, den Kulturschaffenden und Linz Kultur. Das wäre wesentlich gescheiter, weil natürlich kann es nicht sein, dass hier Linz Kultur de facto dem Geld nachlaufen müsste, das dann für die entsprechenden Festivals verwendet wird. Auf jeden Fall wäre ein Interface sehr, sehr wichtig.

Für noch viel sinnvoller hielte ich es, hier in diesem Gemeinderat massiv steuerliche Anreize einzufordern, nämlich bei der Bundespolitik, und das ist das Entscheidende. Die Wirtschaft wird im Grunde genommen gar nicht angereizt, Kultur zu fördern, weil es hier viel zu wenig Möglichkeiten gibt. Das heißt, ich würde ganz gerne einmal eine Resolution ausarbeiten und die eine oder andere Fraktion bitten, diesen Antrag zu unterstützen, damit von Seiten der Bundespolitik die Möglichkeit geschaffen wird, dass Firmen Kultur attraktiver fördern können.

Insgesamt werde ich diesem Antrag zustimmen, weil er in die richtige Richtung stößt und ich bitte auch die anderen Fraktionen, diesem Antrag zuzustimmen. Danke.“ (Beifall FPÖ)

Die Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin des Schlusswort.

Gemeinderätin Klitsch:

„Ich versuche, jetzt nur ein paar Wortmeldungen zusammenzufassen. (Zwischenruf) Wenn Vizebürgermeister Luger stundenlang reden kann, dann könnte ich das auch, wenn ich das wollte. (Zwischenrufe, Heiterkeit) Wir haben in einer Wortmeldung von der Kollegin Kaltenhuber gehört, es ist gelebte Praxis und dieses Sponsoring funktioniert und es ist an und für sich an der Tagesordnung, dass gesponsert wird.

Wenn es so wäre, dann wären wir vom Kulturbudget gesegnet, wir bräuchten nicht unterschiedliche Zuschüsse ununterbrochen auf der Tagesordnung haben, wir wären dann wirklich auf der Insel der Seligen, kann man sagen, wenn wir im Geld schwimmen würden.

Die gelebte Praxis, muss man ganz ehrlich sagen, ist so, dass es in Linz von einigen Firmen Platzhirsche gibt, die decken das ab, die sponsern, wie zum Beispiel die Oberösterreichische Versicherung, die Brau Union, was immer. Das sind die Platzhirsche, die sponsern und lassen keinen anderen hinzu. Es gibt sehr wohl Firmen die sagen, ich möchte da gerne einmal mitsponsern, ich möchte auch zum Handkuss kommen. (Zwischenrufe, Unruhe) Es gibt in Linz diese Platzhirsche, das ist an und für sich Faktum und das sieht man bei sehr vielen Festivals.

Theoretisch, wenn wir so viele Sponsoren hätten, würden wir im Geld schwimmen, wir hätten bei den ganzen Museen und bei den ganzen Veranstaltungen keine Sorgen und könnten uns zwischendurch einmal hochkarätige Künstler leisten, die man kennt, die man im Fernsehen bringt, die die Bevölkerung interessieren.

Das heißt, wenn es so viele Sponsoren gibt, die sowieso vor der Haustüre stehen und die gelebte Praxis haben in diesem Bereich, dann hätten wir kein Problem mit den Verlusten der Stadtwerkstatt. Die Stadtwerkstatt soll sich einen Sponsor suchen, wir haben so viele, wir haben gelebte Praxis. Bitte, nehmt euch einen Wirtschaftsbetrieb, der wird euch diese 25.000 Euro bezahlen. Wir hätten kein Problem mit den Verlusten von Dorf TV, wir haben gelebte Praxis. (Zwischenrufe, Unruhe)

Nehmt euch irgendeinen Wirtschaftsbetrieb aus der Stadt Linz, der soll euch das zahlen, es stehen ohnehin alle Schlange, es ist gelebte Praxis. Medienwerkstatt, kein Problem mit den ganzen Verlusten, die Unternehmer stehen Schlange, die werden dann das Defizit schon bezahlen.

Das heißt, das ist doch alles gar nicht wahr. Wir haben einen Betrieb nach dem anderen, der Verluste abwirft, der Defizite macht, wir können uns großteils keine hochkarätigen Künstler nach Linz holen, und dann sagen wir, es passt eh alles. Nein, es passt für uns nicht! Wir brauchen im Kulturbereich ein

besseres Budget, um das Kulturniveau zu heben und die Kultureinrichtungen finanziell abzusichern.

In Deutschland geht man mittlerweile so weit, dass man professionelle Agenturen installiert hat, und die gibt es sehr, sehr zahlreich, die sich nur mehr um diesen Themenbereich kümmern, um Geld heranzuschaffen. Oder ein anderes Beispiel: In Amerika, in Kanada oder Australien ist es undenkbar, dass man überhaupt Steuergeld hernimmt, da wird nur mehr aus der Privatwirtschaft finanziert.

Das heißt, wir sagen, wir hätten in Linz viele Probleme finanzieller Natur nicht, wenn die ganzen Sponsorverträge so gut funktionieren würden. Sie funktionieren nicht, wir müssen Verluste abdecken, das ist schon traurig genug und darum bitten wir, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.“ (Beifall FPÖ)

Vizebürgermeisterin Dolezal lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird **bei Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (25) und ÖVP (16) sowie bei Gegenstimmen der Fraktion Die Grünen (7) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderätin Walcher berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

O STRASSENBELAG ZUR REDUKTION VON SMOG

und führt aus:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, so genannte photokatalytische Beläge können einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz in städtischen Ballungsräumen leisten, indem sie dazu beitragen, die Belastung mit Luftschadstoffen zu reduzieren.

Dieses System basiert auf der Funktionsweise der Photosynthese: Mittels Titanoxid werden unter UV-Einwirkung Stickoxide, Schwefelverbindungen sowie andere

toxische Schwebverbindungen neutralisiert und in gesundheitsneutrale Stoffe umgewandelt. Unter Idealbedingungen kann etwa bei Stickstoffdioxid-Werten eine Neutralisierungsquote von ca. 45 Prozent erreicht werden, und das bis auf eine Höhe von drei Metern oberhalb des angebrachten Belages – also genau auf Fußgängerniveau.

Die Einsatzmöglichkeit von photokatalytischen Belägen reicht vom Straßenasphalt über Lärmschutzwände bis hin zu Hausfassaden, die mit Zement oder Naturstein ausgekleidet sind.

Derzeit läuft ein internationales Forschungsprojekt mit Partnern aus Belgien, Frankreich, Deutschland und Griechenland unter Beteiligung der Bergischen Universität und gleichzeitig wurde in Zusammenarbeit mit der römischen Universität La Sapienza und dem Mailänder Polytechnikum von einer Firma mit Sitz in Mailand bereits ein Patent für einen photokatalytischen Straßenbelag entwickelt.

Das Verfahren wird bereits am Ankunfts-terminal des Mailänder Flughafens Malpensa sowie in diversen oberitalienischen Städten eingesetzt und trägt nachweislich dazu bei, die Luftschadstoffe zu reduzieren. In diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die zuständigen Stellen der Stadt Linz werden beauftragt, oben genannten Straßenbelag zur Reduktion von toxischen Gasen auf seine Verwendbarkeit für Linz zu überprüfen und bei positivem Ergebnis ein Pilotprojekt auf einer geeigneten Versuchsfläche zu initiieren.

Bedeckungs-vorschlag: Eine Bedeckung allfälliger anfallender Kosten soll durch Umschichtung im Rahmen des Budgets erfolgen und ist in den kommenden Voranschlägen zu berücksichtigen.’

Ich ersuche um Zustimmung.“ (Beifall FPÖ)

Wortmeldung **Stadträtin Mag.^a Schobesberger:**

„Ich muss da ein bisschen aufklären, die von Ihnen beschriebenen Technologien tragen dazu bei, Stickoxide und nicht Schwefeldioxid zu mindern.

Zwischenruf **Gemeinderätin Mag.^a Walcher:**

„Stickstoffdioxid habe ich gesagt!“

Stadträtin Mag.^a Schobesberger weiter:

Stickstoffdioxid, aber nicht Schwefeldioxid!

Zwischenruf **Gemeinderätin Mag.^a Walcher:**

„Das habe ich auch nicht gesagt!“

Stadträtin Mag.^a Schobesberger weiter:

Lassen Sie mich ausreden, dann kommen wir nämlich gleich zum Punkt. Verursachung von Smog ist auf Schwefeldioxid zurückzuführen und nicht auf Stickoxide. Smog-Probleme Zwischenruf ... ja Feinstaub, aber gegen Feinstaub bringt das nichts, es trägt nur dazu bei, Stickoxide zu vermindern, aber sonst nichts.

Das heißt, das ist nicht geeignet Smog, hintanzuhalten. Das ist in der Stadt Linz auch nicht wirklich notwendig, da wir aufgrund der restriktiven Handhabung, was Betriebsanlagengenehmigungen betrifft, zum Glück keine Probleme mit Smog haben.

Was Ihren konkreten Vorschlag betrifft, bin ich für solche Ideen grundsätzlich immer offen. Aus diesem Grund habe ich meine Dienststelle schwer ermutigt, da dranzubleiben und aus diesem Grund haben wir den Vorschlag dem Land übermittelt und das im Maßnahmenpaket Luft bereits verankert.

Dargestellt habe ich das unter anderem damals im Umweltausschuss, konkret am 11. Oktober 2010. Das heißt, was Sie hier beantragen, ist alles schon längst in Umsetzung. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter prüfen beständig die wissenschaftliche Weiterentwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in Umsetzungsversuchen in Europa.

Konkret wurde im Jahr 2010 ein Projekt in der Stadt Fulda umgesetzt, das meine

Mitarbeiter begleitet und sich die Ergebnisse ganz genau angesehen haben. Da stellt sich dar, dass in der praktischen Umsetzung nicht besonders viel Wirkung erzielt werden kann, schlicht aus dem einfachen Grund – das haben Sie selbst gesagt –, dass diese Methode auf die Photosynthese zurückzuführen ist. Das heißt, es braucht sehr hohe Lichteinstrahlung.

Aber gerade dort, wo sehr viel Verkehr ist und wo die Problematik der Stickoxidverschmutzung daher besonders hoch ist, ist aufgrund der vielen Autos, die auf der Straße fahren, die Sonneneinstrahlung relativ gering, weil die Autos schlichtweg die Straße verdecken und daher die Sonne nicht auf den Bodenbelag einstrahlen kann und diese chemische Reaktion daher nicht stattfinden kann. Das heißt, diese Praxistests haben ergeben, dass das nicht funktioniert, dass hingegen der erwarteten 45 Prozent Minderung nur eine einprozentige Minderung zu Stande gekommen ist.

Aber nichtsdestotrotz bleiben wir, wie gesagt, da beständig dran und wir sehen uns auch die in Italien durchgeführten Versuche an. Wie gesagt, erprobt ist bisher nur das Auftragen dieser Technologie im Zusammenhang mit Pflasterungen, die wir im Straßenraum sehr wenig haben, weil sie zu teuer sind und vor allem dann nur im Innenstadtbereich, wo schon aufgrund der Beschattung durch die umliegenden Häuser die Sonneneinstrahlung zu gering ist. Erprobt ist es, wie gesagt, auf Asphaltflächen noch gar nicht. Meine Mitarbeiter raten daher, die weiteren Versuche in Italien abzuwarten, ob das dann praxistauglich umsetzbar ist.

Aber wie gesagt, Ihr Antrag ist bereits seit zwei Jahren in Erfüllung, das habe ich auch im Ausschuss so berichtet. Daher werden wir uns der Stimme enthalten.“ (Beifall Die Grünen)

Vizebürgermeisterin Dolezal:

„Nachdem ich jahrelang für die Umwelt in dieser Stadt zuständig war, muss ich jetzt noch kurz etwas berichten.

Schon im Jahr 2006 ist eine oberösterreichische Firma an uns herangetreten, die eine Zusammenarbeit mit einer italienischen Firma aus Mailand, die es immer noch gibt und die dieses Patent hat, gehabt hat mit diesen Möglichkeiten. Es ist damals schon von den Verantwortlichen vom Umwelt- und Technik-Center geprüft worden.

Es hat im Jahr 2006 und 2007 zwei Besprechungen – die Besprechungsprotokolle habe ich mir herausgesucht – mit der ASFINAG gegeben, die ebenfalls sehr interessiert war. Wir hätten versucht, ob wir nicht im Bindermichtunnel einen Versuch machen können, nicht mit Asphaltbelag, der nach wie vor nicht funktioniert und nicht wirklich Ergebnisse bringt, sondern mit den Seitenwänden. Aber es war dort die Lichteinstrahlung zu wenig. Es hätten die Lampen mit UV-Beleuchtung gemacht werden müssen, es wären fünf- bis zehnmal mehr Lampen gebraucht worden, die nämlich weniger Licht geben, wenn sie UV dabei haben, also von den Energiekosten oder von der Umweltseite kontraproduktiv sind und es hätte die ganze Installation in einem Tunnel UV-beständig sein müssen und das ist sie nicht. Daher ist die ASFINAG damals wieder zurückgetreten.

Und dann haben wir ebenfalls im Jahr 2007 noch geprüft, ob wir es nicht vielleicht auf irgendeinem Platz machen könnten, aber es ist mit der Beschattung auch auf einem Parkplatz nicht möglich und die Reaktionszeit hat auch noch einen Einfluss gehabt. Also wenn die nur kurz drüberfahren und dann wieder die Sonne da ist, dann ist das sofort wieder verflüchtigt, das geht auch nicht.

Ich habe damals im September 2006 an das Institut für physikalische Chemie der Johannes Kepler Universität geschrieben und habe ersucht, dass sie sich des Projektes annehmen, und die haben mir damals schon die ein Prozent gesagt und darum haben wir das damals schon vernachlässigt. Darum hat es mich interessiert, aber es ist noch nicht wirklich etwas weiter-

gegangen und darum werden wir uns der Stimme enthalten.“

Die Vorsitzende erteilt der Berichterstatteerin das Schlusswort.

Gemeinderätin Walcher:

„Ich finde es schade, wie in der Technologiestadt Linz offenbar mit neuen Technologien umgegangen wird. (Zwischenrufe, Unruhe) Ich finde es auch schade, dass die Kollegin Stadträtin Schobesberger in einer Presseaussendung vom 7. September 2010 an und für sich das Gegenteil behauptet von dem, was sie heute hier behauptet hat, nämlich dass Stickstoffdioxid NO² sehr wohl ein Problem ist.

Sie sagte nämlich: ‚In den vergangenen zwei Jahren machte im Raum Linz wie in anderen Gebieten auch die Einhaltung von zwei Grenzwerten Schwierigkeiten, nämlich die Jahresmittelwerte für Stickstoffdioxid NO² und die Tagesmittelwerte für Feinstaub. Im Raum Linz finden sich bei der Stickstoffdioxidbelastung unterschiedliche Immissionsniveaus. Hochbelastete Bereiche liegen direkt an stark befahrenen Straßen und hier werden die Grenzwerte deutlich überschritten.‘

Dann laden Sie noch die Fraktionen ein, konkrete Vorschläge zu diesem Thema einzubringen. Das habe ich heute hiermit gemacht, ich sehe, es ist nicht erwünscht und nehme die Ablehnung meines Antrages zur Kenntnis. Danke schön.“

Stadträtin Mag.^a Schobesberger zur tatsächlichen Berichtigung:

„Ich habe zwei tatsächliche Berichtigungen hier anzubringen. Völlig korrekt ist, dass wir in Linz Probleme vor allem mit Stickstoffdioxid und mit Feinstaub haben. Was ich vorhin gesagt habe, war die Aufklärung dahingehend, dass uns eine Verminderung der Stickstoffdioxidbelastung, wie Sie im Antrag schreiben, nicht hilft, wenn es um die Verminderung oder Verhinderung von Smog geht, weil Smog nicht von Stickstoffdioxid hervorgerufen wird, sondern von Schwefeldioxid. Das ist das eine.

Und zum anderen möchte ich sagen, völlig korrekt ist, dass ich die Fraktionen zum damaligen Zeitpunkt eingeladen habe, Vorschläge einzubringen, was Frau Klitsch auch gemacht hat. Und die Vorschläge von Frau Klitsch wurden selbstverständlich dem Land übermittelt und sind teilweise im Maßnahmenpaket aufgenommen worden.

Das, was Sie heute vorschlagen, hat damals meine Dienststelle vorgeschlagen und daher ist das auch im Maßnahmenpaket Luft verankert. Das ist seit 2010 verankert und festgeschrieben, Frau Kollegin.“ (Beifall Die Grünen)

Die Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (25), ÖVP (16) und Die Grünen (7) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, und Gemeinderat Reiman mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Stadtrat Wimmer berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

P SEKTORALES BETTELVERBOT FÜR DIE LINZER INNENSTADT

und führt aus:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Damen und Herren, man sieht wieder einmal die negativen Folgen der Geheimhaltung in den Ausschüssen und so ist es natürlich nicht verwunderlich, dass nicht jeder alles weiß, was in anderen Ausschüssen besprochen wird, nachdem er nicht darüber reden darf.

Ich komme zur Sache, bevor mir ein Ordnungsruf erteilt wird und darf auf einen Neujahrsvorsatz unseres Herrn Bürgermeisters eingehen, wenn es mir gestattet ist, das so zu formulieren. Er hat nämlich im Sinne seiner Neujahrsrede bei seinem traditionellen Empfang darauf hingewiesen, dass das Bettlerproblem in Linz wirklich um sich greift, dass hier einiges zu tun ist und dass das Problem von vielen Bürgerinnen

und Bürgern unserer Stadt als ein immer größeres wahrgenommen wird. Ich freue mich, dass das hier ein Punkt ist, wo ich über parteipolitische Grenzen hinweg dem Bürgermeister zustimmen kann und hoffe darauf, dass es hier zu einer Umsetzung kommt.

Ich habe mir erlaubt, im Sinne dieses bürgermeisterlichen Auftrages, der moralisch an mich ergangen ist, eine erste Maßnahme vorzubereiten und einen Schritt für ein sektorales Bettelverbot in der Linzer Innenstadt zu setzen.

Wir wissen alle, es gibt ein Gesetz, das Betteln im Sinne der organisierten Bettelei, Betteln mit Minderjährigen und aggressives Betteln verbietet. Gewisse andere Formen des Bettelns, kurzum das schlichte Betteln ist davon nicht erfasst. Gerade aber im Linzer Innenstadtbereich in der Landstraße, die bekanntlich die größte Menschenfrequenz in ganz Oberösterreich aufweist, greift ein solches Bettelverbot natürlich nur teilweise, da es dort genug Bettlerbanden gibt, die entweder so verdeckt agieren, dass man ihnen die Organisiertheit nicht nachweisen kann, oder da es dort genug Bettler gibt, die sich zwar nicht aggressiv verhalten oder es vor Exekutivorganen nicht nachweisbar ist, die aber dennoch die Menschen, die dort unterwegs sind und in Ruhe ihre Wege gehen wollen, sei es zur Arbeit, sei es nach Hause oder einfach nur zum Einkauf, dort belästigen.

Daher fordern wir, dass in der Linzer Innenstadt ein sektorales Bettelverbot im Sinne einer ortspolizeilichen Verordnung eingerichtet werden soll. Wir glauben, dass dadurch ein wesentlicher Beitrag, eine deutliche Verbesserung zur Lebensqualität, Ruhe, Ordnung und Sauberkeit in der Linzer Innenstadt geleistet wird und dass somit die Stadt Linz in diesem Bereich eine Vorreiterrolle übernehmen kann und damit die nächste BürgerInnenbefragung, die unser Herr Bürgermeister vorstellen wird, dann vielleicht noch etwas besser ausgeht und bei der kommenden Neujahrsrede positiv auf die Erfolge dieses sektoralen Bettel-

verbotes verwiesen werden kann und nicht mehr das Problem der Bettelei in der Innenstadt beklagt werden muss. Wir hoffen auf zahlreiche Zustimmung zu diesem Antrag. (Beifall FPÖ)

Der Gemeinderat beschließt:

„Die zuständigen Stellen im Linzer Magistrat werden beauftragt, in Hinblick auf das Bettlerunwesen in Linz die Zulässigkeit einer ortspolizeilichen Verordnung gemäß Art 118 Abs. 6 Bundesverfassungsgesetz (B-VG) hinsichtlich eines sektoralen Bettelverbotes in der Linzer Innenstadt (entlang der Landstraße) zu prüfen und gegebenenfalls einen Verordnungsentwurf dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bedeckungsanschlag: Eine Bedeckung allfälliger anfallender Kosten soll durch Umschichtung im Rahmen des Budgets erfolgen und ist in den kommenden Voranschlägen zu berücksichtigen.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Mag. Pühringer:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, wertvolle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, meines Erachtens sind schon unterschiedliche Meinungen zulässig, wie der öffentliche Raum genutzt oder nicht genutzt werden kann. Was meines Erachtens für eine sachliche Diskussion nicht zulässig und nicht hilfreich ist, ist die Verrohung der Sprache, die in diesem Antrag herauskommt und die Polemik, die dort zu lesen ist.

Herr Stadtrat Wimmer, Sie sprechen von Bettlerunwesen, Sie sprechen – und haben es jetzt wieder getan – von Bettlerbanden. Die Bevölkerung werde belästigt und bedroht und Sie suggerieren damit, dass das einfach passieren kann. Also Bedrohungen und Belästigungen sind, unabhängig von Bettelverboten, sowieso verboten, also von dem her braucht man nichts machen.

Also diese sprachliche Verrohung, denke ich, macht eine sachliche Diskussion zu

Sinn und Unsinn von Bettelverboten oft schwierig.

Inhaltlich möchte ich meinen, dass im Umgang mit dem Betteln deutlich wird, wie man mit den Schwachen in einer Gesellschaft umgeht. Meines Erachtens zeigt da die FPÖ ihr wahres Gesicht, wenn sie sagt, dass sie die Armen weghaben und nicht die Armut bekämpfen will und das ist der Sinn und Zweck von allen Bettelverboten. In diesem Sinn sollte sich die FPÖ überlegen, die sich des Öfteren als soziale Heimatpartei bezeichnet, ob sie das Soziale wirklich noch wahren Gewissens voranstellen kann.

Ich ersuche Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass es Menschen gibt, die zum Teil aus der Slowakei und Ungarn, aber auch zum Teil aus Österreich nach Linz kommen, sich in die Landstraße setzen bei minus 15 Grad oder noch kälter, ganze Tage verbringen und nach Studien von Experten dann 20 bis 30 Euro am Tag erbetteln. Wenn es hoch hergeht, dann vielleicht das Doppelte, aber so in einer Größenordnung bewegen wir uns, was die Menschen an einem Tag quasi erbetteln können. Diese Menschen sehen keine andere Möglichkeit, als auf diese Art und Weise zu Geld zu kommen.

Wir haben Gott sei Dank offene Grenzen und es gibt Gott sei Dank den Eisernen Vorhang nicht mehr, so dass Menschen aus der Slowakei und aus Ungarn – und auf die zielen Sie in erster Linie, glaube ich – zu uns kommen können. Sie haben keine andere Möglichkeit und Sie wollen ihnen diese Möglichkeit jetzt auch noch nehmen.

Das, was meines Erachtens wichtig und die Meinung der Grünen ist, dass die Armut an sich bekämpft wird. Es ist schon klar, dass wir nicht von Linz aus die Armut in ganz Europa und in der ganzen Welt bekämpfen können. Wir können unsere Beiträge dazu leisten, wir leben in einem großen Europa, es gibt die Europäische Union und andere Institutionen, die geschaffen wurden, damit wir die Armut außerhalb der nationalstaatlichen Grenzen bekämpfen können.

Meines Erachtens muss es eine reiche Gesellschaft aushalten, dass es diese Armut gibt. Sie soll ein ständiger Anstoß sein, die Armut zu bekämpfen und nicht die Armen zu verdrängen. Wir werden natürlich aus diesen Gründen, die ich jetzt genannt habe, diesem Antrag nicht zustimmen, wir werden dagegen stimmen. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Spannring:

„Sehr verehrte Damen und Herren, eine Frage stelle ich mir bei diesem Antrag schon. Warum stellt das für Sicherheit zuständige Stadtsenatsmitglied einen Antrag im Gemeinderat, dass die Erlassung einer Verordnung für mehr Sicherheit – ich nehme an, das ist die Intention – überprüft werden soll. Das ist der Beschlusstext. Ich hoffe, dass das die Ausnahme ist und du nicht für jegliches Handeln in deinem Ressort in Hinkunft einen Beschluss vom Gemeinderat brauchst.

Wir wollen, dass diese Frage überprüft wird, daher unterstützen wir diesen Antrag. Die Überprüfung hättest du aber auch ohne Gemeinderatsbeschluss in die Wege leiten können. Danke sehr.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kollegen und Kolleginnen, der Kollege Pühringer hat schon sehr viel Richtiges zum Thema gesagt und die richtigen Kritikpunkte am vorliegenden Antrag der freiheitlichen Fraktion angemerkt. Ich möchte das noch einmal verstärken. Wie gesagt, es geht darum, die Armut zu bekämpfen und nicht die Armut zu kriminalisieren.

Ich möchte aber noch anmerken, dass es uns, die wir offensichtlich auf die bessere Seite des Lebens gefallen sind, doch zumutbar ist, das anzusehen, was sich in der Landstraße mitunter abspielt.

Es ist zumutbar, zu sehen, dass es offensichtlich Menschen gibt, die in einer derartigen Notlage sind, dass sie sich das antun müssen, bei minus 15 oder 20 Grad in einer demütigenden Haltung in der

Landstraße zu knien und um das zu betteln, zu dem sie wahrscheinlich anders nicht kommen können. Und ich denke, es ist eine grundsätzliche humanistische Haltung, Armen gegenüber einen Respekt zu zeigen und sie nicht noch zusätzlich mit solchen Vorgaben zu sekkieren und ihnen das Leben noch schwerer zu machen als es für sie sowieso schon ist. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Vizebürgermeister Luger:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, meine Damen und Herren, es ist, glaube ich, angebracht, zwischen der Polarisierung, die hier durchaus schon in rituellen Gefechten zwischen FPÖ auf der einen Seite und den Grünen auf der anderen Seite geführt wird, die Dinge ein bisschen differenzierter zu sehen und hier die Rolle der ÖVP ein bisschen zu beleuchten.

Erstens, ich glaube, dass alle Parteien in diesem Gemeinderat dafür eintreten, dass wir eine Gesellschaft haben, in der niemand gezwungen ist, zu betteln. Für einen Gutteil von Menschen, die mittellos sind, gilt diese Grundsatzsicherung zum heutigen Tag bereits und niemand hat es notwendig, der in dieser Stadt lebt, egal ob es eine körperliche Beeinträchtigung ist, ob es sich um blinde Menschen handelt oder um Menschen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können, zu betteln, weil es dafür ein ordentliches Sozialsystem gibt.

Der Bettel, mit dem wir in dieser Stadt konfrontiert sind, ist über weite Strecken objektiv ein importierter aus Nachbarländern, die inzwischen zur EU gehören, wie der Slowakei oder Ungarn, aber auch immer mehr aus den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens, wo es offensichtlich organisierten Bettel gibt, wo Menschen aus Bosnien und der Republik Serbien ganz bewusst nach Linz gekarrt werden, um hier zu betteln.

Aus meiner Sicht ist es auch humanistische Politik, wenn Menschen von skrupellosen Geschäftemachern ausgebeutet werden, dass man hier klar sagen muss, diese Art

des organisierten und partiell aggressiven, aber eben nur partiell aggressiven Bettels, diesen Bettel wollen wir in dieser Stadt nicht. Auch deswegen, weil hier oftmals ein Eindruck erweckt wird, als würde das österreichische Sozialsystem nicht funktionieren. Und hier, glaube ich, haben wir das Recht, dass wir entscheiden wollen, ob solche Bettelaktionen erlaubt werden oder nicht.

Und jetzt schließt sich der Kreis zu dem, warum die Position der Freiheitlichen Partei und die wahrscheinlich sehr bewusst windelweiche Position der ÖVP – ein bisschen ein Durchlavieren – hier so ausfallen. Denn so lange es möglich gewesen ist, den Bettel über die Sammelverordnung landesgesetzlich geregelt zu gestatten oder nicht zu gestatten, haben wir diese Möglichkeit in der Stadt gehabt, als Bezirksverwaltungsbehörde eine Bettelerlaubnis auszustellen oder nicht.

Jetzt ist es tatsächlich so, dass es eine Verschlechterung für den Handlungsspielraum in der Kommune aus rechtlichen Gründen gibt, dass nur aggressives und/oder organisiertes Betteln möglich ist, um ein Einschreiten –in diesem Fall der Exekutive, und so soll es aus Sicht der Sozialdemokratie auch sein - einleiten zu können.

Nur den Tatbestand des aggressiven Bettels erfüllt dieser international organisierte, die menschenverachtende Bettel objektiv nicht. Deswegen wäre es eigentlich die konsequentere Antragstellung am heutigen Tag, zu sagen, wir möchten wieder den alten Rechtszustand auf Landesebene haben - einen Rechtszustand, den zumindest die Linzer Grünen und die Linzer Sozialdemokratie besser heißen haben als die Novellierung des Polizei-Befugnisgesetzes, mit deren negativen Auswirkungen wir jetzt konfrontiert sind. Das geht an die Adressen von ÖVP und FPÖ, deren Landesparteien mit Zustimmung ihrer beiden Stadtparteien diese Verschlechterung herbeigeführt haben.

Und den Grünen wünsche ich viel Kraft für euer Eintreten auf Landesebene für eine

Novellierung, für die Wiederherstellung des früheren rechtlichen Zustandes - ihr seid ja in einer Koalition mit der ÖVP in Oberösterreich auf Landesebene -, dass ihr euer Gewicht dort einbringt, dass es möglich wird, dass Die Grünen das zur Vetofrage auf Landesebene machen, wie sie das bei Fragen der Solarenergie und woanders auch gemacht haben. Dann wären wir eine Spur näher an einer ehrlichen politischen Diskussion in diesem Gremium.

Und weil das ein Täuschungsmanöver ist, weil dieser Antrag und die Position der ÖVP, wie sie hier präsentiert worden ist, keine Lösungsmöglichkeiten für uns sind, sondern ein bisschen politische Schaumschlägerei ist, wird sich die Sozialdemokratie der Stimme enthalten.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Mag. Pühringer:

„Ich möchte nur versuchen, einen Mythos aufzuklären oder dass der nicht weiter tradiert wird, der Mythos von wegen es werden Menschen nach Österreich aus dem ehemaligen Jugoslawien hergekart und werden gezwungen, da zu betteln. Es ist von der Staatsanwaltschaft Graz zweimal geprüft worden, ob Menschen wirklich gezwungen und hergekart werden, aber die Staatsanwaltschaft Graz hat keine Indizien dafür finden können.

Was es schon gibt ist, dass sich Menschen absprechen und gemeinsam mit dem Auto da herfahren. Aber die Idee, es gäbe Bettlerbanden... Zwischenrufe, Unruhe ... woher wisst ihr das? (Zwischenrufe, Unruhe) Also die Staatsanwaltschaft Graz ist zur Erkenntnis gekommen - das ist jetzt nicht für Linz, sondern für Graz geprüft -, dass Menschen schon gemeinsam mit dem Auto hierher fahren und gemeinsam betteln, aber dass es Bettelbanden gäbe, wo dann irgendwie das Geld abgeliefert werden müsste an irgendwelche kriminelle Organisationen, das ist ein Mythos, den ich offensichtlich da nicht aufklären kann. Ihr habt da falsche Bilder im Kopf und ich ersuche euch, diese Bilder in eurem Kopf zu berichtigen.“ (Zwischenrufe, Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Lenger:

„Ich möchte nur Herrn Vizebürgermeister Luger in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, wenn er jetzt Die Grünen auf Landesebene verantwortlich macht, was da in Linz mit Ordnungsdienst und Bettelverbot oder nicht Bettelverbot passiert - Herr Vizebürgermeister Luger, wer war es denn, der in Linz den Ordnungsdienst ermöglicht hat? Ohne den würden wir uns die ganze Diskussion sparen.“ (Zwischenrufe, Unruhe)

Die Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Stadtrat Wimmer:

„Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf mich ganz herzlich bedanken für die ausgezeichnete Mitarbeit meiner beiden Ausschussmitglieder, die sogar Namensvetter sind, Gemeinderat Markus Pühringer und Gemeinderat Markus Spannring.

Es erschließen sich mir völlig neue Erkenntnisse, die ich bisher in den doch schon etwas zahlreicheren Ausschusssitzungen völlig versäumt habe.

Ich darf mich zuerst Gemeinderat Markus Pühringer widmen, der hier eine gewisse sprachliche Verrohung erkannt hat, die offenbar eher darauf zurückzuführen ist, dass die Sprache, so wie sie hier in dem Antrag dargestellt wird, eher der durchschnittlichen Norm, den Tatsachen und der Realität entspricht und seine eigene Sprache und Denkweise wohl zu einer sehr groben Verharmlosung neigt.

Denn wenn Sie Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen - und ich glaube, da muss man nicht nach Graz fahren, Herr Gemeinderat Pühringer, die sehen Sie auch in Linz, wenn Sie an der Landstraße auf- und abgehen - ohne Beine sehen, dann erklären Sie mir bitte, wie die mit dem Auto nach Linz gefahren sind ohne Beine, bitte erklären Sie mir das. Sie haben sonst auch immer schlaue Antworten parat, um Ihre Standpunkte hier zu rechtfertigen. Das, muss ich sagen, kann ich mir nicht erklären. Vielleicht haben die Leute ein technisch so

hochversiertes Fahrzeug, wo man keine Beine braucht, um damit fahren zu können, das weiß ich nicht. Aber wenn sie so ein Fahrzeug haben, müssen sie wahrscheinlich nicht betteln.

Das führt zu der Annahme, dass es hier sehr wohl darum geht, dass organisierte Gruppen - man kann es auch anders bezeichnen als Banden, man kann sagen, es sind Gruppen, Organisationen, Vereinigungen, das ist mir ganz gleich, mir geht es hier nur um eine Sache: Es gibt Menschen, die hier andere Menschen ausnutzen, um aufgrund der schlechten Lebenslage, in der sie sich befinden, wegen irgendwelcher Hautkrankheiten, Beeinträchtigungen, kleiner Kinder oder was immer versuchen, hier Mitleid hervorzurufen und Leuten das Geld aus der Börse zu locken.

Wenn Sie das nicht sehen, Herr Gemeinderat Pühringer, lade ich Sie ein und biete Ihnen an, mit dem Sicherheitsausschuss einen Lokalausweis auf der Linzer Landstraße zu machen in einer der nächsten Sitzungen. Dann schauen wir uns das an, welche Leute es dort sind und dann werden Sie draufkommen, dass die Österreicher, die bedürftig sind, tendenziell eher Straßenmusikanten oder Kupfermückenverkäufer sind und dass die Personen, die hierher gebracht werden und teilweise kein Wort Deutsch sprechen, eher die Bettler sind. Da kann man streiten darüber, wir schauen es uns gerne an.

Wenn Sie sich Graz genau angeschaut haben und so motiviert sind, wird es wohl nicht daran scheitern, sich die Situation in Linz etwas näher anzusehen.

Sie haben hier auf die soziale Heimatpartei hingewiesen, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht, für uns gehört beides zusammen, sozial und Heimat. Weil wir in erster Linie als Partei, die für Linz und für Österreich zuständig ist, uns den Linzern und den Östreichern verpflichtet fühlen, sozial und Heimat.

Bei Ihnen ist das anders. Sie sind sozial offenbar so, wenn ich Ihre Worte richtig

interpretiere, dass unser Geld, unser Vermögen umverteilt werden soll in aller Herren Länder und dann bei uns die eigenen armen Leute nichts mehr haben und sich dann womöglich die Wohnung oder die Heizung nicht leisten können. Das verwundert mich und das erklären Sie bitte Ihren Wählerinnen und Wählern am besten vor 2015.

Nächster Punkt, Sie haben behauptet, Bettel bringt nichts ein. Es hat ein mir persönlich bekannter Journalist einer Linzer Tageszeitung selbst einen Feldversuch gemacht und hat sich in die Landstraße gesetzt und dort sicherlich ohne die professionellen Tricks, die so manche Bettlerorganisation hat, eine Stunde lang um Almosen gebeten und hat dort eine Summe von deutlich über zehn Euro erzielt.

Da muss ich schon eines sagen, das muss man einmal nachmachen, denn es gibt genug ‚konstruktive‘ Berufe, wo tatsächlich Leistung erbracht wird und wo nicht unbedingt zehn oder 15 Euro netto verdient werden in einer Stunde. Ich weiß nicht, ob Sie sich damit beschäftigt haben, kann Ihnen aber die Daten der Statistik Austria oder diverser anderer Organisationen ans Herz legen, wo klargelegt wird, dass es auch Gehälter unter zehn Euro Stundenlohn netto gibt und somit die Bettel offenbar doch ganz lukrativ ist.

Das heißt, Herr Gemeinderat Pühringer, ich schätze Ihr Engagement durch zwei Wortmeldungen bei diesem Thema. Bitte setzen Sie es dahingehend um, dass Sie sich tatsächlich für die Linzer interessieren, die Not leiden und nicht für Personen, die hier hereinkommen, um die Gutmütigkeit der Linzerinnen und Linzer auszunutzen. Bitte machen Sie das! (Beifall FPÖ)

Des Weiteren darf ich mich noch dem zweiten, besonders fleißigen Ausschussmitglied widmen, Gemeinderat Markus Spannring, der einen interessanten Hinweis gegeben hat, nämlich dass juristische Prüfungen offenbar von den Referenten selbst angeordnet werden können. Der

Personalverantwortliche und Präsidialdirektor lächelt mich zwar gerade sehr gutmütig an, ich glaube aber nicht, dass mir ein direktes Weisungsrecht zukommt. Wenn es doch so sein sollte, werde ich in Zukunft sehr intensiv davon Gebrauch machen. Ich habe es aber bisher so verstanden, dass es nicht möglich ist, diverse Weisungen in anderen Geschäftsgruppen zu erteilen.

Zwischenruf **Gemeinderat Spannring:**
„Es gibt auch ein Ersuchen!“

Stadtrat Wimmer weiter:

Vielleicht ist das im Rahmen des Landes Oberösterreich, wo die Österreichische Volkspartei mitzureden hat, etwas anderes. Es ist zwar Gemeinderat Spannring Stadtparteisekretär und nicht Landesparteisekretär, hat aber vielleicht auch da Einblick in die Landespartei. Meines Wissens ist es so, dass auf Landesebene, bevor ein Gesetz beschlossen wurde, eine juristische Prüfung stattgefunden hat vom Verfassungsdienst des Landes Oberösterreich.

Daher finde ich es ganz normal, dass in einem Punkt, der manchmal kritisch diskutiert wird, zuerst geprüft wird, was man macht und auf Grundlage dieser Prüfung wird dann im Detail umgesetzt. Das ist, glaube ich, intelligenter, als herzugehen, eine Formel hier hereinzuschreiben, wo die fertige Verordnung drinnensteht oder diese Verordnung hier auf hopp oder dropp annehmen oder ablehnen zu lassen. Denn wenn dann etwas danebengeht, braucht man sich nicht wundern, wenn der Verfassungsgerichtshof oder der Verwaltungsgerichtshof das Ganze aufhebt. Das soll schon einmal vorgekommen sein und wird in Zukunft vielleicht wieder einmal vorkommen, wenn Gesetze ohne hinreichendes Überlegen oder auch Verordnungen einfach erlassen wurden.

Insofern freut mich die Mitarbeit, ist das vielleicht insofern besser kanalisiert, wenn es hier konkrete Vorschläge gibt. Setzen wir uns gerne zusammen und finden bereits eine rechtlich wasserdichte Formulierung als offenbar juristisch kundige Mitarbeiter, die man dann eins zu eins bereits dem Gemeinderat vorlegen und damit die Arbeit abkürzen kann.

Und wenn es so sein sollte, dass mir da ein Weisungsrecht zukommt, ersuche ich anschließend um kurze Information und werde mich dann mit einem Bier dafür bedanken und öfter davon Gebrauch machen.

Ich ersuche dennoch um Zustimmung zu diesem Antrag.“ (Beifall FPÖ)

Die Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmhaltung der SPÖ-Fraktion (25) sowie bei Gegenstimmen der Fraktion Die Grünen (7) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderätin Schmied verlässt die Sitzung um 18.55 Uhr.

Stadtrat Wimmer berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

Q IDEENWETTBEWERB FÜR MEHR VERKEHRSSICHERHEIT

und führt aus:

„Geschätzte Damen und Herren, ich hoffe auf eine rasche Abhandlung durch eine geringere Anzahl kritischer Wortmeldungen zu meinem Standpunkt.

Bei diesem Antrag möchte ich nur kurz replizieren, nehme mir zu Herzen, was im heutigen Gemeinderat bereits gesagt wurde. Es wurde eine Fraktion sehr scharf dafür kritisiert, dass sie immer Aufträge an andere Regierungsmitglieder von anderen Parteien erteilt. Ich habe versucht, daraus zu lernen und ein positives Beispiel zu setzen und habe einen Auftrag sowohl sozusagen in gemeinsamer Abwicklung an ein anderes Regierungsmitglied und zugleich an mich selbst erteilt.

Und zwar geht es darum, einen Ideenwettbewerb für mehr Verkehrssicherheit durchzuführen in Kombination durch den Sicherheitsreferenten und den Verkehrs-

referenten. Wir glauben, dass hier in dieser Form der Bürgerbeteiligung nicht nur die Ideen aus der Bevölkerung gut genutzt werden können, auch der Eindruck der Linzerinnen und Linzer, dass sie in der Kommunalpolitik ernst genommen werden, kann verstärkt werden. Und selbst wenn man nur eine kleine Anzahl von Unfällen durch diesen Ideenwettbewerb kostengünstig vermeiden kann, wäre das, glaube ich, eine sehr, sehr sinnvolle Sache, wo man mit wenig Aufwand wirklich Großartiges bewirken kann.

Der Gemeinderat beschließt:

„Die für Verkehr und Sicherheit zuständigen Stadtsenatsmitglieder werden beauftragt, gemeinsam einen Ideenwettbewerb für mehr Sicherheit auf den Linzer Straßen durchzuführen, um der Bevölkerung eine Plattform zu bieten, Gefahrenquellen im Verkehr aufzuzeigen. In der Folge sind Verbesserungsmaßnahmen zum Schutz der Verkehrsteilnehmer zu ergreifen. Weiters soll es seitens der Stadt eine kleine Anerkennung für die wirksamsten und besten Vorschläge geben.“

Bedeckungsantrag: Eine Bedeckung allfälliger anfallender Kosten soll durch Umschichtung im Rahmen des Budgets erfolgen und ist in den kommenden Voranschlägen zu berücksichtigen.“

Ich hoffe auf eine breite Zustimmung.“
(Beifall FPÖ)

Wortmeldung **Gemeinderat Benedik:**

„Sehr geehrter Herr Stadtrat Wimmer, ich hoffe, dass Sie durch mich nicht dann später an einer Namenspsychose leiden. Nach Markus Pühringer und Markus Spannring ist mit mir der Dritte dran, der nicht wirklich Ihrer Meinung ist.“

Zu Beginn meiner kurzen Wortmeldung möchte ich aber gut sein zu Ihnen und ich sage das wirklich frei von jeglicher Polemik, ich finde es gut, dass Sie sich und Ihre Fraktion mit der Frage der Straßenverkehrssicherheit in Linz auseinandersetzen.

Ich gebe Ihnen Recht, wie es im Antrag formuliert ist, dass man jeden Unfall, der vermieden werden kann, vermeiden muss. Das gilt natürlich besonders für solche, die mit Personenschäden oder sogar mit Todesfällen in Verbindung kommen.

Wo ich Ihnen aber gar nicht Recht geben kann - da muss ich fast meinen Kollegen Forsterleitner noch heranziehen, der verschiedene Methoden bei ÖVP-Anträgen herausgefunden hat -, beim Umgang mit der Unfallstatistik. In Ihrem Antrag sind Sie nicht ganz seriös. Ich habe versucht, damit seriös zu sein und habe mir die Statistik angesehen.

Wir haben bei der letzten Erhebung 35.500 Unfälle mit Personenschäden österreichweit und in Linz haben wir zum Glück lediglich dreihundertstel, drei Prozent davon. Ich glaube, es sind ungefähr 1100 und ich muss sagen, das ist auch gut so.

Wenn ich mir den Jahresvergleich ansehe, dann ist es sogar noch besser, da muss ich Sie dann tatsächlich korrigieren, denn diese Zahlen sind nicht, wie Sie im Antrag schreiben, konstant geblieben, sondern sie sind glücklicherweise stetig gefallen. Also ich habe es so in Erinnerung, die letzte Zahl ist minus elf Prozent. Wir haben jedenfalls heute den niedrigsten Stand an Unfällen mit Personenschäden, die wir in allen Zeiten in Linz verzeichnen konnten.

Wie es zu dem gekommen ist, wie es sich so verbessern hat können, dafür gibt es viele Ursachen, ebenso viele wie Unfälle. Gründe für Unfälle - Sie wissen es alle, ich möchte trotzdem ein paar erwähnen - sind nicht nur die Straßensituation oder die Lokalität, wo der Unfall passiert, sondern das ist Fahren unter Einfluss von Alkohol, Medikamenten, Drogen, überhöhte Geschwindigkeit, Telefonieren während der Fahrt, Missachtung von Verkehrsregeln usw. Und ich könnte Ihnen wahrscheinlich noch zig weitere Gründe nennen, die Unfälle verursachen und noch gar nichts mit Gefahrenstellen zu tun haben, die Sie in Ihrem Ideenwettbewerb erforschen möchten.

Erfahrene Institutionen - Sie haben selber das Kuratorium für Verkehrssicherheit genannt - setzen sich damit seit Jahrzehnten auseinander. Ebenso der VCÖ, hervorragende Fahrerorganisationen wie der ARBÖ, natürlich auch die Polizei oder die ASFINAG tun das und zuletzt hat das Verkehrsministerium sich natürlich mit dem Thema auseinander gesetzt, indem beispielsweise ein Verkehrssicherheitsprogramm bis 2020 aufgelegt wurde. Genau in diesem Verkehrssicherheitsprogramm ist ein Wettbewerb enthalten, der Ihrer Idee sehr gleicht, nämlich der Wettbewerb ‚Aquila‘, der seit vielen Jahren besteht, und das ist der österreichische Verkehrssicherheitspreis, den Sie vielleicht kennen. Da gibt es eine Unterkategorie, nämlich Gemeinden, wo es im Grunde genommen genau darum geht, Ideen für eine erhöhte Verkehrssicherheit zu entwickeln.

Daneben haben wir 2011 eine Novelle des Bundesstraßengesetzes gehabt. Da geht es im Wesentlichen um eine bessere Regelung des Verkehrssicherheitsmanagements und da ist per Gesetz und Verordnung die Ausbildung von zertifizierten StraßenverkehrssicherheitsgutachterInnen festgelegt. Aber wie gesagt, auch da geht es darum, dass die Überprüfung der Verkehrssicherheit zu keiner Larifari-Aktion verkommt.

Im Bund und in den Organisationen sind wir somit sehr gut aufgestellt und ich glaube, es wird Sie nicht verwundern, wenn ich das für die Stadt durch die hervorragende Arbeit unseres Verkehrsreferenten, Vizebürgermeister Luger, auch so sehe. Er hat nämlich ein Budget von 720.000 Euro, in altem Geld zehn Millionen Schilling, die er regelmäßig - und nicht nur auf Zuruf - für Schutzwege, Ampelanlagen, für die spezielle Programmierung von Ampelanlagen, für die Errichtung von Verkehrsinseln usw. investiert. Es passiert das, wie gesagt, laufend. Und was ganz besonders ist - und da haben wir heute die Diskussion mit den Begegnungszonen als Beispiel gehört -, es passiert mit Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, der Polizei, Kindern, Eltern und auch Jugendlichen.

Wenn ich mir das sozusagen als Gesamtsumme vor Augen führe, muss ich sagen,

die Idee eines Wettbewerbes ist im Vergleich zu dem vielen, was es gibt, eine doch recht kleine Marketingaktion. Und wenn ich dann noch zum Schluss den Vorschlag sehe, dass die Kosten durch eine Umschichtung im Rahmen des Budgets erfolgen sollen, dann kann ich nur vermuten, dass das zu Lasten des bereits recht gut eingesetzten Verkehrsbudgets erfolgen würde. So gesehen können wir als Fraktion davon nur abraten und werden uns dementsprechend enthalten.“ (Beifall SPÖ)

Schlusswort **Stadtrat Wimmer:**

„Ich glaube, der Antragstext ist offensichtlich nicht klar genug formuliert gewesen oder nicht verstanden worden, denn es ist dieser Preis, der vom Kuratorium für Verkehrssicherheit für Institutionen ausgeschrieben wird - wie beispielsweise für eine Gemeinde -, natürlich in keiner Weise gleichzusetzen mit einem Wettbewerb, wo jede Linzerin und jeder Linzer, jeder Einzelne seine Ideen einbringen kann. Denn ich glaube, es macht schon einen Unterschied, ob eine Gemeinde etwas einreicht oder ob jede Bürgerin und jeder Bürger einer Gemeinde sich an einer solchen Sache beteiligen kann.

Es ist nicht immer so, dass Bürgerbeteiligung hier herinnen von einer Mehrheit gewünscht wird - offenbar ein weiterer Punkt, wo dem nicht so ist. Ich hätte es für eine sehr gute Idee gehalten und bin weiterhin davon überzeugt, dass es sehr gut wäre, die Bevölkerung hier einzubinden und Vorschläge, die die Linzerinnen und Linzer erstatten, für mehr Verkehrssicherheit einzubinden. Wenn von zehn Vorschlägen sieben vielleicht schon da waren oder acht, sind immerhin noch zwei oder drei dabei, die man vielleicht noch nicht gekannt hat, wo man Verbesserungen vornehmen kann. Deshalb ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.“ (Beifall FPÖ)

Der Antrag wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (25), ÖVP (16) und Die Grünen (6) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderätin Lenger berichtet über den von der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten Antrag:

R VELO-CITY 2009 „CHARTA VON BRÜSSEL“

und führt aus:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, anlässlich der Velo-City-Conference im Mai 2009 wurde im Europäischen Parlament die ‚Charta von Brüssel‘ des ECF, der European Cyclists’ Federation, präsentiert und gleich vor Ort von einigen Städten unterzeichnet.

Darunter befinden sich klassische Radstädte wie Kopenhagen, München, Genf, aber auch Beginner Cities wie Krakau, Milano, Madrid, Timisoara, Izmir oder Brüssel selbst. Auch Graz gehört zu den unterzeichneten Städten. Über 60 Städte haben die Charta bisher unterzeichnet.

Mit der Unterzeichnung der Charta verpflichten sich die Städte, Fahrradmaßnahmen zu einem festen Bestandteil urbaner Mobilitätspolitik zu machen. Gleichzeitig ist die Charta ein Aufruf an die Europäische Union, das städtische Radfahren zu fördern. Ziel ist es, möglichst viele Städte zu einer Unterzeichnung der Charta zu bewegen.

Die Charta richtet sich einerseits an Städte, die sich folgende Ziele aneignen: 15 Prozent Mindest-Fahrradverkehrsanteil bis 2020, 50 Prozent Reduktion von Radverkehrsunfällen, die Verbesserung von Fahrradparken und Anti-Diebstahlsmaßnahmen, Projekte zur Förderung von Rad als Schul- und Arbeitsverkehrsmittel, Förderung von Fahrradtourismus, breite Zusammenarbeit mit Fahrrad-Lobbys, -Händlern und -Industrie sowie anderen beteiligten AkteurInnen, um diese Ziele zu erreichen und sie europaweit zu unterstützen.

Die Charta richtet sich andererseits auch mit einem Appell an die EU, diese Ziele zu unterstützen und darüber hinaus einen European Bicycle Officer in der Kommission zu installieren, adäquate Budgets für Radverkehrsförderungen zur Verfügung zu stellen, eine Arbeitsgruppe ‚Rad fahren‘ im EU-Parlament einzurichten.

Gerade im Radverkehr steckt ein enormes Potenzial für eine umweltverträgliche Ver-

kehrspolitik, das weiter erschlossen werden muss. Ziel einer zukunftsfähigen Mobilitätspolitik muss es unter anderem sein, das Radfahren attraktiver zu machen und den Anteil des Radverkehrs am gesamten Linzer Verkehrsgeschehen von derzeit zirka fünf bis sechs Prozent spürbar zu heben.

Wir haben schon etliche Schritte in diese Richtung gesetzt. Zum Beispiel heute mit den Begegnungszonen oder die Fahrradverträglichkeitsprüfung, die jetzt umgesetzt und im letzten Ausschuss vorgestellt wurde, die Verbreiterung der Nibelungenbrücke ist praktisch auf Schiene und der Radweg Linz – Bindermichl wird hoffentlich bald verwirklicht. Also wir sind auf einem guten Weg. Darum glaube ich, ist es wertvoll und sinnvoll, nun auch dieser Charta beizutreten, um diesen Weg weiterzugehen und stelle den Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

‚Der Linzer Gemeinderat befürwortet die Unterzeichnung der Velo-City 2009 ‚Charta von Brüssel‘ und ersucht das zuständige Stadtsenatsmitglied, die Charta im Namen der Stadt Linz zu unterzeichnen.‘

Ich ersuche um Annahme.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Ing. Hofer:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn der Radfahrverkehr in Linz gehoben werden soll in seinem Prozentsatz, dann kann, glaube ich, niemand dagegen sein. Aber was ich eher skeptisch betrachte, wenn ich mir die vergangenen Jahre und Jahrzehnte anschau, das ist, dass in Brüssel ein Officer installiert werden soll mit einem Gremium, das meines Erachtens mit keiner einzigen Maßnahme den Radfahrverkehr in Linz heben wird können.

Liebe Frau Lenger, wir dürfen nicht nur verwalten, wir müssen zur Tat schreiten. Und die Kosten der Verwaltung sind gewaltig. Und wenn ich denke, wir haben in

Linz einen Radfahrbeauftragten, das Land Oberösterreich hat einen Radfahrbeauftragten und sogar im Lebensministerium in Wien gibt es einen, Radverkehrskordinator heißt er dort, der heißt XXXXXX XXXX. Seine Aufgabe wird es sein, im Jahr 2013 eine Konferenz ‚Velo-City Wien‘ einzurichten, zu der 1500 Teilnehmer aus ganz Europa kommen werden.

Und auch eine Charta des Staates Frankreich habe ich gelesen, da steht drinnen, dass bis zum Jahr 2020 flächendeckend in ganz Frankreich zehn Prozent durch den Fahrradverkehr abgedeckt werden müssen.

Meine Damen und Herren, wenn ich mir anschau, vor 30 Jahren war der Verkehrsausschuss in Salzburg und hat sich dort den Radfahrverkehr angeschaut. Und da war der Radfahranteil ungefähr zehn bis elf Prozent, in Linz waren wir bei fünf bis sieben Prozent. Und wenn ich jetzt in der Begründung lese, dass wir in Linz bei fünf bis sechs Prozent sind, dann ist eigentlich gar nichts weitergegangen, muss ich sagen.

Ich appelliere daher an alle im Gemeinderat, dabei mitzuwirken, dass wir durch Vorbildwirkung auffallen, durch Information und vor allem Information an Jugendliche und an alle Berufstätige, auf die Vorteile des Radfahrverkehrs hinzuweisen. So günstig wie jetzt ist die Zeit noch nie gewesen.

Ich weiß nicht, ob Sie die letzten drei oder vier Tage die Entwicklung der Mineralölpreise beachtet haben. Die ist gewaltig, die steigt derartig, dass das Rad fahren wirklich eine gute Sache ist.

Meine Damen und Herren, eines noch, die Charta, von der da gesprochen wird, hat einige Punkte aufgelistet. Dass es zu einer Reduzierung des Radfahr-Unfallpotenziales kommen muss, ist klar, aber dass man da gleich von einer Zahl ausgeht, das scheint mir ein bisschen hoch gegriffen zu sein. Und dass es Verbesserungen beim Fahrradparken und bei den Anti-Diebstahlmaßnahmen geben muss, das, Herr Verkehrsreferent, muss man in Zukunft im Auge

behalten. Denn heute habe ich noch einen Platz bekommen vor dem Rathaus, aber im Sommer, wenn es dann wieder warm ist, bekomme ich für das Fahrrad keinen Platz mehr. (Zwischenrufe, Unruhe)

Meine Damen und Herren, eine breite Zusammenarbeit zwischen den Lobbyisten des Radfahrverkehrs und der Industrie und den beteiligten Akteuren, ich glaube, das ist ein Punkt, den man fördern muss. Aber bitte bleiben wir am Boden der Realität. Und wenn ich da gelesen habe, dass KTM eine große Innovation gemacht hat, zum Beispiel dass es schon Fahrräder mit einem Bremslicht gibt, da muss ich sagen, es wird alles getan, um für die Sicherheit auf dem technischen Sektor zu sorgen.

Und die Begegnungszonen, liebe Frau Lenger, die begrüße ich sehr, aber dass durch die Begegnungszonen der Fahrradverkehr gehoben wird, das wage ich wirklich zu bezweifeln.

Meine Damen und Herren, abschließend noch zum Herrn Vizebürgermeister Luger, der gemeint hat, die ÖVP sagt manchmal, in fünf Jahren muss das geschehen und manchmal in 30 Jahren - es hängt immer vom Objekt und von dem, was wir wollen, ab. Es gibt Forschungen im Sozialsektor, wie viele Heime wir noch brauchen, das geht bis zum Jahr 2035. Das ist eine lange, lange Zeit, da weiß man ganz genau, wie die Entwicklung der Bevölkerung sein wird. Auf dem anderen Sektor weiß man nicht, wie sich der Verkehr in Linz weiterentwickelt.

Und abschließend noch einen Satz, meine Damen und Herren. Wenn es uns gelingt, einen Teil oder einen Großteil des Zuwachses des Verkehrs auf das Fahrrad oder auf die Fußgänger verlegen zu können, dann haben wir, glaube ich, großes Glück, dann sind wir gut bestellt. Und der Aberglaube, den Individualverkehr umlegen zu können auf die anderen, den gesamten oder einen Teil davon, da können wir uns in Zukunft auch kein Federl auf den Hut stecken, das wird nicht stattfinden. Und ich sage noch einmal, jeder möge in seinem Umkreis

schauen, dass das Rad fahren wieder aktueller wird, wie es bisher gewesen ist. Ich danke.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderätin Köck:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Hofer, da fühle ich mich gleich angesprochen. Ich fahre fast jeden Tag mit dem Fahrrad, das passt zum Antrag der Verkehrssicherheit. Ich habe auch immer einen Helm auf und ich bin auch eine umsichtige Radfahrerin, also ich bin keine, die gegen die Einbahn fährt, die irgendwohin fährt, wo sie nicht fahren darf. Ich halte mich immer an die Straßenverkehrsordnung.

In einer urbanen Gesellschaft gibt es natürlich unterschiedlichste Formen von Mobilität und da gehört der Fahrradverkehr genauso dazu, wie der motorisierte Individualverkehr und der öffentliche Verkehr. Das brauchen wir nicht diskutieren und darum ist es gescheit und sinnvoll, dass wir uns da herinnen mit dem Radverkehr beschäftigen.

Wir werden daher als sozialdemokratische Fraktion den Antrag von Gemeinderätin Lenger unterstützen. Man muss aber schon eines sagen, damit du nicht zu optimistisch oder euphorisch wirst, Gerda, es gibt natürlich gewisse Rahmenbedingungen, die wir als Stadt nicht verändern können.

Da gibt es so Fakten wie die Topografie von Linz, die Berge, die uns umgeben, die lang gestreckte Lage, dass sehr viele Leute nach Linz einpendeln zum Arbeiten und auch so Dinge, dass es andere Ebenen gibt, die für den Verkehr zuständig zeichnen und vor allem die Verantwortung des Einzelnen. Deswegen, glaube ich, müssen wir uns schon die Ziele dieser Charta zwar irgendwie zu Herzen nehmen, dürfen aber nicht vergessen, dass wir die als Stadt alleine nicht erreichen können. Das wollte ich nur dazusagen, dass der Optimismus nicht zu groß ist.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Ortner:

„Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin,

sehr geehrte Damen und Herren, ich darf in dem Zusammenhang nur daran erinnern, werte Antragstellerin Gemeinderätin Lenger, dass die freiheitliche Fraktion vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht hat, der sichere Fahrrad-Abstellplätze zum Ziel gehabt hat, der war mehrstufig. Da haben damals Die Grünen zwar der Forderung nach mehr Fahrrad-Abstellplätzen zugestimmt, aber die Forderung nach sicheren Fahrrad-Abstellplätzen – nachdem mir als Betroffener im letzten Jahr zweimal das Fahrrad gestohlen worden ist - wurde nicht mitgetragen. (Zwischenrufe, Heiterkeit)

Es ist schön, wenn man etwas zur Erheiterung der Menschen beitragen kann. Ich wollte eigentlich meine Freude zum Ausdruck bringen, dass Die Grünen jetzt verstanden haben, dass es nicht nur wichtig ist, viele Fahrrad-Abstellplätze zu haben, sondern auch sichere Fahrrad-Abstellplätze. Die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer, denen laufend Räder gestohlen werden, werden es Ihnen sicher danken. Wir werden den Antrag selbstverständlich unterstützen.“ (Beifall FPÖ)

Die Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Lenger:

„Dass dem Kollegen Ortner zwei Fahrräder gestohlen worden sind, tut mir Leid, vielleicht haben Sie es nicht gut abgesperrt. (Zwischenrufe, Heiterkeit) Bei dem Antrag, bei dem wir nur einem Punkt zugestimmt haben, ist es darum gegangen, dass Sie für die sicheren Abstellplätze eine Videoüberwachung wollten und das ist für uns zu viel. Videoüberwachung wollten wir nicht.

Bei Miriam Köck möchte ich mich sehr bedanken für die signalisierte Zustimmung. Was die Berge betrifft, möchte ich das Stichwort Pöstlingbergbahn erwähnen. Ich habe kürzlich wieder ein E-Mail von Pöstlingbergbewohnern bekommen. Es ist ein Rückschritt gewesen, dass man in der Pöstlingbergbahn Fahrräder nicht mehr mitnehmen kann. Somit wäre auch der Berg kein Problem.

Zum Kollegen Hofer, ich glaube herausgehört zu haben, dass die ÖVP zustimmt. Das freut mich und ich bedanke mich, dass die Europa-Partei, die ja die ÖVP ist, da zustimmt. (Zwischenrufe)

Dass Begegnungszonen nicht fahrradfreundlich sind, dem möchte ich widersprechen. Gerade die Lederergasse oder die Rathausgasse und die Herrenstraße sind Beispiele, wo man gut Fahrrad fahren kann. Um das Fahrrad beim Rathaus am Hauptplatz abstellen zu können, musst du vielleicht mit deinen KollegInnen reden, dass sie das Auto nicht auf dem Hauptplatz abstellen, dann ist genug Platz. (Zwischenrufe)

Ich glaube nicht, dass es ein Aberglaube ist, dass man den Individualverkehr zurückdrängen kann, man muss es nur wollen im Sinne einer wirklich lebenswerten Stadt.

Abschließend bedanke ich mich für die signalisierte Zustimmung.“ (Beifall Die Grünen).

Die Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Bürgermeister Dobusch übernimmt wieder den Vorsitz.

Gemeinderätin Lenger berichtet über den von der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten Antrag

S WETTBÜROS UND SPIELLOKALE – STRUKTURVERBESSERUNG UND ATTRAKTIVIERUNG BETROFFENER STADTEILE

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, immer mehr Wettbüros und Spiellokale werden in Linz eröffnet. Neben der Problematik, die sich daraus für jene Menschen ergibt, die in diesen Lokalen ihr Geld verspielen, verlieren die betroffenen Stadtteile an Attraktivität und AnrainerInnen wehren sich gegen die

Ansiedlung von Wettbüros und Spiellokalen in ihrer Wohnumgebung.

Bedingt durch die langen nächtlichen Öffnungszeiten beeinträchtigt störender Lärm die Schlafqualität, ein attraktiver Branchenmix kommt sukzessive abhanden, es fehlen fußläufig erreichbare Geschäftslokale mit Nahversorgerfunktion.

ExpertenInnen warnen laut einer Medieninformation von Wirtschaftsstadträtin Susanne Wegscheider und dem Obmann der WKO Linz-Stadt Mag. Klaus Schobesberger eindringlich davor, dass Stadtteile ohne breit gefächerte Nahversorgerlandschaft zu leblosen ‚Geisterstädten‘ werden. Prosperierender Handel, Gewerbe und Tourismus garantieren überhaupt, dass die Stadt lebt und die Lebensqualität für die BewohnerInnen stimmt.

Im Sinne der Wohnqualität und um das Image von Linz als attraktive Einkaufsstadt zu erhalten sowie zu stärken erachten wir es als erforderlich, insbesondere in Stadtteilen, die an einer überproportionalen Zunahme von Wettbüros und Spiellokalen leiden, mittels stadtteilorientierten Initiativen und Projekten eine wirtschaftliche Strukturverbesserung herbeizuführen.

Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer und Gewerbetreibenden sollen Projekte und Initiativen zur strukturellen Gebietsverbesserung entwickelt und umgesetzt werden, um den betroffenen Stadtteilen bzw. Straßenzügen durch Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben mit einer entsprechenden Branchenvielfalt ein neues Image zu geben.

Die vor sechs Jahren eingeführte Einkaufsstraßenbetreuung, mit der ein wesentlicher Schritt zur professionellen Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Interessensgemeinschaften (IGs) in den Stadtteilen gesetzt wurde, soll diese Initiative professionell unterstützen.

Der Gemeinderat beschließt:

„Der Linzer Gemeinderat ersucht Wirtschaftsstadträtin Wegscheider, gemeinsam

mit der Wirtschaftskammer und Gewerbetreibenden unter Einbeziehung der professionellen Unterstützung der Einkaufsstraßenbetreuung ein Projekt zu initiieren, das insbesondere in Stadtteilen und Straßenzügen, die zunehmend von Wettbüros und Spiellokalen geprägt sind, durch die Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben mit einer entsprechenden Branchenvielfalt für eine wirtschaftliche Strukturverbesserung und Attraktivierung sorgt.'

Ich ersuche um Annahme.“

Wortmeldung **Stadträtin Wegscheider:**

„Frau Lenger, was du dir in diesem Antrag wünschst, das wünschen wir uns alle, das sind nämlich hochwertige Klein- und Mittelbetriebe in den Einkaufsstraßen und es hat niemand eine Freude, wenn Wettbüros und Spiellokale einen Straßenzug oder ein Stadtviertel prägen.

Die Grünen reihen sich mit diesem Antrag in die aktuelle Debatte ein. Es hätte schon einen Antrag in früheren Jahren geben können, wie die billigen Telefonshops in manchen Straßenzügen immer mehr geworden sind. Es dürfte den Grünen bekannt sein, dass die Stadt nicht entscheiden kann, welches Geschäftslokal sich einmieten darf, denn das liegt immer noch in der Entscheidung der Hauseigentümer. Die Grünen fordern sicher nicht, dass die Stadt die Häuser aufkauft, wenn die Gefahr besteht, dass sich dort ein Wettbüro einmieten könnte.

Wir haben natürlich in der Linzer Wirtschaftspolitik nur beschränkte Mittel und Möglichkeiten, doch unsere Aktivitäten im Stadtmarketing und in der Stadtteilbelebung sind genau auf diesen Antrag abgestimmt. Denken Sie an die Einkaufsstraßenbetreuung, an die Nahversorger-Investitionsförderung, da sind neun Branchen in dieser Nahversorger-Investitionsförderung beinhaltet.

Es gibt einen sehr unbürokratischen Betriebsmittelzuschuss für kleine Lebens-

mittelgeschäfte, es gibt die Förderung der regionalen Wirtschaftsinitiative und es gibt natürlich die Bemühungen, die Hauseigentümer mehr einzubinden. Da geht es um die Bewusstseinsbildung, um nachhaltige Vermietung. Ich denke da an die Altstadt, was dort in den letzten Jahren sehr gut gelungen ist.

Ich nehme diesen Antrag gerne auf, wir werden das im Wirtschaftsausschuss weiterhin bearbeiten. Wie Herr Gemeinderat Fadl richtig bemerkt hat, die Kunden und Kundinnen von Linz sind mit ihren Stadtteilen sehr zufrieden, aber wir nehmen diese Analyse auf, uns zu verbessern und wir werden das im Wirtschaftsausschuss weiterbearbeiten. Danke schön.“ (Beifall ÖVP)

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Forsterleitner berichtet über den von der **SPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

T STOPP FÜR ACTA – DAS GEPLANTE INTERNATIONALE HANDELSABKOMMEN – RESOLUTION

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) ist ein multilaterales Abkommen, das internationale Standards für die Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte vorschlägt. Das Abkommen wurde von mehreren Staaten in Abstimmung mit bestimmten Teilen der Industrie ausgehandelt und ist sowohl in seinem Entstehungsprozess als auch bezüglich des Inhalts umstritten.

ACTA wird von zahlreichen Initiativen und Organisationen aus Politik und Gesellschaft (wie Stopp-ACTA, die digitale Gesellschaft, netzpolitik.org) aus folgenden Gründen abgelehnt:

ACTA wurde ‚im stillen Kämmerlein‘ ausgehandelt, ohne etablierte multinationale Foren wie World Intellectual Property Orga-

nization (WIPO) und World Trade Organization (WTO) zu konsultieren. Es hat sich damit seiner demokratischen Glaubwürdigkeit und Legitimation beraubt.

Eine Ratifizierung würde nicht nur den internationalen Handel schädigen, sondern vor allem digitale und industrielle Neuerungen hemmen. Ein längst nicht mehr zeitgemäßes Urheberrecht würde durch ACTA zementiert.

Auch erhebliche Auswirkungen auf Meinungsfreiheit, den Zugang zu Kultur und auf den Datenschutz sind zu befürchten. ACTA legt die Regulierung der Meinungsfreiheit in die Hände privater Unternehmen. ACTA drängt Internet-Provider zur Überwachung ihrer Netzwerke und der Offenlegung der angeblichen Rechteverletzer.

Auf nationaler Ebene beginnt der Ratifizierungsprozess von ACTA derzeit in verschiedenen Mitgliedsstaaten, wobei die Bedeutung des Abkommens in vielen Ländern unterschätzt wird. Damit ACTA in Kraft treten kann, müssen die unterzeichnenden Staaten ihn ratifizieren. Das steht bisher noch aus, sowohl in den zehn Staaten, die ACTA direkt unterschrieben haben, als auch bei den 27 EU-Mitgliedstaaten. ACTA setzt für die Ratifizierung keine Frist.

Im Plenum des Europäischen Parlaments soll über ACTA voraussichtlich im Juli abgestimmt werden. Sollte das EU-Parlament das ACTA-Abkommen nicht billigen, könnten die EU-Mitgliedstaaten mit Verweis darauf die Ratifizierung aussetzen. Wir stellen daher nachstehenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe folgende **Resolution** an die Österreichische Bundesregierung und an das Europäische Parlament:

„Vor der endgültigen Ratifizierungsabstimmung über ACTA auf EU-Ebene sollen die Auswirkungen von ACTA zuerst gründlich geprüft werden. Ohne weitere zufriedenstellende Zusicherungen und Klarstellungen seitens der Europäischen Kommission und

des Europäischen Gerichtshofes fordern wir das Europäische Parlament und insbesondere die österreichischen Abgeordneten auf, mit ‚Nein‘ zu stimmen.‘

Ich möchte noch dazusagen, es gibt mehrere solche Abkommen und das Vorgehen von den Lobbys ist immer das Gleiche. Sie versuchen auf internationaler Ebene so eine Art Pflöcke einzuschlagen, hinter die man auf nationaler Ebene nicht mehr zurück kann.

Wenn dann nachher nationales Recht verhandelt wird, dann kommen immer noch restriktivere Maßnahmen heraus. Ich glaube, dagegen muss man sich auch wehren.

Es geht darum, wie das Internet und wie unsere Gesellschaft in Zukunft damit gestaltet wird, ob es ein freies, offenes und zugängliches Web der Grundrechte ist oder ob man restriktive Vorschriften zugunsten von Verwerterlobbys haben möchte. Auch wenn das Urheberrecht grundsätzlich eine richtige Sache ist, so wie es zurzeit angewandt wird, ist es eine Restriktion und macht vieles auch im Kunst- und Kulturbereich sehr schwierig.

Vor kurzem haben zweieinhalb Millionen Menschen auf der Plattform Award gegen ACTA unterschrieben. Das ist bemerkenswert, so etwas hat es meiner Recherche nach bisher noch nicht gegeben und zeigt, dass ein gesteigertes öffentliches Interesse an Debatten rund um die Netzpolitik stattfindet.

Insofern freue ich mich sehr über die signalisierte Einigkeit bei diesem Antrag, sodass wir als Gemeinderat hoffentlich einstimmig ein Zeichen geben können, dass wir solche restriktive Maßnahmen im Bereich Internet ablehnen und einen Stopp für ACTA fordern. Danke für die Zustimmung.“ (Beifall SPÖ)

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Kühn berichtet über den von der **SPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

U ADAPTIERUNG DER OÖ. WOHNHAUSSANIERUNGSVERORDNUNG – RESOLUTION

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, Anfang Februar wurde in der Sitzung der Oö. Landesregierung eine Novelle der Wohnhaussanierungsverordnung beschlossen. Vor allem die Reduktion der Fördermittel des Landes Oberösterreich für den nachträglichen Lufteinbau ist bedenklich.

Mit dem bisher geltenden Fördermodell konnten in Linz seit 1996 über 1300 Lifte nachträglich eingebaut werden. Profitiert haben davon vor allem ältere Menschen und Familien mit Kleinkindern. Älteren Menschen wurde es damit ermöglicht, ihren Lebensabend länger in ihren eigenen vier Wänden zu verbringen.

Die nunmehr in Kraft befindliche Wohnhaussanierungsverordnung reduziert die Fördermittel des Landes Oberösterreich, sobald von dritter Seite eine zusätzliche Förderung gewährt wird. Das war in Linz der Fall, wo die Stadt den bisherigen 50-Prozent-Förderanteil des Landes Oberösterreich um weitere 30 Prozent aufgestockt hat.

Nach der neuen Regelung spart das Land Oberösterreich zu Lasten der MieterInnen und friert - vorausgesetzt eines weiterhin bestehenden 30-Prozent-Förderanteils der Stadt Linz - seinen Anteil auf 35 Prozent ein.

Die nachfolgend unterzeichneten GemeinderätInnen stellen gemäß § 12 Abs. 1 Statut der Landeshauptstadt Linz 1992 nachstehenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe folgende **Resolution** an die Oberösterreichische Landesregierung:

„Die Oö. Landesregierung wird ersucht, die in der jüngsten Wohnhaussanierungsverordnung beschlossene Reduzierung der Landesfördermittel für den nachträglichen Lufteinbau umgehend rückgängig zu machen, sodass das bislang gültig gewesene Fördermodell mit einem 50-prozentigen Zu-

schuss des Landes Oberösterreich wieder in Kraft treten möge.“

Es ist daher im Februar 2012 für Linz wirklich eine folgenschwere Entscheidung im Landtag mit den Stimmen der ÖVP, den Grünen und den Freiheitlichen gefallen.

Durch die Neuregelung wird beim nachträglichen Lufteinbau der Anteil z.B. für Linz auf ein Gesamtförderungs-niveau von 65 Prozent heruntergeschraubt. Das Land geht auf 35 Prozent zurück und das wird für viele Mieterinnen und Mieter in Linz sehr, sehr dramatische Auswirkungen haben. Weil wenn wir einen nachträglichen Lift einbauen, wird das nicht mehr 50 Euro, sondern 90 Euro kosten und auch viele private Eigentümer werden sich den nachträglichen Lufteinbau nicht mehr leisten können.

Ich denke, das ist wirklich eine traurige Entwicklung, die wir in Linz haben, denn wir haben hier in unserer Stadt in den letzten Jahren 1300 Lifte nachträglich eingebaut und es ist wirklich eine Problematik vor allen Dingen für ältere Personen und wir haben die Seniorenzentren massiv entlasten können, damit die Menschen länger in den eigenen vier Wänden bleiben können.

Ich ersuche um Zustimmung zu unserem Antrag.“ (Beifall SPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Neubauer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, ein bisschen etwas muss ich schon dazusagen. Es hat der Landesrechnungshof gerade eine Initiativprüfung der Wohnbauförderung durchgeführt und dabei heftige Kritik an der Praxis der vergangenen Jahre geübt. Es soll wieder mehr Förderdarlehen anstelle von Zuschüssen geben und es sollen sämtliche Förderleistungen kritisch auf die Notwendigkeit und, ganz wichtig, auf die Leistbarkeit überprüft werden. Die Einkommensgrenzen sollen auf ein bundesdurchschnittliches Niveau reduziert werden und ein effizientes Risikomanagement soll aufgebaut werden.

Der Kommentar von der Landes-SPÖ war kurz: Sie sehen die Landeswohnbauförderung auf ein Desaster zusteuern.

Die Linzer Stadt-SPÖ dürfte das offensichtlich anders sehen, weil in ihren Augen ist Herr Landesrat Haimbuchner offensichtlich ein Wunderwuzi, der zaubern kann. Weil Sie fordern mehr Neubauleistung, Sie fordern mehr Wohnungen in Linz, Sie fordern ein gleichbleibendes oder steigendes Niveau bei den Wohnbeihilfen - da geht ein Drittel alleine nach Linz - und Sie wollen bei Förderungen, wie hier beim nachträglichen Lifteinbau, die Mehrfachförderung aufrechterhalten.

Und das alles, obwohl Sie ganz genau wissen, dass dafür weniger Budget zur Verfügung steht. Es waren 2006 bis 2009 jährlich noch 300 Millionen Euro zur Verfügung, 2010 waren es nur mehr 276 Millionen Euro.

Also bei allem Respekt und der guten Meinung, die Sie von Landesrat Haimbuchner haben, das erkennt sogar jedes Milchmädchen, dass sich das nicht ausgeht, wenn Sie mehr fordern und mehr Geld ausgeben wollen, als Geld vorhanden ist.

Und diese Forderung unterscheidet die Politik der Freiheitlichen von der Schuldenpolitik der SPÖ. Sie wollen Politik auf Pump machen und zu Lasten der folgenden Generationen, nämlich der kleinen Kinder, die Sie im Antrag drinnenstehen haben, die es jetzt bequem haben.

Dass diese gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Auswirkung der Maßnahme durchaus beachtet und berücksichtigt wurde, sieht man daran, dass die Förderung nicht zur Gänze gestrichen wurde, sondern nur die Mehrfachförderungen in Frage gestellt und berücksichtigt werden.

Was die Anrechnung von Förderungen angeht, empfehle ich Ihnen, dass Sie mit Ihrem Landesparteivorsitzenden, Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl reden, der hat das nämlich schon vor Jahren gezeigt,

wie das funktioniert, wie er seit Jahren schon den Heizkostenzuschuss der Gemeinden auf jenen des Landes anrechnet, und das aus seinem Sozialressort.

Ebenso wird auch bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung sehr wohl geschaut, wie viel Wohnbeihilfe dazukommt und erst dann wird der Wohnkostenanteil berücksichtigt. Also das ist durchaus eine übliche Praxis, die mit dieser Leistbarkeit und Notwendigkeit der finanziellen budgetären Vorgaben zu tun hat.

Es zweifelt keiner an, dass dieser nachträgliche Lifteinbau für die Leute sehr komfortabel ist; dass der Landesrat hinter dieser Förderung steht, sieht man auch, da es bei dieser Sanierungsverordnung auch Verbesserungen gibt.

Weil Sie vorhin die dramatischen Auswirkungen angesprochen haben - es hat noch keiner erwähnt, dass künftig bei Wohnungseigentumsgemeinschaften, die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, auch die Umsatzsteuer bei den Errichtungskosten mitgefördert wird. Das heißt, es gibt in diesem Bereich durchaus eine Verbesserung für die Mieter und für die Leute, die dort wohnen.

Alles in allem ist das eine sehr sinnvolle Reform und eine sinnvolle Maßnahme gewesen. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, wie Steuergeld verwendet werden soll, nämlich dahingehend, dass man mit dem Steuergeld nur jene Kosten fördert, die tatsächlich anfallen. Deswegen werden wir diesem Antrag auf keinen Fall zustimmen.“ (Beifall FPÖ)

Vizebürgermeister Dr. Watzl:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist jede und jeder hier im Linzer Gemeinderat der Meinung, dass alles darangesetzt werden soll und muss, damit diese nachträglichen Lifteinbauten nachhaltig und dauerhaft auch in Hinkunft vor allem für die MieterInnen leistbar bleiben müssen, sodass eine entsprechende Förderung vor dem Hintergrund der knappen Ressourcen sichergestellt ist.“

Frau Kollegin Neubauer hat einen Punkt richtigerweise angesprochen, der zu dieser Verordnungsnovelle geführt hat, das ist immer wieder der Hinweis des Landesrechnungshofes. Wir erleben es in der eigenen Stadt auch, wo das Kontrollamt oder der Stadtrechnungshof immer wieder auf diese Doppelförderungen hinweist.

Ein zweiter Punkt, denke ich, ist natürlich die Tatsache der knappen Steuergelder und da gibt es vereinfacht gesagt zwei Möglichkeiten: Ich reize es aus, bis es nicht mehr geht und dann macht es einen Tuscher und dann ist es aus, oder aber ich versuche, effizient Steuergeld einzusetzen, um dieses wichtige nachträgliche Lifteinbauprogramm nicht zu gefährden.

Stichwort knappe Mittel: Da haben wir gerade in der Stadt Linz, glaube ich, mehrere Gründe - die aus meiner Sicht ungerechte Mittelverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch bekannte Finanzierungsgeschäfte, ob sie dann tatsächlich wirksam sind oder nicht -, warum die knappen Ressourcen der Stadt immer wieder ein Thema sind. So waren sie auch bei den Budgetgesprächen für das Jahr 2012 in diesem wichtigen Bereich ein Thema, wo es letztendlich dazu geführt hat, dass die Mittel im Kapitel Kapitaltransfers an Unternehmungen, um diese nachträglichen Lifteinbauten finanzieren zu können, von nicht ganz 3,1 Millionen Euro im Voranschlag 2011, Rechnungsabschluss 2010, auf 1,5 Millionen Euro reduziert werden mussten.

Ich sage dazu, dem Gemeinderat soll aus meiner Sicht jedenfalls die ganze Wahrheit gesagt werden, dass das auch damit zu tun hat, dass immer wieder die Restmittelübertragung ein Thema war. Und die Argumentation des Finanzstadtrates Mayr war, es kann doch nicht sein, dass immer wieder Restmittel stehen bleiben und wir auf der anderen Seite, um es darstellen zu können im Voranschlag, einen Fremdfinanzierungsbedarf haben.

Tatsache ist, dass seit einigen Wochen ein Schriftverkehr zwischen der zuständigen

Fachabteilung des Magistrates der Stadt Linz im Bereich der Stadtplanung mit der Stadtkämmerei im Gange ist, wonach einerseits die Fachdienststelle mitteilt, dass mit diesen 1,5 Millionen Euro, die wir für das heurige Jahr budgetiert haben, vermutlich nicht das Auslangen gefunden werden kann, damit die Annuitätenzuschüsse für von Gremien der Stadt Linz genehmigte Lifteinbauprogramme ausfinanziert werden können.

Ganz konkret schreibt die Fachabteilung, die Stadtplanung der Stadtkämmerei: ‚Mit dem Stand Ende des Jahres 2011 erfordert die Auszahlung dieser Annuitätenzuschüsse (165 Förderfälle) bereits einen jährlichen Budgetmittelbedarf von 1,644.324,04 Euro.‘ Das heißt, wenn das stimmt, dann kann die Stadt Linz mit diesen 1,5 Millionen Euro nicht einmal die bereits genehmigten zugesagten Fördermittel im heurigen Jahr auszahlen.

Ich füge hinzu, das wird, nehme ich an, von der Stadtkämmerei noch viel profunder in der Antwort drinnenstehen, dass das nur die halbe Rechnung ist, denn ich gehe davon aus, dass aus dem Vorjahr gewisse Restmittel noch zur Verfügung stehen, die man allenfalls dann übertragen könnte, dass man zumindest diesen Bereich abdecken kann.

Die Stadtplanung schreibt aber weiter, dass nach ihrem Wissensstand schon einige Projekte vom Land mit 50 Prozent als förderbar nach der alten Verordnung genehmigt wurden und diese im heurigen Jahr, das war die bisherige Übung, von der Stadtplanung, von den Fachbeamten entsprechend beurteilt werden, was natürlich zu der schon angesprochenen Ausfinanzierung der Annuitätenzuschüsse noch einen weiteren Mittelbedarf hat. Ich habe mich heute noch einmal erkundigt, ob schon eine Antwort der Stadtkämmerei da ist. Das ist nicht der Fall, es ist aber dankenswerterweise zugesagt, dass eine Fachantwort auf diesen Hinweis der Stadtplanung kommen wird.

Ich würde auch - im Sinne des Appells vom Herrn Bürgermeister, kurz, effizient und

zünftig im Gemeinderat die wesentlichen Punkte durchzudiskutieren - den Vorschlag machen, dass dieser Antrag der SPÖ auf eine Resolution dem Finanzausschuss zugewiesen wird, damit wir diesen wichtigen Bereich der dauerhaften nachträglichen Lifteinbaufinanzierung dort gemeinsam diskutieren können und vor allem auch diskutieren können, wie die Stadt mit ihren Mitteln dieses wichtige Instrument absichert, um älteren Menschen das Verbleiben in ihren eigenen Wohnungen dauerhaft zu sichern.

Ich wäre dankbar, wenn wir dem folgen könnten, weil wir damit im Ausschuss einen konstruktiven Weg, der die Absicherung dieser wichtigen Maßnahme sicherstellt, finden könnten. Ich bedanke mich.“ (Beifall ÖVP)

Stadtrat Mayr:

„Herr Kollege Watzl, ich bin etwas verwundert über diese Wortmeldung, weil es in die völlig falsche Richtung zielt. Hier geht es doch darum, dass das Land Oberösterreich die Förderung zurücknimmt und fast eine Verdoppelung der Belastung der betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümer, Mieterinnen und Mieter hervorruft.

Es ist ein billiges politisches Spiel, das die ÖVP in vielen Bereichen betreibt. Offensichtlich gelten ausverhandelte, unterschriebene, budgetäre Vereinbarungen zwischen Referentinnen und Referenten im Gemeinderat nicht mehr. Ich nehme das zur Kenntnis, es gibt unterschiedliche Zugangsweisen.

Es wurde bei der Budgeterstellung und bei den Budgetverhandlungen zwischen uns das sehr intensiv diskutiert, weil wir erhebliche Haushaltsrestübertragungen haben, weil die Projekte nicht in dem Zeitraum vom Beschluss bis zur Realisierung abgewickelt werden können und wir zwei Millionen Euro und mehr an Haushaltsrestübertragungen in den letzten Jahren mitgeschleppt haben. Es kann nicht Sinn für die Stadt sein, im Sinne der Ausgabenorientierung, dass wir Fremdmittel aufnehmen, die dann tatsächlich nicht ausgegeben werden können, weil dieser Zeitraum sich so verzögert.

Daher haben wir bei den Budgetverhandlungen das ausgemacht, dass das Jahresvolumen, das realisiert wird, nämlich realisiert wird, gleich bleibt, aber so wie in allen anderen Bereichen die Haushaltsrestübertragungen minimiert werden, die im Übrigen der Vorgänger des heutigen Kontrollamtsdirektors und der jetzige Kontrollamtsdirektor immer bei den Rechnungsabschlüssen kritisieren, dass die so hoch sind. Daher hat die Finanzverwaltung bei diesen Budgetverhandlungen das ernst genommen, was das Kontrollamt immer kritisiert hat, um diese Haushaltsrestübertragungen im Sinne der Stadt zu minimieren.

Daher werden wir auch 2011 die Mittel zur Verfügung haben, so wie in den anderen Jahren, dass das Volumen, was den Lifteinbau betrifft, umgesetzt werden kann. Aber dass wir Geld für Projekte mitschleppen, die dann Monate oder über ein Jahr später realisiert werden mit negativen Auswirkungen auf die gesamte finanzielle Gestion der Stadt, lehne ich persönlich ab. Wir haben uns zu diesem Weg gemeinsam bei den Budgetverhandlungen geeinigt. Ich nehme zur Kenntnis, dass es offensichtlich hier ein Infragestellen gibt. Es ist so, wie es ist, aber insgesamt wird das Volumen gleich bleiben. Wir werden das, was zu tun ist, auch realisieren können.

Zum Abschluss: Bei dieser Resolution geht es nicht um die städtischen Mittel, es geht um die massive Mehrbelastung für die Mieterinnen und Mieter und für die Eigentümerinnen und Eigentümer in dieser Stadt. Und verantwortlich dafür sind jene in der Oberösterreichischen Landesregierung, die diese Verordnung beschlossen haben.“ (Beifall SPÖ)

Vizebürgermeister Dr. Watzl:

„Sie können sich gerne zu Wort melden, Herr Bürgermeister Dobusch. Sie sind auch im Gemeinderat einer, der die Stimme selbstverständlich erheben kann und Ihre Erfahrung ist sicher sehr, sehr wichtig und interessant.

Ich habe mich deswegen zu Wort gemeldet, weil ich nicht den Eindruck hier stehen

lassen möchte, dass Dinge, die vereinbart wurden, nicht halten. Tatsache ist, und das belegt das Schreiben - ich nehme an, deine Stadtkämmerei wird dich über den Brief der Stadtplanung Linz, XXXX XXX XXXXXXXXX, in Kenntnis gesetzt haben -, wonach die vorhandenen Mittel ...Zwischenruf... - das ist nicht meine Meinung, sondern Meinung der Stadtplanung Linz, ich gebe dir gerne eine Kopie nachher mit – im Voranschlag 2011 mit 3,1 Millionen Euro auf 1,5 Millionen Euro reduziert wurden. Das ist schwarz auf weiß geschrieben.

Ich habe in meinen Ausführungen klargestellt, dass das nur die halbe Rechnung ist, denn die ganze Rechnung ist mit den Haushaltsrücklagenüberführungen entsprechend zu sehen. Daher bin ich gespannt auf die Antwort der Stadtkämmerei, was sie dann tatsächlich an Mitteln für das heurige Jahr für diese wichtige Maßnahme zur Verfügung stellen. Tatsache ist, dass anscheinend zwischen den Fachbeamten ein Auffassungsunterschied besteht, der dann letztendlich auch auf politischer Ebene auszureden sein wird.

Vor dem Hintergrund habe ich den Vorschlag gemacht, dass wir beide wesentlichen Dinge, die Resolution einerseits, aber auch die Sache, wie die Stadtfinanzen zu diesem wichtigen Lifteinbauprojekt zur Verfügung gestellt werden können, im Finanzausschuss auf Grund der Fachexpertisen entsprechend ausreden. Wenn die Fachbeamten nicht einer Meinung sind, dann sollte aus meiner Sicht im Sinne der Politik für diese wichtige Sache das ausgeredet und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsprechend klare Vorgaben gemacht werden. Danke.“

Bürgermeister Dobusch:

„Wenn Sie mich schon auffordern, dass ich reden soll, dann tue ich es, Herr Kollege Watzl. Es geht um die Tatsache, dass die Lifteinbaumöglichkeiten reduziert worden sind, weil sich viele MieterInnen und Eigentümer das nicht mehr leisten können auf Grund der Reduzierung der Zuschüsse. Das ist der Antrag. Wir halten unsere Zuschüsse aufrecht.“

Die Frage, die hier gestellt wird, ist, ob im heurigen Jahr genügend Geld da ist. Der Kollege Mayr sagt ja, das wird man klären, aber die Intention des Antrages hat mit der Frage überhaupt nichts zu tun. Da ist auch die Zuweisung in den Finanzausschuss für den Inhalt dieser Resolution nicht zuständig. Deswegen ist es kein Antrag, sondern eine Resolution, dass die Oberösterreichische Landesregierung das Ganze wieder zurücknehmen möge und die Lifteinbauförderung wieder im alten Ausmaß gewährleistet wird.

Daher ist es ein Scheingefecht von Ihnen, den Antrag dem Finanzausschuss zuzuweisen, weil Sie ganz genau wissen, dass das, was die Landesregierung gemacht hat, gerade in den städtischen Ballungsräumen ein Problem darstellt, weil wir mehrstöckige Gebäude haben, weil wir viele ältere Gebäude haben, wo die Nachrüstung noch passieren müsste.

Wir wissen alle, dass erstens dieser Gemeinderat einstimmig den Punkt im Sozialprogramm beschlossen hat, dass wir nicht erst ab dem vierten Stock Liftförderungen machen wollen, sondern ab dem dritten Stock. Und jeder von uns weiß, wenn die Förderungen zurückgenommen werden in dem Ausmaß, wie es zurückgenommen wurde, ist es überhaupt nicht mehr leistbar, in einem vierstöckigen Gebäude einen Lift einzubauen, geschweige denn in einem dreistöckigen Gebäude. Dann ist das ein Papiertiger, was im Sozialprogramm beschlossen worden ist, das wissen wir alle und um das geht es.

Sie versuchen, eine Nebelgranate zu werfen mit einem Schreiben der Stadtplanung, das ich zum Beispiel nicht kenne. Das machen sich die Beamten vermutlich untereinander aus und die wollen wissen, wie es da jetzt weitergeht - völlig legitim, muss ich sagen. Und die Antwort hat Ihnen der Kollege Mayr gegeben. Also was hier der Finanzausschuss tun soll, weiß ich nicht.

Daher bin ich dagegen, dass das dem Finanzausschuss zugewiesen wird, weil Sie

wollen nicht, dass die Liftförderung wieder verbessert wird. Das ist das, was Sie gesagt haben in meinen Augen.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Kühn:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zur ÖVP wurde bereits alles gesagt, möchte ich einmal sagen, obwohl ich schon sehr verwundert bin, weil viele Privateigentümer hier auch betroffen sind. Das ist eigentlich eine komische Sache, aber ich nehme das zur Kenntnis.

Zur Kollegin Neubauer und zu den Freiheitlichen muss ich sagen, die Gemeinden haben die zusätzliche Förderung deswegen gewährt, weil wir in erster Linie die Menschen, nicht nur die ältere Generation, so lange wie möglich in ihren Wohnungen halten wollen, um die teureren Seniorenzentren nicht so zu belasten. Und das wird uns wieder auf den Kopf fallen.

Da verstehe ich die soziale Heimatpartei in keiner Weise, obwohl ich es auf der anderen Seite doch verstehe, weil sie sich schützend vor den Landesrat Haimbuchner werfen müssen, das ist keine Frage. Nur ich bin es gewohnt von den Freiheitlichen in diesem Haus, dass sie in Sachfragen sachliche und strikte Haltungen haben. Nur in diesem Fall haben Sie keine sachliche Haltung, das muss ich Ihnen schon sagen.

Das Sparpaket ist ein Sparpaket auf Kosten der älteren Generation und hat nichts mit einer Empfehlung vom Landesrechnungshof zu tun. In diesem Sinne bitte ich trotzdem um Annahme.“ (Zwischenrufe, Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der ÖVP-Fraktion (16) und Gemeinderat Reiman sowie bei Gegenstimmen der FPÖ-Fraktion (8) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderat Ortner berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

V LUSTBARKEITSABGABE FREISTELLEN – RESOLUTION

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, die Wirte in Linz sind ein wichtiger Partner für die Lebensqualität in unserer Stadt. Mit ihrem privatwirtschaftlichen Engagement decken sie eine Vielzahl entscheidender sozialer und infrastruktureller Bedürfnisse der Linzerinnen und Linzer ab. Eine funktionierende Gastronomie ist daher für eine positive Entwicklung unabdingbar.

Leider wird dieses - auf eigenes finanzielles Risiko betriebene - Engagement der Gastgewerbetreibenden seitens der Politik nicht entsprechend unterstützt, sondern vielmehr durch eine Flut an Steuern und Abgaben behindert. Eine besonders kontraproduktive und ineffiziente Abgabe stellt in diesem Zusammenhang die so genannte ‚Lustbarkeitsabgabe‘ dar: Geringe Erträge stehen hier einem hohen Verwaltungsaufwand gegenüber und führen zu einer Reduktion der gastronomischen Angebotsvielfalt in unserer Heimatstadt.

Daher sind die Verantwortlichen zur Aufrechterhaltung der gastronomischen Vielfalt und Lebensqualität gefordert, hier ein entsprechendes Zeichen zu setzen.

In diesem Zusammenhang stellt die Linzer FPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt folgende **Resolution** an den Oö. Landtag und die Oö. Landesregierung:

„Die Organe des Landes Oberösterreich werden ersucht, das Oö. Lustbarkeitsabgabengesetz 1979 dahingehend abzuändern, dass die Gemeinden künftig keine Pflicht zur Einhebung dieser Abgabe mehr trifft, sondern ihnen die Einhebung weitgehend freigestellt ist. So soll es den Gemeinden beispielsweise ermöglicht werden, unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand zur Einhebung geringfügiger Abgaben zu vermeiden.“

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Stadtrat Mayr:

„Der Antrag kommt aufgrund einer öffentlichen Diskussion und bei der öffentlichen Diskussion tut man sich sehr schwer, sich hier gegen zum Teil sehr untergriffige Argumentationen wehren zu können, weil, und das ist wichtig und richtig, es den Datenschutz gibt und man daher bestimmten Argumentationen von bestimmten Personen schwer entgegenzutreten kann, um klarzustellen, dass hier äußerst lächerlich argumentiert wird.

Wenn ich zum Beispiel auf einer 100-Quadratmeter-Fläche eine Veranstaltung mit Musik und Tanz ohne Eintritt mache, beträgt die Lustbarkeitsabgabe bei sechs Stunden Musik 4,20 Euro. Dann zu argumentieren, dass mit dieser Lustbarkeitsabgabe diese Veranstaltungen gefährdet seien, da glaube ich, sieht jeder normal denkende Mensch, wie absurd diese Argumentation ist. Ich würde mir wünschen - es sind nur sehr wenige Wirte, die man seit Jahren kennt -, wenn sie sich öffentlich äußern, und das sollen sie auch, denn es geht um einen demokratischen Diskurs, dann sollen sie bitte der Bevölkerung und der Öffentlichkeit mitteilen, wie viel Lustbarkeitsabgabe sie in einem Jahr tatsächlich bezahlen. Da würde nämlich die Argumentation wie ein Kartenhaus zusammenbrechen.

Ich darf aber die Gelegenheit ganz kurz nutzen, weil sich auch Herr Vizebürgermeister Watzl in einer Zeitschrift zu dieser Frage geäußert hat, und darf nur drei Punkte bemerken. Das erste Zitat des Herrn Kollegen Watzl: ‚Ich habe volles Verständnis für die Beschwerden jener Wirte, die sich derzeit einer ‚Aktion scharf‘ des Finanzreferenten Johann Mayr ausgesetzt sehen.‘ Das ist die Unwahrheit und man kann das als Verleumdung verstehen.

Der zweite Satz: ‚Mit der Steuerhatz konterkariert Mayr das Bemühen in Linz, gesell-

schaftliche, kulturelle und touristische Impulse zu unterstützen‘. Das ist die Unwahrheit und man kann das als Verleumdung verstehen.

Und der dritte Punkt: ‚Die Lustbarkeitsabgabenordnung sehe eine derartige Besteuerung zwar grundsätzlich vor, aber‘ - so Watzl und Zitat - ‚ich wehre mich dagegen, dieses Recht zu einem gezielten Instrument gegen Veranstaltungen umzufunktionieren‘.

Herr Kollege Watzl, wir haben alle bei der Angelobung einen Schwur auf die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich geleistet. Wenn der Gesetzgeber eine bestimmte Abgaben- oder Steuererhebung vorsieht, dann sind die Abgabenbehörden verpflichtet, sich an die Gesetze zu halten und die Besteuerung und Abgaben, so wie es der Gesetzgeber vorschreibt, einzuheben. Ich interpretiere diese Äußerung nicht als Verleumdung, sondern als Aufforderung zum Amtsmissbrauch.“ (Beifall SPÖ)

Vizebürgermeister Dr. Watzl:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, alle Zitate, die Herr Mayr genannt hat, unterschreibe ich 100-prozentig, sie bringen die Sache auf den Punkt. Und wir haben auch schon den Beweis, dass diese Methode dazu führt, dass Veranstaltungen speziell am Sonntag in unserer Stadt nicht mehr durchgeführt werden, weil es nicht geradezu motivatorisch ist, wenn die Stadt Linz im Unterschied zu anderen Gemeinden in Oberösterreich, in Österreich zu den Wirten sagt, danke, ohne Fördergelder Aktivitäten zu setzen, die dazu führen, dass die Menschen in der Stadt, aber auch Gäste aus dem Umland in unsere Stadt kommen, dort konsumieren, dort Lebensqualität erfahren und damit die Stadt wieder Einnahmen lukriert. Es sind bereits Veranstaltungen abgesagt worden. (Zwischenruf)

Sag das laut, dass es alle hören können - Lügner. Ich werde dir, Herr Mayr, nicht drohen mit irgendwelchen strafrechtlichen Tatbeständen, dazu lasse ich mich nicht

herab. Ich sage dir, alle die von dir genannten Zitate unterschreibe ich 1000-prozentig.

Zwischenruf **Stadtrat Mayr:**

„Die stimmen nicht, der Inhalt ist falsch!“

Vizebürgermeister Watzl weiter:

Selbstverständlich stimmt das, du hast ja schon den Beweis. Es hat zum Beispiel jeden Sonntag - und das über Jahre - im ‚Josef‘ tolle Tanzdarbietungen gegeben mit Bands, die Klassiker von Linz waren, von den ‚Flamingos‘ über andere, die sind abgesagt, Herr Mayr. Abgesagt, weil die Wirte abgezockt werden und weil die Wirte es nicht mehr tun, im Sinne von ‚ich lasse mich von der Bürokratie mit Bagatellsteuern nicht gängeln‘. Die Ergebnisse haben wir auch immer wieder diskutiert hier herinnen, wo traditionelle Kulturwirthäuser von Linz leider durch Private nicht mehr weitergeführt werden. Die Stadt kauft sie richtigerweise, weil ein Wirtshaus nicht nur Nahversorger, sondern auch ein Kommunikationspunkt ist; ob das der ‚Urbanides‘ ist - ich lese in den Zeitungen, wir haben noch immer keinen Pächter - und viele andere Beispiele könnte ich aufzählen.

Unsere Motivation in der Politik müsste doch sein, dass wir solchen Wirten sagen, danke, dass sie - ohne Steuergeld zu nehmen - Kulturaktivitäten setzen und damit den Standort Linz als Kultur-, Tourismusstandort oder als Standort mit Lebensqualität aufwerten. Diese Maßnahme ist kontraproduktiv, Herr Mayr.

Und zum Antrag: Der zielt genau darauf ab, und darum wird ihn die ÖVP unterstützen, dass eine entsprechende Novelle kommt, um dich nicht in den Rechtsmissbrauch zu verleiten, Herr Kollege Mayr. Das ist nicht unsere Absicht, das sage ich klar und deutlich, sondern wir wollen der Gemeinde die Möglichkeit geben, eine Steuer, eine Abgabe nachsehen zu können.

Denn unterm Strich, das sage ich dir, würde damit für den Steuersäckel mehr hereinkommen, denn die Menschen, die bei

Veranstaltungen sind, konsumieren etwas, trinken und essen etwas, und von dem profitieren wir auch. Die Arbeitsplätze, die damit gefährdet sind, möchte ich gar nicht ansprechen. Das ist der Punkt, Herr Kollege Mayr.“ (Beifall ÖVP)

Stadtrat Mayr:

„Herr Watzl, um dieselbe Diktion zu verfolgen, wenn man solche Behauptungen aufstellt, dann hat man den Beweis vorzulegen. Ich möchte wissen, wo es von mir eine Anordnung ‚Aktion scharf‘ gegeben hat. Wenn man so etwas behauptet und ein charaktvoller Mensch ist, dann legt man den Beweis vor. Wenn man behauptet, dass ich Steuerhatz betreibe, dann legt man den Beweis vor, wenn man ein charaktvoller Mensch ist.

Und ich darf drittens hier im Gemeinderat die Bediensteten, die für diese Abgabenerhebung zuständig sind, verteidigen. Sie handeln gesetzeskonform, sie handeln im Auftrag des Landesgesetzgebers. Wenn man die Diskussion führt - und die ist auch zulässig -, kann man politische Repräsentanten anderer Parteien durchaus anpatzen. Das ist offenbar der Stil der ÖVP. Aber die Kolleginnen und Kollegen der Magistratsverwaltung in der Finanzverwaltung, die hier tätig sind, muss man schützen. Sie handeln gesetzeskonform und sie haben Recht, wenn sie die Gesetze des Landes Oberösterreich vollziehen.“ (Beifall SPÖ)

Bürgermeister Dobusch erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Ortner:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, im Hinblick auf die Motivation der Wirte und auf die Höhe der daraus erzielten Steuereinnahmen ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.“

Bürgermeister Dobusch lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (25) und Die Grünen**

(6) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Gemeinderat Raml berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

W BEHINDERTENGERECHTER ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR IM OBERÖSTERREICHISCHEN VERKEHRSVERBUND – RESOLUTION

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und trägt maßgeblich zur sozialen Integration bei. Daher müssen öffentliche Verkehrsmittel so ausgestattet sein, dass sie auch Menschen, die in ihren körperlichen Bewegungsmöglichkeiten oder in ihrer Hör- und Sehkraft eingeschränkt sind, benutzen können.

Die Linz Linien gehen mit gutem Beispiel voran und haben bereits einige Maßnahmen für einen behindertengerechten öffentlichen Personennahverkehr umgesetzt. So wurde bereits 1995 die Arbeitsgruppe ‚ungehindert mobil‘ eingerichtet, in die auch verschiedene Behindertenvertretungen eingebunden sind. Rollstuhlfreundliche Niederflersysteme und taktile Leitsysteme tragen beispielsweise bereits seit längerem zu einer möglichst barrierefreien Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel bei.

Viele Linzer schätzen die behindertengerechten Einrichtungen der Linz Linien, regen aber gleichzeitig an, dass im Verkehrsnetz des Oberösterreichischen Verkehrsverbundes (OÖVV) diesbezüglich noch dringender Nachholbedarf besteht. So ist etwa die neue Busverbindung zwischen Harter Plateau und Plus City für bewegungseingeschränkte Menschen nur sehr schwer zu benutzen.

Rollstuhlfahrer, ältere, gebrechliche sowie blinde Personen, Mütter mit Kinderwägen

etc. - der Ausbau des behindertengerechten öffentlichen Personennahverkehrs kommt vielen Menschen zugute und soll daher von den Verbundunternehmen des OÖVV ehestmöglich flächendeckend umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang stellt die Linzer FPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe folgende **Resolution** an den Oberösterreichischen Verkehrsverbund (OÖVV):

„Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz ersucht die Verbundunternehmen des Oberösterreichischen Verkehrsverbundes, ehestmöglich geeignete Maßnahmen umzusetzen, um einen flächendeckenden behindertengerechten öffentlichen Personennahverkehr zu gewährleisten. Neben der Auswahl der Fahrzeuge ist auch auf die barrierefreie Ausstattung der Haltestellen Bedacht zu nehmen.“

Weiters möchte ich noch anmerken, wir haben die vorliegende Resolution eingebracht aufgrund einiger Anregungen von Linzern, die in ihren körperlichen Bewegungsmöglichkeiten oder auch in ihrer Hör- und Sehkraft eingeschränkt sind.

Diese haben uns darauf hingewiesen, dass – und das möchte ich an dieser Stelle ganz erfreut sagen – die Linz Linien, was den behindertengerechten Ausbau des Personennahverkehrs betrifft, hier mit gutem Beispiel vorangehen und den Ausbau stark vorantreiben. Sie haben uns aber auch den Hinweis gegeben, dass das leider im Verkehrsnetz des Oberösterreichischen Verkehrsverbundes nicht überall gegeben ist und dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Ich nenne als einziges Beispiel nur die neue Busverbindung zwischen dem Bahnhof und der Plus City, die nicht mehr von den Linz Linien beschickt wird. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Ich ersuche um Zustimmung.“ (Beifall FPÖ)

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderätin Neubauer berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten

DRINGLICHKEITSANTRAG

betreffend Resolution an die Österreichische Bundesregierung – Keine Kürzung der Bausparprämie

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Österreich haben rund 5,2 Millionen Menschen einen Bausparvertrag. Umgelegt auf die Stadt Linz bedeutet das, dass mehr als 100.000 Linzerinnen und Linzer diese Form des Ansparens nutzen.

Im Zuge des präsentierten Sparpakets kündigt die Österreichische Bundesregierung an, den staatlichen Zuschuss zum Bausparen ab 2013 zu halbieren. Die Prämie soll – statt derzeit mindestens drei Prozent – künftig nur noch mindestens 1,5 Prozent der Eigenleistung ausmachen.

Der Eingriff in bestehende Verträge und die Kürzungen der vom Staat zugesagten Prämien schädigt und trifft alle, die diese wegen ihrer Stabilität beliebte Anlage- und Vorsorgeform gewählt haben. Das führt zu einem Vertrauensverlust und langfristig zu einem Rückgang der veranlagten Gelder. Dadurch werden aber die Finanzierung im Wohnbau, die Bauleistung und die Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gefährdet. Gerade die Stadt Linz, wo der Wohnungsneubau und der Bedarf an günstigem Wohnraum besonders dringlich sind, würde durch diese Maßnahme massiv geschädigt werden.

Der Gemeinderat beschließe folgende **Resolution** an die Österreichische Bundesregierung:

„Die Österreichische Bundesregierung wird ersucht, von den im Rahmen des Sparpakets angekündigten Eingriffen in bestehende Bausparverträge und Kürzungen der Bausparprämie Abstand zu nehmen.“

Ich möchte nur kurz ergänzen, es wurde ja heute in Wien im Nationalrat das Sparpaket

von der Bundesregierung offiziell vorgestellt und eine dieser Maßnahmen ist diese Kürzung der Bausparprämie.

Wenn jetzt die Bundesregierung beteuert und verteidigt, dass diese Kürzung ‚eh nur‘ jährlich 18 Euro Belastung mit sich bringt, während gleichzeitig Milliarden für die Banken aus dem Ärmel gezaubert werden, dann fällt es mir leider schon auf, dass man in Wien seit dem unrühmlichen ‚Wurstsemmel-Sager‘ kein bisschen an Sensibilität dazugewonnen hat. Denn, wenn Herr Vizekanzler Spindelegger heute sagt, dass man eh auf die kleinen Pensionisten geschaut hat, dann sollte er sich vielleicht einmal vor Augen führen, dass diese 18 Euro genau dem entsprechen, was man bei 850 Euro Pension heuer mit 2,3 Prozent Inflationsabgeltung bekommen hat.

Ich habe in meinem Antrag auch angeführt, dass Eingriffe in bestehende Verträge zu einem Vertrauensverlust führen. Man konnte heute Morgen im Radio schon die ersten Meldungen vernehmen, dass die S-Bausparkasse einen Rückgang von 20 Prozent bei den Neuabschlüssen zu verzeichnen hat nur aufgrund der bisherigen Ankündigungen und Debatten.

Jetzt ist das Bausparsystem ein Kreislauf, der weitreichende Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft hat, denn mit 114 Millionen Euro Förderung werden jährlich 3,5 Milliarden Euro Finanzierungsleistung im Wohnbau ausgelöst und ein Drittel aller Wohneinheiten werden von den Bausparkassen mitfinanziert - das sind 1,2 von 3,6 Millionen Haushalten in Österreich.

Diese Maßnahme, wenn man jetzt die Prämien kürzt, kostet den Staat also mehr als sie bringt, weil weniger Finanzierungsleistung bedeutet weniger Steuereinnahmen. Von den 3,5 Milliarden Euro Finanzierungsleistung kommen 700 Millionen Euro Mehrwertsteuereinnahmen und von den Bauspareinlagen jährlich rund 90 Millionen Euro Kapitalertragssteuer. Eine verringerte Neubauleistung bedeutet, dass das Wohnen teurer wird, es wird das Bau- und das

Baunebengewerbe geschwächt und alles das wirkt sich auf den Arbeitsmarkt aus.

Also diese Maßnahmen haben alle insgesamt eine massive Auswirkung auf die Stadt Linz. Ich ersuche daher um Zustimmung zu unserem Antrag.“ (Beifall FPÖ)

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (25) und ÖVP (16) sowie Gemeinderat Reiman mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderat Ortner berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten

DRINGLICHKEITSANTRAG

betreffend Wettbüro-Wildwuchs eindämmen

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, aktuell gibt es in Linz bereits mehr als 150 Wettbüros und Spiellokale. Diese stellen in mehrfacher Hinsicht ein nicht zu unterschätzendes Problempotential dar.

So sind gerade junge, wenig gebildete und sozial schwache Menschen unter Vor Spiegelung falscher Tatsachen verleitet, scheinbar spielerisch das ‚große Glück‘ zu machen. Nicht selten endet dieser Traum vom großen Reichtum in einem Suchtverhalten, an dessen Ende anstelle der erwarteten Gewinne Verarmung und Vereinsamung stehen.

Auch aus sicherheitstechnischen Aspekten ist der in den letzten Jahren voranschreitende Wettbüro-Wildwuchs mehr als kritisch zu betrachten: Besonders in letzter Zeit häufen sich die Überfälle auf derartige Einrichtungen. Nicht zu Unrecht wird seitens der Sicherheitskräfte vermutet, dass viele dieser Wettbüros als Umschlagplatz der organisierten Kriminalität zweckentfremdet werden.

Zusätzlich verstärkt dieser Wildwuchs die infrastrukturellen Probleme in vielen Stadt-

teilen. Hier ist ein Wechselspiel zwischen der Auffassung traditioneller Einrichtungen der Nahversorgung und einem erhöhten Aufkommen an Wettlokalitäten zu beobachten. Vielfach entsteht durch diese Monokultur und deren Begleiterscheinungen eine Abwärtsspirale der Lebensqualität, die vor allem ältere und weniger mobile Menschen trifft.

Ermöglicht wird dieses massive Auftreten von Wettbüros durch eine unüberschaubare Flut an Gesetzen und Verordnungen auf unterschiedlichen Ebenen, die in den letzten Jahren durch eine falsch verstandene Liberalisierung der Märkte entstanden ist.

Schon alleine diese beispielhafte Aufzählung und der daraus resultierende Unmut vieler Linzerinnen und Linzer zeigen den großen Regulierungsbedarf, der hier auf unterschiedlichen Ebenen gegeben ist. In diesem Zusammenhang stellt die Linzer FPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe folgenden **Antrag** und folgende **Resolution**:

„1. Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei allen Wettbüros in Linz die stichprobenartigen Kontrollen der Gesetze, Verordnungen und behördlichen Auflagen ab sofort verstärkt durchzuführen.

Zudem wird das für Wirtschaft zuständige Stadtsenatsmitglied beauftragt, in betroffenen Straßenzügen und Stadtvierteln aufwerfende Maßnahmen für einen ausgewogenen Branchenmix zu ergreifen.

Bedeckungsanschlag: Eine Bedeckung allfällig anfallender Kosten soll durch die Umschichtung im Rahmen des Budgets und in der Folge in den kommenden Voranschlägen vorgesehen werden.

2. Resolution an den Oö. Landtag und die Oö. Landesregierung:

Die Organe des Landes Oberösterreich werden ersucht, die rechtlichen Bestimmungen für Wettbüros dahingehend abzuändern, dass

a) das Betreten solcher Betriebe allen unter 18-Jährigen untersagt wird (Jugendschutz) und

b) Reglementierungen von Wettunternehmen, die ihre Tätigkeit offensichtlich aufgrund eines freien Gewerbes ausüben, im Interesse und zum Schutz der Bevölkerung möglich sind und

c) etwaige rechtliche Lücken derart geschlossen werden, dass Kontrollen künftig leichter möglich sind und das Gefährdungs- und Belästigungspotential solcher Betriebe für die Allgemeinheit leichter eingedämmt und überwacht werden kann.

3. Resolution an den Nationalrat und die Bundesregierung

Die Organe des Bundes werden ersucht, eigene Rechtsvorschriften für die Vermittlung von Wettgeschäften – ähnlich den Bestimmungen des Ärztegesetzes oder der Rechtsanwaltsordnung – zu erlassen bzw. diese gewissen Auflagen zu unterwerfen, die einerseits Reglementierungen und andererseits umfassende Kontrollen im Interesse der Lebensqualität und zum Schutz der Bevölkerung ermöglichen. Darüber hinaus soll eine einfache, bundesweite Regelung angestrebt werden.'

Ich denke, die Thematik der Wettbüros in letzten Wochen ist – Frau Gemeinderätin Fraktionsobfrau Lenger hat das eingangs schon im Rahmen ihres Antrages erwähnt – ausreichend bekannt. Eine Vielzahl von Problemen sind in Verbindung mit diesen Einrichtungen aufgetreten, der Unmut der Linzerinnen und Linzer wächst.

Ich ersuche, diesem Antrag im Sinne der LinzerInnen die Zustimmung zu erteilen.“ (Beifall FPÖ)

Wortmeldung **Gemeinderätin Lenger:**

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine

Damen und Herren, darf ich mich zu Wort melden? (Zwischenrufe, Unruhe) Die ÖVP hat wirklich ein Demokratieverständnis! Wenn Sie selber Wortmeldungen haben, dann ufert das aus und wenn andere etwas sagen möchten, dann wird man abgewürgt. Aber es wird immer länger, je mehr dazwischengeredet wird.

Zum Punkt 1: Dass die Stadtverwaltung beauftragt wird, bei allen Wettbüros in Linz die stichprobenartigen Kontrollen der Gesetze, Verordnungen und behördlichen Auflagen ab sofort verstärkt durchzuführen, das ist so, dass es da nur rechtlich möglich ist, die Einhaltung der Sperrzeit dort zu kontrollieren, wo auch Gastgewerbe ist. Da ist ohnehin Herr Stadtrat Wimmer zuständig. Das kann er sowieso, da braucht er sich nicht mittels Antrag beauftragen. (Zwischenruf) Ich glaube, Herr Stadtrat, das machen Sie schon von sich aus, da müssen Sie sich nicht selber beauftragen. Dass die Wirtschaftstadträtin beauftragt wird, Maßnahmen in den Stadtteilen zu ergreifen, das wurde gerade mit unserem Antrag beschlossen.

Dann zum Punkt 2 dieser Resolution: Es gab in der letzten Landtagssitzung genau zu diesem Thema einen Antrag, einen Antrag von Schwarz/Grün, der beschlossen wurde und der derzeit behandelt wird. Also das passiert schon, das ist nicht einmal ein Aufspringen auf einen fahrenden Zug, sondern der Zug steht schon im Bahnhof. (Zwischenrufe, Unruhe, Heiterkeit)

Zum Punkt 3, die Resolution an den Nationalrat: Es gibt derzeit Gespräche der Bundesländer ausgehend von Vorarlberg, aber auch Oberösterreich ist da sehr bemüht und sehr dahinter, die Kompetenzen an die Bundesländer zu bekommen, und diese Resolution würde dann diese Bemühungen des Landes Oberösterreich praktisch torpedieren.

Also der langen Rede kurzer Sinn: Wir werden uns bei der Resolution der Stimme enthalten.“ (Beifall Die Grünen)

Schlusswort **Gemeinderat Ortner:**

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr

geehrte Fraktionsobfrau Lenger, ich bin ob des Verhaltens etwas erstaunt, dass Die Grünen sich jetzt hier querlegen, eine Lösung zu finden, die ganz sicherlich im Sinne der Linzerinnen und Linzer und ganz sicher im Sinne der Allgemeinheit ist. Ich nehme das aber so zur Kenntnis und ersuche, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.“ (Beifall ÖVP)

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung Der Fraktion Die Grünen (6) und Gemeinderätin**

Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Tagesordnung der 23. Sitzung des Gemeinderates ist damit erledigt.

Bürgermeister Dobusch dankt für die Mitarbeit, wünscht einen schönen Abend und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 20.05 Uhr

Postentgelt bar bezahlt

Diese Amtsblatt-Beilage wurde auf umweltfreundlichem Papier hergestellt.

Medieninhaber und Herausgeber: Magistrat Linz. Redaktion: Brunhilde Janacs, Präsidium, Personal und Organisation, Hauptplatz 1, 4041 Linz, Tel. 7070-1132; Leiter: Präsidialdirektor Dr. Ernst Inquart; Medienhersteller: Magistrat Linz; Bezugspreis: Einzelnummer € 1,30, im Abonnement € 1,10 pro Nummer.